

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementpreis 3.50 Mk. monatl. 1.10 Mk.
wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
Bekannt für die hochgehaltene Annoncen-
stelle über deren Raum 90 Pf. für
politische und gesellschaftliche Berichts-
und Besprechungsaussagen 20 Pf.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Freitag, den 21. Mai 1915.
Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Parlamentarisches Kriegsvorspiel in Italien.

Die Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 20. Mai 1915. (W. L. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Trübes unsichtiges Wetter hemmte gestern in Flandern und Nordwest-
Frankreich die Gefechtsaktivität. Auf der Lorettohöhe machten wir kleine Fortschritte.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Mit den aus der Linie Schagori-Frauenburg im Vornarsch gemeldeten
stärkeren feindlichen Kräften ist es zu keiner Gefechtsberührung gekommen. An der
Dubissa wurden russische Angriffe abgeschlagen, 900 Gefangene und zwei Maschinen-

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Unsere über den San nördlich Przemysl vorgebrungenen Truppen wurden
gestern nachmittag erneut von den Russen in verzweifelten Aufstürmen angegriffen. Der
Feind wurde überall unter sehr erheblichen Verlusten zurückgeworfen.

Oberste Seeresleitung.

und verleihe es in der Sache, indem es darauf ausging,
zu unserem Nachteil das empfindliche System
territorialer Besitzungen und Einflusssphären
zu stören, das sich auf der Balkanhalbinsel heraus-

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 20. Mai. (W. L. B.) Amtlich wird verlaut-
bart: 20. Mai 1915 mittags:
Ostlich Jaroslau und bei Sieniawa wurden starke
russische Angriffe unter schweren Verlusten des Feindes zurück-

Als die Kundgebung zu Ehren des Kammerpräsidenten
endigte, trat Ministerpräsident Salandra in den
Saal, hinter ihm der Minister des Auswärtigen Sonnino
und die anderen Kabinettsmitglieder.

Die Kriegssitzung der Kammer.

Rom, 20. Mai. (W. L. B.) Bei Eröffnung der
Kammer ist der Saal ganz gefüllt, 480 Deputierte sind
anwesend, die Tribünen gedrückt voll, einschließlich derer für
das diplomatische Korps, die Senatoren und die ehemaligen

Seitdem Italien sich zur Staatseinheit erhob, hat es sich in der
Welt der Nationen als ein Faktor der Mäßigung, der Eintracht
und des Friedens bewährt. Und es kann stolz vor aller Welt verkünden,

Salandras Rede wurde fast bei jedem Satz durch
stürmischen Beifall unterbrochen und durch Rufe: Hoch
Italien! Hoch der Krieg! unterbrochen.
Nur die offiziellen Sozialisten blieben ruhig und erhoben
sich nicht von ihren Plätzen.

herten mit. Die Deputierten drängten sich um die Plätze der Minister, um ihnen die Hände zu schütteln.

Die Regierung verläßt die Kammer, um ihre Erklärungen vor dem Senat zu wiederholen.

Die Kommission wird von folgenden Deputierten gebildet: Arlotto, Aguglia, Boselli, Luzzatti Coocorin, Leonardo Credaro, Compans, Vaccelli, Guido Guicciardini, Barzilai, Vettolo, Bianchi, Dari, Turati, Meda Bissolati, Pantano, Zinoharo.

Der Vorschlag der Regierung, dem Entwurfe die Dringlichkeit zuzuerkennen, wird in geheimer Abstimmung mit 367 gegen 54 Stimmen angenommen.

Die Kommission tritt sofort in einem Saale von Montecitorio zusammen. Mit Ausnahme Turatis sind alle Kommissionsmitglieder anwesend. Die Kommission ernimmt zum Präsidenten und Berichterstatter Boselli als Ältesten der Kammer und zum Sekretär Barzilai. Unterdessen wird die Sitzung der Kammer aufgehoben. Nach Wiederaufnahme der Sitzung wird Boselli den Bericht der Kommission erstatten.

Die Abstimmung.

Rom, 20. Mai. (W. T. B.) Die Kammer hat unter großen Beifallskundgebungen mit 407 gegen 74, bei einer Stimmenthaltung, den Gesetzentwurf angenommen, welcher der Regierung für den Fall eines Krieges außerordentliche Befugnisse überträgt.

Salandra im Senat.

Rom, 20. Mai. (W. T. B.) Auch die Straßen in der Nähe des Senatsgebäudes sind durch Truppenketten gesperrt. Nur die Senatoren, die Deputierten, sowie die mit Tribünenkarten versehenen Personen werden durchgelassen. Auch im Senat sind der Sitzungsaal und die Tribünen dicht besetzt, über 230 Senatoren sind anwesend. Um 4 Uhr tritt Präsident Mancrucci in den Saal und hinter ihm Salandra mit den übrigen Mitgliedern der Regierung. Salandra wird förmlich begrüßt. Man rief: „Es lebe Italien! Hoch der König! Hoch die Arme!“ Sämtliche Senatoren erheben sich.

Salandra ergreift das Wort und wiederholt die Erklärung, die er schon in der Kammer abgegeben hatte, und die häufig von lebhaftem Beifall unterbrochen wird und zum Schluß mit einer förmlichen Kundgebung beantwortet wird. Sodann wurde auf Vorschlag Sandras die Sitzung auf morgen nachmittags 2 Uhr vertagt.

Das Grünbuch.

Mailand, 20. Mai. (Drahtbericht der „Frankf. Ztg.“)

Ueber das Grünbuch bringen italienische Blätter folgende Mitteilungen: Das Buch bezieht sich auf die diplomatischen Urkunden, die zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien gewechselt wurden, ohne die Verhandlungen mit der Entente zu berühren. Die Reihe beginnt mit der Depesche di San Giuliano an den Votschaffer Avarna, worin der Votschaffer aufgefodert wird, am Vallsplatz mitzuteilen, daß der Vormarsch Oesterreich-Ungarns in Serbien ein in Artikel 7 des Dreibundvertrages vorgesehenes Ereignis darstellt. Das zweite Dokument ist nach italienischen Zeitungen die ablehnende Antwort Oesterreich-Ungarns auf diese Mitteilung. Am 20. Dezember fängt Oesterreich-Ungarn seine Haltung zu ändern an. Graf Berchtold stellt jedoch Vorbedingungen und macht Ausflüchte. (Zugewiesen trat Berchtold zurück und Burian folgte ihm.) Am 22. Februar deponiert Avarna nach Rom, daß man sich keinen Täuschungen hingeben solle, da Oesterreich-Ungarn die Angelegenheit verschleppe. Baron Burian willigt endlich am 9. März ein, über Entschädigungen auf Grund des Artikels 7 des Dreibundvertrages zu verhandeln. Sonnino stellt die Vorbedingung, daß alle Abtretungen sofort zu erfolgen haben, was Burian nicht annimmt. Fürst Wilow übernimmt am 20. März die deutsche Garantie für die Durchführung der Abtretungsverträge bei Friedensschluß. Sonnino erwidert, er willige ein, die Verhandlungen wieder aufzunehmen, falls Wien konkrete Vorschläge mache. Nach einer Woche meldet Baron Burian die folgenden Gegenforderungen Oesterreich-Ungarns an:

1. Wohlwollende Neutralität Italiens in politischer und wirtschaftlicher Beziehung während der ganzen Kriegsdauer,
2. Freie Hand für Oesterreich auf dem Balkan,
3. Verzicht Italiens auf fernere Entschädigung,
4. Verlängerung des Abkommens über Albanien.

Dagegen macht Oesterreich am 2. April folgendes Angebot: Abgetreten wird: Das Gardaseegebiet, ferner Trient und das Gebiet von Borgo und Lavis.

Am 8. April stellt Sonnino folgende Forderungen Italiens auf:

1. Abtretung Südtirols mit allen zum alten Königreich Italien im Jahre 1811 gehörigen Gebieten.
2. Abtretung von Ost-Triental, Malborget, Plezzo, Tolmino, Gradica, Goerz, Mousalcone, Cosmons, Rabesina.
3. Triest, Capodistria, Pirano und die Inseln Lissa, Lesina, Curzota und Lejosta werden ein von Oesterreich unabhängiger Staat.
4. Desinteressement Oesterreich-Ungarns in Albanien und Anerkennung der italienischen Herrschaft in Salona.

Vom 2. bis 13. April laufen beharrliche Gerüchte um von einem Oesterreich-russischen Sonderfrieden, daher fordert die Consulta eine vorläufige Antwort, jedoch will Oesterreich nur in Südtirol weitere Konzessionen machen, sich aber auf sofortige Abtretung nicht einlassen. Avarna deponiert am 25. April, daß die Wiener Regierung ihn mit unwilligen Diskussionen hinhalt, da sie nicht an einen ernsthaften Kriegswillen Italiens glaube. Infolgedessen überreicht Italien an Oesterreich die Kündigung des Bündnisses. Diese Urkunde besagt, Italien habe die Bündnispflichten treu erfüllt, aber Oesterreich habe die bekannte Note an Serbien überreicht, ohne Italien vorher zu unterrichten oder seine Ratschläge zur Mäßigung anzuhören. Damit war der Ausgangspunkt zum Weltkrieg gegeben, der status quo am Balkan gestört und eine Lage geschaffen, woraus Oesterreich-Ungarn allein Nutzen ziehen wollte. Diese Verletzung der Bündnispflicht hätte Italien auch eine wohlwollende Neutralität unmöglich gemacht. Vernunft und Gefühl schließen es aus, daß ein Verbündeter wohlwollende Neutralität

be wahrt, wenn der andere zu den Waffen greife, um Interessen zu erreichen, die den Lebensinteressen seines Partners diametral entgegengesetzt sind. Trotzdem habe Italien sich bemüht, die freundschaftlichen Beziehungen zu den beiden Staaten wiederherzustellen, aber die Verhandlungen hätten nicht zu einem friedlichen Ergebnis geführt. Infolgedessen verkünde Italien kraft seines Rechtes, daß es von diesem Augenblick an wieder volle Handlungsfreiheit annimmt, und erklärt seinen Vertrag mit Oesterreich-Ungarn für null und nichtig.

Diese Urkunde ist in Wien am 4. Mai vom Herzog von Avarna dem Minister Baron Burian überreicht worden.



Die Wünsche Italiens.

Die Haltung der italienischen Partei.

Gerade in dem Momente, wo die Kriegsbeyrer alle Mittel anwenden, um ihren Willen durchzusetzen, hat der italienische Parteivorstand in Ausführung seines Beschlusses auf den 18. Mai nach Bologna die Vertreter der Arbeiterkonföderation, der parlamentarischen Fraktion und die Delegierten aller Parteifaktionen zu einer Zusammenkunft eingeladen und die folgende Resolution mit der Aufforderung, am 19. Mai überall Protestversammlungen einzuberufen, einstimmig angenommen:

„Die Konferenz der Vertreter der sozialistischen Organisationen, der Arbeiterkonföderation, der parlamentarischen Fraktion, angelehnt der Drohung eines Entschlusses, der Italien dem schrecklichsten Risiko aussetzen könnte,

ist sich der Pflicht bewußt, auf den Betrug hinzuweisen, durch welchen mit Hilfe einiger großer Presseorgane, von der entgleiten Demokratie und dem Freimaurertum ausgeht, man den Staat und seine höchsten Vertreter zu prellen sucht, indem man Italien als dem Kriege freundlich gestimmt darstellt;

sie bezeugt nochmals, daß das Proletariat in seiner Gegnerschaft gegenüber dem Kriege unüberwindbar dasteht — aus Erwägungen der nationalen Interessen und der erhabenen Ideale der Internationalen,

sie ist sich der enormen Verantwortlichkeit bewußt, die das Proletariat und seine Organe vor der Geschichte haben, in der Erwägung der Notwendigkeit, bis zum letzten Momente den echten Willen des Volkes zur Geltung zu bringen, damit die Regierung ihrer konstitutionellen Pflicht gemäß mit dem Willen des Volkes rechnet und sich über die künstlichen Manifestationen und die Fälschung der öffentlichen Meinung hinwegsetzt;

begrüßt die Konferenz den Beschluß der Fraktion — den sie als unumkehrlich betrachtet, gegen jegliche Kriegskredite zu stimmen, und fordert das ganze Proletariat auf, in diesem ereignisvollen Momente die Neutralität, die die sozialistische Partei vertreten hat und noch vertritt, und die den erhabenen materiellen und ideellen Interessen entspricht und keinerlei Ähnlichkeit mit der erniedrigenden und schäblichen Neutralität anderer Schichten hat, energig anrecht zu erhalten;

ersucht alle wirtschaftlichen und politischen Organisationen der Arbeiterklasse, am 19. Mai — dem Vorabend der Parlamentsöffnung — Versammlungen in ganz Italien zu veranstalten, unter Beibehaltung derjenigen Disziplin, Würde und ernstlichen Feierlichkeit, die dazu beitragen werden, den Gegensatz zwischen dem echten Volkswillen und den künstlichen Erpressungsveranstaltungen der Kriegsbeyrer noch klarer zur Geltung zu bringen und zu unterstreichen.

Dadurch werden die sozialistische Partei, die proletarischen Organisationen und die sozialistische Parlamentsfraktion, die sich bewußt sind, daß es ihnen nicht gegeben ist, in der kapitalistischen Welt heute bestimmend einzugreifen, in der Zukunft leben, für sich, für das Land, für die Geschichte, für Italien und der Internationalen gegenüber ihre Pflicht erfüllt zu haben, ihre Verantwortlichkeit von der der herrschenden Klassen getrennt zu haben und für immer getrennt aufrechtzuerhalten.“

Die kriegsfeindlichen Demonstrationen in Italien.

Der „Berliner Tagwacht“ wird aus Mailand geschrieben: Die Vorgänge der letzten Tage in Italien beweisen, wie Stimmung gemacht wird, um die Volkseinstimmung zu unterdrücken. Sonst hat die sogenannte „Iris“ nichts Neues gebracht. Man könnte fast vermuten, sie sei künstlich heraufbeschworen worden, um innerhalb und außerhalb des Landes die Meinung zu begründen oder zu stärken, das ganze Volk wolle den Krieg. Alles, was in den letzten Tagen an Protestversammlungen abgehalten wurde, ist von der Zensur unterdrückt worden. Aus den Zeitungen des In- und Auslandes erfährt man von den großartigen nationalistischen Demonstrationen, ohne daß aber von den kriegsfeindlichen auch nur eine einzige Zeile in die Presse kommt. Auch der „Avanti“ kam nur über das Bericht, was er nachträglich aus Briefkorrespondenzen erfährt: die telegraphischen und telephonischen

Mitteilungen werden systematisch da abgebrochen, wo auf den Verlauf einer Protestversammlung eingegangen wird. Der Versuch, das Volk als kriegsfreundlich auszugeben, geht so weit, daß, als vor einigen Tagen ein junger Parteigenosse während einer Demonstration in Mailand erschossen wurde, die demagogische Presse ihn für einen Interventionisten ausgab, so daß der Vater des Getöteten, ein überzeugter Parteigenosse und Gegner des Krieges, im „Avanti“ seinen Sohn gegen die Verleumdung in Schutz nehmen mußte, was die Demagogen nicht daran hinderte, Strohküstränen zu vergießen.

Als Teilnehmer an den Kriegsdemonstrationen werden regelmäßig die Studenten aufgeführt. Tatsächlich beteiligen sich die unmündigen Jünglinge in ausgiebigem Maße an den Demonstrationen, wobei bemerkt sein soll, daß diejenigen, die für Studenten gelten, in Italien nicht unter den Begriff derjenigen fallen, die in anderen Ländern als solche bezeichnet werden. Meistens sind es Gymnasialisten oder aber ganz junge Burtschen, die offiziell dadurch bekannt sind, daß sie zu allen Mitteln greifen, um sich ein paar Tage oder Stunden Ferien von den Professoren zu erzwingen, die sie auch als zum Lernen zu faule Schulkinder betrachten und behandeln.

Viele Demonstrationen, die als interventionistisch ausgegeben wurden, werden von den Arbeitern in neutralistische verwandelt. An den kriegsfeindlichen Demonstrationen beteiligen sich vielfach auch Soldaten. So zum Beispiel, als sich am Sonntag in Verona ein paar Dugend „Studenten“ versammelten, um für den Krieg zu demonstrieren, erhielten sie von ein paar Soldaten den Rat, sich persönlich am Kriege zu beteiligen; es kam auch zu Fälligkeiten. In Cremona, Lecco, Orvieto, Alba, Livorno, Macerata, Terni, Spoleto und vielen anderen Ortschaften haben die kriegsfeindlichen Elemente die nationalistischen Demonstrationen verhindert und sie in sozialistische verwandelt. In Turin ist der Generalstreik proklamiert worden, und zwar zum Protest gegen die Studenten und andere Samariter, die die Abwesenheit der Arbeiter in den Fabriken ausnützen, um ihre Kriegsdemonstrationen zu veranstalten. In einer ganzen Reihe von Ortschaften, wie Cecina, Poggibonsi, Civitavecchia, Sesto Gallende u. dgl. mehr, haben Demonstrationen der Einberufenen stattgefunden. Das alles wird verschwiegen: was bedeutet der Protest von Hunderttausenden von Proletariern im Vergleich mit dem theatralischen Auftreten eines d'Annunzio, dessen Erscheinen im aristokratischen Theater Italiens die Tragödie des italienischen Volkes zu einer dummen Komödie herabgewürdigt hat? Die Damen, die dem Poeten Beifall geflößt haben, die werden selbstverständlich über das Leben und die Ehre der proletarischen Masse zu bestimmen haben.

Der „innere Feind“ in Italien.

Mailand, 20. Mai. Ueber die Ereignisse in Turin schreibt der „Avanti“: Die königlichen Truppen haben die Arbeiter als inneren Feind betrachtet. Also ist die „nationale Einigkeit“ und „patriotische Eintracht“ in Italien eine alberne Phrase. Das Borgehen gegen die Feinde in Turin ist ein Anfangserfolg, der Gutes und Böses gleichzeitig verspricht. Für die erbitterten Kämpfe, die nach drei Fronten auszufechten sind, kann die Kriegsbegeisterung in Italien noch keineswegs als einhellig bezeichnet werden. (A. St. Ztg.)

De Felice Kriegsfreiwilliger.

Der Abgeordnete de Felice, ein bekannter Führer der irredentistischen und kriegerisch gesinnten Sozialisten, ist als Freiwilliger in das 4. Infanterieregiment eingetreten.

Ein türkisch-italienischer Zwischenfall.

Konstantinopel, 20. Mai. (W. T. B.) Die Blätter veröffentlichen die folgende amtliche Mitteilung des Pressebureaus: Ein Unterleutnant, der heute mit einer Truppenabteilung durch Pera kam, stieß beim Gehen an eine Person. Es wurde festgestellt, daß diese Person der italienische Votschaffer war. Dieser bedauerliche, einer Unachtsamkeit entsprungene Zwischenfall wurde zur Befriedigung des italienischen Votschaffers geregelt.

Amerika übernimmt die Wahrung der Interessen der Oesterreicher und Italiener.

Washington, 20. Mai. (W. T. B.) Italien und Oesterreich ersuchend die Vereinigten Staaten, ihre diplomatischen Angelegenheiten in Wien und Rom zu übernehmen, falls die Beziehungen abgebrochen würden. Die Regierung in Washington beauftragte ihre Votschaffer in beiden Hauptstädten, dem Ersuchen Folge zu leisten.

Die Kündigung des Dreibundvertrags.

Berlin, 21. Mai. (W. T. B.) Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht folgenden Artikel:

Die „Kündigung“ des Dreibundvertrags. Der Dreibundvertrag bestimmte, daß der casus foederis gleichzeitig für die drei Vertragsmächte eintrat, wenn einer oder zwei der Vertragsschließenden ohne direkte Provokation ihrerseits von zwei oder drei Großmächten angegriffen und in einen Krieg verwickelt würden.

Als nach dem Attentat von Serajewo Oesterreich-Ungarn gezwungen war, gegen Serbien vorzugehen, um der dauernden Bedrohung seiner Lebensinteressen durch die großserbischen Umtriebe ein Ende zu bereiten, fiel ihm Rußland in den Arm. Während noch Deutschland auf Anrufen des Zaren bemüht war, den zwischen Wien und Petersburg drohenden Konflikt friedlich zu schlichten, machte Rußland seine gesamte Militärmacht mobil und aufstellte so den Weltkrieg. Die Provokation lag also auf russischer Seite.

Gleichwohl erachtete die italienische Regierung mit der Behauptung, daß Oesterreich-Ungarn aggressiv gegen Serbien vorgegangen sei und dadurch das Eingreifen Rußlands veranlaßt habe, den casus foederis nicht für gegeben. Auch machte sie geltend, die Oesterreich-ungarische Regierung habe sich, indem sie Italien von dem beabsichtigten Ultimatum an Serbien vorher nicht in Kenntnis gesetzt habe, eine Verletzung des Artikels VII des Dreibundvertrages zuschulden kommen lassen. Dieser Artikel verpflichtet Oesterreich-Ungarn und Italien zu vorheriger Verständigung und gegenseitigen Kompensationen für den Fall, daß sich eine der beiden Mächte genötigt sehe, den Status quo auf dem Balkan durch eine zeitweilige oder dauernde Okkupation zu ändern.

Die Berufung auf Artikel VII wäre begründet gewesen, wenn Oesterreich-Ungarn auf einen Machtzuwachs auf dem Balkan ausgegangen wäre. Wien hatte jedoch schon vor Kriegsausbruch in Petersburg und auch in Rom erklärt, daß Oesterreich-Ungarn keine Gebietsveränderungen auf Kosten Serbiens erstrebe.

Die beiden im Krieg stehenden Zentralmächte wären daher berechtigt gewesen, die Einwände Italiens gegen seine Bündnispflicht nicht anzuerkennen. In lokalem Verständnis für die nicht leichte innere und äußere Lage Italiens zogen sie es jedoch vor, eine einseitige Auslegung des Dreibundvertrages hinzunehmen und sich mit der Erklärung wohlwollender Neutralität, zu der der Vertrag unzweifelhaft verpflichtet, zu begnügen. Obgleich der Artikel VII auf Kompensationen nur für den Fall eines Machtzuwachses am Balkan abzielt, erklärte sich doch die österreichisch-ungarische Regierung wegen der mit Ausbruch des Krieges eingetretenen Möglichkeit einer Machtverschiebung grundsätzlich bereit, eventuelle Kompensationen ins Auge zu fassen.

Wehr und mehr stellte sich im weiteren Verlauf heraus, daß nach dem Tode des Ministers Marquis di San Giuliano in Italien starke Kräfte am Werke waren, um für die Bewahrung der Neutralität noch einen besonderen Vorteil von der Donaumonarchie herauszuschlagen. Die italienische Regierung fing an zu rüsten und mit den Rüstungen stiegen die Forderungen der Irredentisten, Republikaner, Freimaurer und sonstigen Franzosenfreunde. Bald handelte es sich nicht mehr um Forderung des Trentino, sondern um den Erwerb noch anderer alter österreichischer Erblande an den südlichen Grenzen der Monarchie als Preis dafür, daß Italien den in heißen Kämpfen kochenden Bundesgenossen nicht in den Rücken falle.

In dem natürlichen Bestreben, Italien von Kriege fernzuhalten und die österreichisch-italienischen Beziehungen auf eine neue freundschaftliche Grundlage zu stellen, hat die deutsche Regierung nichts unversucht gelassen, um eine Einigung zwischen Österreich-Ungarn und seinem italienischen Bundesgenossen herbeizuführen. Die Verhandlungen kamen langsam in Gang. Erschwert wurden sie von vornherein durch das Verlangen der italienischen Regierung, daß die zu vereinbarenden Gebietsabtretungen sofort in Kraft gesetzt werden müßten. Um den in diesem Verlangen liegenden Argwohn zu zerstreuen, wurde am 19. März 1915 die Garantie der deutschen Regierung für die Durchführung der Vereinbarungen unmittelbar nach dem Kriege zugesagt. Auf das erste bestimmte Angebot Österreich-Ungarns von Ende März 1915, das bereits die Abtretung des italienischen Sprachgebiets in Süd-Tirol in Aussicht stellte, ging die italienische Regierung nicht ein, sondern gab ihre eigenen Forderungen erst am 11. April der österreichisch-ungarischen Regierung wie folgt bekannt:

Die absolute Preisgabe des Trentino auf Grund der im Jahre 1811 festgesetzten Grenzen, d. h. mit Einschluß des weit außerhalb des italienischen Sprachgebiets liegenden urdeutschen Bogen, eine Grenzberichtigung zugunsten Italiens am Nonzo mit Einschluß von Görz und Gradisca und Monfalcone, die Ummantelung Triests mit seinem bis an die Isonzogrenze vorgeschobenen Hinterland nebst Capodistria und Pirano in einen unabhängigen Freistaat, die Abtretung der Gurgolzi-Inselgruppe, mit Uffa, Vefina, Gurgola, Lagosta, Dazza und Meleda. Alle diese Abtretungen sollten sofort vollzogen und die aus den abgetretenen Landesteilen stammenden Angehörigen der Armee und Marine sofort entlassen werden. Ferner beanspruchte Italien die volle Souveränität über Bosnien und Sanzani mit Hinterland und völliges Desinteressement Österreich-Ungarns in Albanien. Hingegen bot Italien eine Pauschalsumme von 200 Millionen Frank als Ablösung aller Lasten und die Hebernahme der Verpflichtung an, während der ganzen Dauer des Krieges neutral zu bleiben. Auf Geltendmachung von weiteren Kompensationsforderungen aus dem Art. VII des Dreibundvertrages wollte es für die Dauer des Krieges verzichten und erwärelte von Österreich-Ungarn einen gleichen Verzicht in bezug auf die italienische Besetzung der Inseln des Dodekanes.

Obwohl diese Forderungen über das Maß dessen weit hinausgingen, was Italien selbst zur Befriedigung seiner nationalen Aspirationen verlangen konnte, brach doch die I. und II. Regierung die Verhandlungen nicht ab, sondern versuchte weiter mit der italienischen Regierung zu einer Verständigung zu gelangen. Die deutsche Regierung tat alles, was in ihrer Macht stand, um die italienische Regierung zu einer Mäßigung ihrer Ansprüche zu bewegen, deren bedingungslose Annahme die berechtigten Interessen und auch die Würde der österreichisch-ungarischen Monarchie schwer verletzt hätte.

Während die Verhandlungen noch schwebten, gab der italienische Botschafter in Wien am 4. Mai der österreichisch-ungarischen Regierung unerwartet die Erklärung ab, daß Italien den Bündnisvertrag mit Österreich-Ungarn als durch dessen Vorgehen gegen Serbien im August vorigen Jahres gebrochen ansehe. Gleichzeitig erklärte der Botschafter, daß er alle von seiner Regierung bis dahin gemachten Angebote zurückziehe. Diese sogenannte Kündigung des noch bis 1920 laufenden Vertrages ging also bis in die kritischen Julitage des vorigen Jahres zurück und stand im Widerspruch nicht nur mit wohlwollenden und freundschaftlichen Erklärungen des Königs von Italien vom August 1914 und seiner damaligen Regierung, sondern auch mit den inzwischen von der gegenwärtigen italienischen Regierung auf den Art. VII des Vertrags künstlich aufgebauten Kompensationsansprüchen. Es muß dahingestellt bleiben, ob die maßgebenden Personen des italienischen Kabinetts bei dieser Schwankung einer inzwischen durch geheime Abreden verstärkten Hinneigung zu den Feinden der mit Italien Verbündeten folgten oder ob sie dem Druck der öffentlichen Meinung nachgaben, die sich unter dem fortgesetzten Aufwachen der im fremden Solde stehenden Blätter immer mehr gegen die Zentralmächte erhob hatte. Dem Deutschen Reich gegenüber beschränkte sich die italienische Regierung darauf, die in Wien am 4. Mai abgegebene Erklärung in Berlin zur Kenntnis mitzuteilen.

Ein letzter Versuch, den Hebertritt des bisherigen Bundesgenossen in das feindliche Lager zu verhindern, wurde am 10. Mai mit den noch beträchtlich erweiterten Zusagen der österreichisch-ungarischen Regierung gemacht, die der Reichskanzler am 18. Mai im Reichstage vorlas.

Soweit der geschichtliche Vorgang. Nach dieser sachlichen Darstellung wird kein Grundbuch etwas daran ändern können, daß, wenn die italienische Regierung zu den Waffen gegen die bisherigen Bundesgenossen tiefe, sie dies unter Bruch von Treu und Glauben und um einen Machtzuwachs tun würde, der dem italienischen Volke mit allen möglichen Garantien freiwillig und ohne Blutvergießen dargeboten war.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 19. Mai. (B. L. V.) Amtlicher Bericht von heute nachmittag. Das schlechte Wetter dauert an. Nachts über ereignete sich nichts auf der Front außer einigen Kanonaden an verschiedenen Stellen und zwei durch unser Feuer angehaltenen Angriffversuchen des Feindes östlich Ypern.

Der amtliche Bericht vom Mittwoch abend lautet: Das Wetter ist andauernd sehr schlecht. Es herrscht ein äußerst dichter Nebel. An keiner Stelle der Front fand

tagsüber irgend eine Aktion statt. In der Nacht versuchten die Deutschen einen Angriff auf den Priesterwald, den wir durch unser Feuer sofort aufhielten.

Ritchener über die Kriegslage.

London, 20. Mai. (B. L. V.) Im Oberhause gab Ritchener eine Uebersicht über die Kriegslage. Er führte aus: Die französische Offensive südlich von La Bassée weist bereits einen völligen Erfolg auf und schreitet fort mit allen Anzeichen weiterer völlig befriedigender Resultate. Die britische Offensive gegen die Gruppe von Aubers, die planmäßig vor sich geht, wird hoffentlich bedeutende Ergebnisse erzielen. Die Russen halten nach einem verzweifelten Widerstande gegen den österreichisch-ungarischen und deutschen Vormarsch jetzt eine starke Linie von den Ostkarpathen bis zur Weichsel mit Przemyśl als Hauptbollwerk. Die Fortschritte der Truppen auf der Halbinsel Gallipoli sind wegen der großen Geländeschwierigkeiten natürlich langsame, aber die Türken werden allmählich aus ihren sehr starken Stellungen herausgeworfen, und obwohl der Feind beständig Verstärkungen heranzieht, sind die Nachrichten durchaus befriedigend. Die Befestigung Windhucks hat den letzten Abschnitt des südafrikanischen Feldzuges eröffnet. Mesopotamien wird allmählich von allen feindlichen Streitkräften gesäubert. Die Herstellung von Munition hat zweifellos eine beträchtliche Verzögerung erfahren infolge der beispiellosen, fast unbegrenzten Anforderungen, die an die Hilfsquellen und an die Industriellen gestellt wurden. Seitdem sind sehr erhebliche Fortschritte in der Herstellung gemacht worden. Die Herstellung hochexplosiver Granaten für die Feldgeschütze wurde bei Anfang des Krieges vorbereitet, und obwohl die Neuartigkeit der Kriegsmunition natürlich Verzögerungen und Schwierigkeiten für die Industriellen mit sich brachte, werden wir in sehr naher Zukunft in einer befriedigenden Lage betress der Lieferung dieser Geschosse an unsere Armee in der Front sein. Bei unseren jüngsten offensiven Operationen erlitten unsere Truppen und die französischen schwere Verluste, aber die Aufgabe der Armeen erheischte große Opfer. Der Geist und die Moral der Truppen war nie höher.

Der türkische Krieg.

Die Flottenkämpfe an der Meerenge.

Dardanellen, 19. Mai. (B. L. V.) Vom Sonderbericht-erstatler des B. L. V. Seit der Torpedierung des „Goliath“ ist die Flotte der Alliierten nicht in die Meerenge gedrungen. Stets kommen wenige Schiffe nur für eine kurze Frist über die Linie Sedd-ul-Bahr-Kuni-staleh hinaus und suchen bei den ersten Schüssen der Küstenbatterien das Weite. Die Landkämpfe auf der europäischen Seite werden erfolgreich fortgesetzt. Die Landungstruppen werden weiter zurückgedrängt, mehrere ihrer Schützengräben eingenommen.

Der englische Dardanellen-Bericht.

London, 19. Mai. (B. L. V.) Der amtliche englische Bericht über die Kämpfe an den Dardanellen lautet: Die Brigade des Generals Cog schlug am 12. Mai einen Angriff mit schweren Verlusten für den Feind zurück. Am nächsten Tag kam eine Doppelpatrouille von Gurhas eine halbe Meile vorwärts und verstärkte das eroberte Gelände während der Nacht trotz sehr heftiger Gegenangriffe. Am 18. Mai machte eine Division von Concaffire Territorials beträchtliche Fortschritte. Ihre Hauptbatterie vernichtete eine Anzahl von türkischen Munitionswagen und eine türkische Kanone. Die feindlichen Schützengräben mit der neuen Artilleriestellung wurden ebenfalls vernichtet. Die Lage der englisch-französischen Truppen verbesserte sich jeden Tag. Die türkischen Verluste sind schwer.

Der Nachfolger d'Amades.

Zürich, 20. Mai. (B. L. V.) Die „Neue Zürcher Zeitung“ meldet aus Genf: General Gouraud, der als Nachfolger d'Amades den Oberbefehl über das französische Expeditionskorps übernimmt, ist bei den Dardanellen eingetroffen.

Der Seekrieg.

Vom U-Bootskrieg.

London, 20. Mai. (B. L. V.) Das Reutersche Bureau meldet aus Cardiff über die Torpedierung des Schiffes „Drumcree“: Die „Drumcree“ wurde gestern mittag in der Höhe von Trebove Head torpediert. Der erste Torpedo versenkte das Schiff nicht. Es wurde von einem norwegischen Dampfer ins Schlepptau genommen. Beide Schiffe wurden von einem Unterseeboot verfolgt. Der Norweger wurde deshalb das Kabel und dampfte weg. Hierauf wurde ein zweiter Torpedo auf „Drumcree“ abgefeuert, der den Dampfer zum Sinken brachte. Das norwegische Schiff nahm die Besatzung an Bord, die dann von dem niederländischen Dampfer „Magdalena“ nach Cardiff gebracht wurde.

London, 20. Mai. (B. L. V.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Die Admiralität gibt bekannt: Der Dampfer „Dumfries“ wurde am 19. Mai morgens torpediert. Die Besatzung ist gerettet. Das Schiff treibt noch 25 Meilen südwestlich von Hartland Point.

Amerikanische Note an England.

London, 20. Mai. (B. L. V.) Die „Times“ melden aus Washington vom 18. Mai. Die Regierung erwägt der „New York Evening Post“ zufolge eine neue Protestnote an England über die Behandlung des amerikanischen Handels. Die Note soll ebenso nachdrücklich sein, wie die Konterbandenote vom Dezember. In amtlichen Kreisen wachse die Erregung, da England trotz aller Versicherungen seine alte Politik der Verschleppung fortsetze, so daß vierzig amerikanische Schiffe, darunter etwa 28 mit Baumwolle beladene, in englischen Häfen festgehalten seien. Baumwolle im Werte von 2 500 000 Pfund Sterling lagere in englischen Häfen.

Verordnung über den belgischen Staatshaushalt.

Brüssel, 20. Mai. (B. L. V.) Der Generalgouverneur erläßt im „Gesetz- und Verordnungsblatt“ eine Verordnung über das Budget für 1915. Hiernach werden die Staatseinnahmen für das Rechnungsjahr 1915 auf 175 150 520 Fr.

veranschlagt; die Staatsausgaben werden auf 198 150 520 Fr. festgesetzt. Ueber die Deckung des Defizits von 23 Millionen werden später Anordnungen getroffen werden.

Letzte Nachrichten.

Die Vorgänge in der italienischen Kammer.

Rom, 20. Mai. (B. L. V.) (Kammer.) Während der Pausen zwischen den Sitzungen zerstreuten die Deputierten sich in den Gängen, die Erklärungen der Regierung erörterten aber mit dem Grundbuch beschäftigt; die Tribünen blieben gefüllt. Um fünf Uhr erschien Präsident Marcora wieder im Sitzungssaal, ebenso die Minister.

Vor nicht gefülltem Hause ergriff Boselli als Bericht-erstatler der Kommission unter lebhaftem Beifall das Wort und erklärte, die Kommission schloge einstimmig die Annahme des Gesetzentwurfes über die außerordentlichen Vollmachten für die Regierung vor. (Lang anhaltender Beifall.) Die Gründe dafür lagen auf der Hand, denn dieser Gesetzentwurf setze tatsächlich das Siegel auf das Werk der Regierung, welche die Stimme des Vaterlandes als Ratgeberin und das Gefühl für die nationale Würde als Geleiter genommen habe. (Langanhaltender lebhafter Beifall.) In dieser Schicksalsstunde, welche uns in einem einzigen Willen vereinigt, wird das Votum der Kammer eine neue feierliche Bestätigung des unüberwindlichen und sicheren Glaubens an das Recht und an den Ruhm des Vaterlandes sein! (Sehr lebhafter Beifall.) Boselli fügte hinzu: Der Augenblick ist gekommen, unser den unerlösten Gebieten gegebenes Versprechen zu erfüllen, (Beifall) und hob das Vertrauen auf die Armee, die Marine und den Herrscher, den Fortsetzer der ruhmvollen Ueberlieferungen seiner Familie, hervor.

Eine stürmische Kundgebung antwortete ihm, alle Deputierten erhoben sich und applaudierten. Salandra und die anderen Minister drückten ihm unter neuem Beifall die Hand, das Publikum auf den Tribünen stimmte ein. Unter den Rufen: Hoch Italien! Es lebe der König! beglückwünschte auch der Kammerpräsident den Redner. Der Deputierte Barzilai erklärte darauf, jetzt werde sich der oft geäußerte Wunsch der Regierung erfüllen, und schloß, die Kammer, welche der Regierung umfassende Handelsfreiheit gebe, habe volles Vertrauen zu ihr (Beifall).

Nach Barzilai sprach Turati und begründete ausführlich die abweichende Meinung der offiziellen Sozialisten. Der Republikaner Colajanni verzichtete auf das Wort mit dem Rufe: Es lebe Italien! (Wiederholter Beifall) Cicotti, Sozialist, sprach im Namen der anderen Sozialisten und erklärte, als Bürger und Sozialist glaube er, der Aktion der Regierung keine tatsächliche oder moralische Hinderung bereiten zu dürfen. (Beifall.) „Wir befinden uns angedrängt eines Verteidigungskrieges!“ Die Sozialisten, in deren Namen er spreche, hofften, daß ein erneuertes Europa aus diesem Kriege hervorgehen werde, und daß man zu der so sehr gewünschten Abrüstung kommen werde; sie wollten den Fortschritt der Zivilisation von seinen Hindernissen befreien. (Beifall.) Die Diskussion schloß.

In geheimer Sitzung wurde der Gesetzentwurf, wie bereits gemeldet, mit 407 gegen 77 Stimmen angenommen.

Der Kammerpräsident ergriff das Wort, während die Minister und das Haus sich erhoben, und sagte, in dieser feierlichen historischen Sitzung hätte die Kammer den geheiligten Glauben an die Erinnerungen Italiens wiedergefunden; sie eile, ihre Pflicht gegen das Vaterland in dem festen Glauben zu erfüllen, daß die Einigkeit, die Festigkeit, die Tapferkeit von Armee und Marine die Einigkeit des Vaterlandes vollenden würden. „Es lebe unser Italien!“ (Sehr lebhafter Beifall.) Der Präsident widmete dem König einige Worte und schloß mit einem Hoch, das von der Kammer mit wiederholtem begeisterten Beifall aufgenommen wurde. Auf Antrag des Ministerpräsidenten Salandra vertagte die Kammer sich auf unbestimmte Zeit. Nach Schluß der Sitzung wurde d'Annunzio eine große Kundgebung bereitet. Alle Deputierten, die Journalisten und das Publikum sangen das Nationallied in unbeschreiblicher Begeisterung.

Der Bericht des russischen Generalstabs.

Petersburg, 20. Mai. (B. L. V.) Der Generalstab des Generalissimus teilt mit: In Gegend Schawli fanden am 17. und 18. Mai heftige Kämpfe an der Front Kurhann-Nossieny-Capapola statt. In Gegend Capapola nahmen wir mehrere Stützpunkte des Feindes, erbeuteten Maschinengewehre und Hunderte von Gefangenen. Ein deutscher Gegenangriff südlich Nossieny wurde unter großen Verlusten für den Feind zurückgeschlagen. Am linken Ufer des Rjemen fanden nur kleine Scharmüchel statt. In der Front Nowe und nördlich der Bliska herrscht Ruhe. Die Schlacht links der oberen Weichsel und auf der ganzen galizischen Front ging weiter und erreichte am 17. Mai in vielen Gegenden eine ungeheure Heftigkeit. In Gegend Opotow wurden starke Abteilungen des Feindes in Unordnung gebracht und zogen sich am 17. Mai schnell hinter Zwamiska zurück, von uns energisch verfolgt. An der Front Lornobez-Ughi-Bagwadum und am unteren San wurden die Kämpfe erfolgreich fortgesetzt. Im Abschnitt Jaroslaw-Legalchow gelang es dem Feind, sich am rechten Souisee festzusetzen. Südlich Jaroslaw halten wir beide Flußufer. Das Bombardement Przemyśl wird fortgesetzt. Im Abschnitt zwischen Przemyśl und den großen Dniezstumpfen warfen wir neue erditterte Angriffe des Feindes erfolgreich zurück. Der Feind hatte dort um jeden Preis Erfolge erzielen wollen. Nach hartnäckigem Kampf warfen wir die Deutschen aus den Schützengräben hinaus, die sie am Tage vorher zweifeln unserer Detachamente bei Guffakow weggenommen hatten. In der Gegend Drolobyeg-Stry-Dolina wirft der Feind trotz ungeheurer Verluste immer neue Kräfte zum Sturm gegen unsere Stellungen. An mehreren Orten unternehmen wir gelungene Gegenangriffe und machten Hunderte von Gefangenen. An der oberen Bistritza und bei Delain und Kolomena verhielt sich der von den Wierholzen der Vortage erschöpfte Gegner am 17. Mai passiv. Dort machten wir neuerlich Fortschritte. Die dort erbeuteten Gefangenen und Kriegsmaterialien wachsen ständig.

Maßnahmen der Schweiz.

Zürich, 20. Mai. (Z. U.) Eine Verstärkung der Mobilmachung des schweizerischen Heeres hat begonnen. Die im August v. J. eingezogenen Truppen waren größtenteils wieder entlassen worden. In Anbetracht der veränderten Lage sind jetzt erneut Bestimmungsbefehle in großer Zahl an die Militärvorgesetzten abgegangen. Man glaubt, daß das Milizheer fast auf volle Stärke gebracht werden solle. Zahllose Jüge mit Soldaten sind nach der schweizerisch-italienischen Grenze unterwegs. Alle Dörfer in diesen Gebieten wimmeln von Truppen. Es sind prachtvolle Soldaten mit vollendeter Ausrüstung. Eine Reihe weiterer Maßregeln ist erfolgt, so daß erkenntlich wird, daß die Schweiz trotz ihrer großen Friedensliebe sich jeglicher Verletzung ihrer Neutralität mit äußerster Energie widersetzen würde. Es geht dies auch aus den heutigen Leitartikeln der großen Schweizer Presse mit Bestimmtheit hervor.

Von einem U-Boot vernichtet.

London, 20. Mai. (B. L. V.) „Hobbs“ melden aus Fraserburgh: Ein dänischer Segler hat die Besatzung des U-Boot „Lutecne“ gelandet. Dieser ist von einem deutschen Unterseeboot in die Luft gesprengt worden, als er sich am 20. Mai, früh, 40 Meilen von Nattrayhead befand.

Deutsches Theater
 Direktion: Max Reinhardt.
 Heute 7 1/2 Uhr: Neueinstudiert:
Die Mitschuldigen. Zum
 ersten Male: **Das Jahr-**
marktsfest zu Plunders-
weilern.
 Sonnabend: Die Mitschuldigen. —
 Das Jahrmarktsfest zu Plunders-
 weilern.
 Sonntag und Montag 2 1/2 Uhr:
 Nachmittagsvorstellung (kleine
 Preise): Die deutschen Kleinstädter.

Rose-Theater.
 8 Uhr: **Wie deutsche Helden sterben**
Walhalla-Theater.
 8 Uhr: **Die Jagd nach dem Glück.**

Theater für Freitag, den 21. Mai.

Berliner Theater
 8 Uhr: **Extrablätter!**
Deutsches Künstler-Theater
 8 Uhr: **Datterich**
Deutsches Opernhaus, Charlottenb.
 8 Uhr: **Die Königin von Saba**
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater
 6 1/2 Uhr: **O diese Leutnants!**
Gebr. Herrfeld-Theater
 8 Uhr: **Der Gedankenleser. Das einzige Mittel.**
Kleines Theater
 8 Uhr: **Scherz, Satire, Ironie u. tiefere Bedeutung**
Komische Oper
 8 1/2 U.: **Der Opernball**
Komödienhaus
 8 Uhr: **Biedermeyer**
Lessing-Theater
 8 Uhr: **Ein Volksfeind**
 (Dr. Stockmann: Alb. Bassermann)
Lustspielhaus
 8 1/2 Uhr: **Ein Prachtmädel**
Metropol-Theater
 8 Uhr: **Der Hochtourist**

URANIA
 Taubenstraße 48/49.
 8 Uhr:
Der Kanal u. die Ostküste Englands.
Reichshallen-Theater*
 Stettiner Sänger. Anf. 8 U.
 Zum Schluss:
Im Schützengraben
 Militärisch. Zeit-
 bild von Meyfel.
 Militärsänger
 u. deren Angehör-
 iger vollkommener
 freier Zutritt zu
 d. Stett. Sängern.

Montis Operetten-Theater
 Gastspiel Louis Treumann.
 8 Uhr: **Hoheit tanzt Walzer**
Residenz-Theater
 8 Uhr: **Das kommt davon**
Schiller-Theater O.
 8 Uhr: **Der blinde Passagier**
Schiller-Th. Charlottenbg.
 8 Uhr: **Der lächelnde Knabe**
Thalia-Theater
 8 Uhr: **Alt-Berliner Possen-Abend: Das erste Mittagessen.**
 Hermann und Dorothea.
 Guten Morgen, Herr Fischer!
Theater am Nollendorferpl.
 8 1/2 Uhr: **Immer feste drauf!**
 Sonntag 3 1/2 Uhr: **Die Dolliarprinzessin**
Theater des Westens
 Ab Pfingstsonntag täglich:
Der brave Fridolin
 Posse von Okonkowski u. Gabriel.
Theater in der Königgrätzer Straße
 8 Uhr: **Ostern**
Trianon-Theater
 8 1/2 Uhr: **Wie man einen Mann gewinnt**
Volksbühne. Theater am Bülowplatz
 8 1/2 Uhr: **Rösickes Geist**

WINTER GARTEN
Rita Sacchetto
 Else Böttcher
 Rosa Felsegg
 Julius Spielmann
 sowie der
 abwechslungsreiche
 Mai-Spielplan.

Voigt-Theater.
 Badstr. 58. Badstr. 58.
 Vom 1. Pfingstfeiertag ab täglich
 im Garten:
**Gr. Theater- u. Spezialität-
 Vorstellung.**
 Raffeneröffnung 2 Uhr. Anf. 4 Uhr.
Berliner Prater-Theater
 Kaffianen-Allee 7-9.
 1. und 2. Pfingst-Festtag:
Große Extra-Frühvorstellung.
 Theater und Spezialitäten.
 Anfang 6 Uhr. Eintritt 20 Pf.

Sozialdemokrat. Wahlverein Niederbarnim.
Bezirk Lichtenberg.
Großes Früh-Konzert
 am 1. und 2. Pfingstfeiertag im Café Bellevue
 am Rummelsburger See, Hauptstr. 2.
 Anfang 5 Uhr früh.
 Eintrittskarten a 10 Pf. sind bei allen Gruppenführern
 zu haben. An der Kasse 20 Pf. 12/18
Die Bezirksleitung.

Männer- und Frauenchor Neukölln.
 W. v. D. M. E. S. — Leitung: Herr Geisler.
 Montag, den 24. Mai (2. Pfingstfeiertag):
Früh-Konzert
 zum Besten der im Felde stehenden Sangesbrüder
 in Happoldts Brauerei, Hafenside 32-38.
 Mitwirkende: Neues Berliner Tonkünstler-Orchester.
 Leitung: Herr Hoffelder.
 Programm 20 Pf. 58/18 Anfang 6 Uhr.

Mechaniker-Kittel-Schlosser-Anzüge
 kaufen Sie am besten und billigsten in dem größten Spezialgeschäft von
Kohnen & Jöring, Arbeits- und Berufs-Kleidung
 Alexanderstraße 12. Rosenthaler Straße 53. Landsberger Allee 148. Neukölln, Bergstr. 66.

Zuviel Steuern?
 Die Steuereinsparungen gehen den Steuerzahlern in den nächsten Wochen zu.
Auskunft gibt
 über die Höhe der zu zahlenden Steuern, über die abzugsberechtigten Ausgaben und alle anderen wissenstherlichen Fragen auf diesem Gebiet das Buchlein
Führer
 durch das preussische Einkommensteuergesetz
 Mit 19 Formularen für Eingaben und Reklamationen, sowie einem ausführlichen Sachregister
Preis 30 Pf.
 Zu haben in allen **Vorwärts-Ausgabestellen** und in der **Buchhandlung Vorwärts** Lindenstraße 3.

Kredithaus
„ALLE TAGE ANDERS“
 Bahnhof Wedding, grünes Haus direkt am Nollendorferplatz
Jeder erhält Kredit
 auf allerbequemste Teilzahlung
Herren-Garderobe
 Elegant und modern Ersatz für Massarbeit
Damen-Garderobe
 Kostüme, Blusen, Röcke, Kinder-Garderobe
Sport- und Kinderwagen
 in grosser Auswahl wöchentlich 1 Mark.
Möbel- u. Polsterwaren
 Nur eigenes Fabrikat!

„ALLE TAGE ANDERS“
 Größtes Haus direkt am Nollendorferplatz
 Bis zum Fest doppelte Marken oder 10% in bar bei Einkauf für Anz.

„ALLE TAGE ANDERS“
 Größtes Haus direkt am Nollendorferplatz
 Bis zum Fest doppelte Marken oder 10% in bar bei Einkauf für Anz.

Spezialarzt
 Dr. Homeyer
 I. Haut, II. Harn, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Veitstänze jeder Art, Ehrlich'sche Kuren in u. Co. fonz. Laborat. I Blut-untersuchung, Nadeln i. Harn usw. gegenüber Friedrichstr. 81, Genoptikum Spr. 10-2, 5-9, Sonnt. 11-2. Honorar mäßig, auch Teilzahl. Separates Damenzimmer.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
 Verwaltung Berlin.
 Tel.-Amt Moritzplatz 10623, 3578. Bureau: Kungelstraße 30.
 Heute Freitag, den 21. Mai, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 15 (Saal 4):
Ordentliche General-Versammlung.
 Tagesordnung:
 1. Bericht der Ortsverwaltung und Kassendbericht. 2. Wahl eines Revisors für die Kassakasse. 3. Ergänzung eines Revisors für die Hauptkasse. 4. Anträge.
 Die Ortsverwaltung.

Kleine Anzeigen.
Verkäufe.
Teppiche! Spottbillige Ausnahmepreise! Große Kosten mit kleinem Farbfehler, jetzt 4,75, 6,75, 10,50, 16,50 usw. Bettvorleger, Kissenstoffe überbillig. Bolks Teppichhaus, Dresdenstr. 8 (Kottb. Hof). Abonnement 10 Proz. Rabatt 24/4
Teppiche mit kleinem Fehler, sehr billig. Gardinen, Vorhänge, Steppdecken, Tischdecken, Diwanddecken, sehr billig. Vorwärtsleiter 5 Prozent Rabatt. Teppichhaus Brunn, Gadesamer Markt 4 (Bahnhof Börse). 24/4
Monatsanzüge, nur wenig getragen. Paletots, Ulster, Hosen. Verkaufsanzeige werden spottbillig verkauft. Die elegantesten Anzüge sind teilweise billig zu haben. Ut-berante Firma. Max Weh, Große Frankfurterstraße 88. 24/4
Teppich-Thomas, Dramenstr. 44 spottbillig farblichere Teppiche, Gardinen, Vorwärtsleiter 5 Prozent Extrarabatt. 24/4
Gilt zum Wareneinkauf im Wand- leibhaus Hermannplatz 6. Grob-berlins allerbilligste Einkaufsquelle. Spottbilliger Bettdeckenverkauf, Wäscheverkauf, Gardinenverkauf, Teppichverkauf, Uhrenverkauf, Goldschmuck, Juwelanzüge, Sommerpaletots, Herrenhosen, Kutschenhosen, Damen-garderoben, Kassenmische, Damen-betten, Vermietungsabtei. Jedermanns Kaufgelegenheit Hermannplatz 6. 24/4
Monatsgarderobenhaus verkauft spottbillig erstklassige, wenig ge-tragene, sehr neue Jacketanzüge, Gehrosanzüge, Smokinganzüge, Rodanzüge, Ulster, Paletots, Cutanomonanzüge, gestreifte Reinfleider, Bauanzüge, großes Lager. Hal-perr, Rosenthalerstraße 4. Kein Ladeneingang. Nur eine Treppe. *
Leibhaus Prinzengasse 106 kaufen Sie von Kapallieren wenig getragene Jacket-, Rodanzüge, Paletots, größtenteils auf Seide gearbeitet. Gelegenheitskäufe in neuer Modgarderobe. Gold- und Silber-waren. Höchste Beilehung aller Ver-laden. 43/11
Elegante Kostüme, Sportjaden, schwarze Frauenmäntel, Hippamantel, wasserichte Seidenmäntel, Gummitin-mäntel, Popelinnmäntel, Blusen, Röcke, direkt aus Arbeitsstuben, spottbillig. Meyer, Nollendorferstr. 13, I. Etage. Sonntags geöffnet. 76/8
Kleiderjupin 15,00-30,00, Verti-fos 25,00, Auszugsjupe 20,00-50,00, Rückenmöbel, Bettstellen, Ausbeuten 17,00-24,00, Schreibische, Büfettis äußerst billig. Zentralmöbelpeller, Prinzengasse 71. 31/8
Leibhaus Moritzplatz 58a: kaufen Sie spottbillig von Kapallieren wenig getragene sowie im Verkauf ge-wesene Jacket-, Rodanzüge, Ulster, Paletots, Serie I: 10-18, Serie II: 20-30 Kauf, größtenteils auf Seide. Gelegenheitskäufe in neuer Mod-garderobe, enorm billig. Riesenposten Kleider, Kostüme, Mäntel, auf Seide, früher bis 150, jetzt 20-35 R. Extra-Angebot in Lombard gewesener Teppiche, Gardinen, Vorhänge, Betten, Wäsche, Uhren, Brillanten, Goldwaren enorm billig nur Moritz-platz 58a I. 88/8

Monatsgarderobe von Herrschaften, Kavallieren, abnormierten Herren-maden, wenig getragen, erstklassige Maßverarbeitung, echten Stoffen, teils von Hofschneidern auf Seide, Sommerpaletots, Cutanoms, Kam-margarden, Jacketanzüge, Rodanzüge, speziell für harte Herren. Unübertref-flich billiger Verkauf. Rosenberg, Blücherstraße 61 I. 42/8
Kinderwagen, gebraucht, neu, Kolonialstr. 68, III. 17338
Taschenbuch für Gartenfreunde. Ein Katalog für die Pflege und sach-gemäße Bewirtschaftung des häuslichen Gier-, Gemüse- und Obstkartens von Max Desbordes. Zweite vermehrte Auflage. Mit 187 Textabbildungen. Preis 3,50 Mark. Expedition Vor-wärts, Lindenstraße. 27/3
Teppiche, Gardinenteiler, spottbillig, Vorhänge, Steppdecken, Tischdecken, Gardinen, Vorwärtsleiter 5 Prozent Extrarabatt. 10 Prozent. Fischer, Goldammerstraße 109. 16/8
Monatsanzüge, Sommerpaletots Gummimäntel, Gehrosanzüge (auch leichtweil) verkauft spottbillig. Brin-genstraße 64. 26/8
Portunaleihhaus, Brunnen-strasse 157. Allerbilligste Herren-anzüge, Bettdecken, Kassenmische, Uhrenverkauf, Goldwaren. *
Schlafbeden (Dedbeiterlag), Nor-mal 1,35, 1,85-6 Mark, Bolle (ein-laxbig) 2,85-8 Mark. Spezialhaus Emil Leveque, Oranienstraße 158.
Tüchbeden, volle Bettgröße 2,50, im Erbsaal 6,35, Tüchbeden 1,85, Erbsaalstüch 4,35. Teppich-haus Emil Leveque, Oranienstraße 158.
Möbel.
Kriegshalber nagelneue Woh-nungseinrichtung, hübsche Küche, zusammen 200, zu verkaufen. Kolen-talerstraße 57, vorn III bei Glas. (Gemeinlich.) Händler verketen. *
Teilzahlung bei günstigsten Be-dingungen. Möbelhaus Gabbert, Kollenderstraße 54. *
Nur im Kriege diese Preise, nie wiederkehrend. Kleiderjupin, Verti-fos mit Vergütung 42.—, Bettstelle eng-lisch mit Matratze 45.—, großer Teppich 29.—, Buchbaum-Diplomat 66.—, komplette Küche 56.—, An-feidenschrank mit Spiegel 68.—, Ausziehtisch mit Verbindung 26.—, Mahollette mit Marmor 26.—, Konimode 20.— und viele Einzel-möbel für jeden anscheinbaren Preis. Übrich, Alte Schindlerstraße 32. *
Vorwärtsleiter! bitte ich vor- festem Möbelkauf um Befähigung meiner lebenswerten Ausstellungen. Riesenauswahl aller Möbelarten, billige Preise. Katalog V. gratis. „Berliner Möbelhaus“, nur Sad-often, Schallerstraße 25. 14/8
Fahrräder.
Riesenposten! Tourenfahrräder, Damenfahrräder, Halbrenner, Frei-laufräder 10,00-30,00. Extraordnige Rodradsreifen, Schlauchreifen, Renn-maschinen 45,00. Neue Fahrräder 40,00. Brauchmaschinen 52,00. Damenjahre über 60,00. Necht-schüler 0,45. Laufmäntel 2,75. Multibler, Hausnummer beachten. Weinmellerstraße Bier. 42/13

Gelernte Sattler und Zusehneider (Sattler)
 erhalten sofort Anstellung.
Wertheim G. m. b. H.
 Abteilung Sattlerei — Oranienstraße 52.
Sattler (Heimarbeiter)
 werden für große Posten Artillerie- und Train-Sattelseng und Geschirrtelle sofort gesucht.
Wertheim G. m. b. H.
 Abt. Sattlerei.
 Oranienstraße 52.

Wertheim G. m. b. H.
 Abteilung Sattlerei — Oranienstraße 52.

Kaufgesuche.
Zahngebisse! Bruchgold! Silber-sagen, Platinabfälle, Quecksilber, Stanniolpapier, Kupfer, Messing, ähnliche Metalle höchstzahlend. Schmelze Christianat, Kollender-strasse 20a (gegenüber Wantaufel-strasse). 27/3
Kupfer! Messing! Aluminium! Nickel! Zinn, Zink, Blei, Quecksilber, Stanniolpapier, Platinabfälle, Zahn-gebisse, Goldschmelze, Silberabfälle, höchstzahlend! Metallschmelze Cohn, Brunnenstraße 25 und Neudamm, Berlinerstraße 76. 27/3
Fahrradkauf Weberstraße 42.
Metallkauf. Kupfer Alu bis 185, Messing bis 130, Zinn bis 3.—, Aluminium, Quecksilber, Blei, Zinn, alle Edelmetalle, Zahngebisse höchstzahlend. Geldfontor Alte Jakob-strasse 140. 17308
Fahrradkauf Streese, An-dreasstraße 37 I. 42/8
Platinabfälle, Zahngebisse bis 50,00, Goldschmelze, Silberabfälle, Treifen, Quecksilber, Stanniolpapier 3,00, Kupfer bis 185, Messing bis 130, Zinn, Nickel, Aluminium, Zinn, Blei, höchstzahlend! Edelmetalle. Ein-kaufsbureau Weberstraße 31 (Tele-phon, Abholung). 78/8
Platin, Goldschmelze, Silberabfälle, Zahngebisse, Stanniol 2.—, Queck-silber, Platinabfälle, Goldschmelze, alle Sorten Blumel, Auguststraße 69.
Fahrradkauf, Lindenstraße 19. *

Unterricht.
Unterricht in der englischen Sprache für Anfänger und Fort-geschrittene, einzeln oder im Kreis, wird englischer Unterricht erteilt. Auch werden Ueberlegungen an-geführt. G. Swienty, Lieblichstr. 2, Charlottenburg, Stuttgartplatz 2, Gartenhaus III. 44/8
Verschiedenes.
Datenanwalt Müller, Göttinger-strasse 16.
Arbeitsmarkt.
Stellenangebote.
Schloffer und Schmiede für Kriegs-arbeit suchen Baechler u. Baechler, Mariendorfer, Schönbergstraße 97.
Vorarbeiter für Metallbearbeitung an Drehbänken, Fräs- und Hobel-maschinen, erfahren in der Anfertigung aller dazu erforderlichen Werk-zeuge, finden dauernde Beschäftigung bei Westfälische, Maschinenfabrik, Lichtenberg, Rittergasse 128. 97*
Kappler und Fräser auf Schirm-griffe verlangt Kraft, Blicher-strasse 22. 17395
Kartonnierer stellt ein für dauernde Beschäftigung Max Ties, Kartonfabrik, Barnimstraße 13. 42/15
Maschinen, Schloffer, Mechaniker, der mit Expertentypen Beschäftigt weiß, kann sich an chemischer Fabrik mit keiner Kapitaleinlage angenehme dauernde Stellung sichern. Adressen von Reklamationen unter S. 2 Haupt-erpedition des „Vorwärts“ erbeten.
Dienstmädchen, 14-16jährige, für kleinen Privathaushalt, auch als zweites Hausmädchen und Kinder-mädchen nachmittags 4-7 Uhr im Zentralarbeitsnachweis, Abteilung für Hauspersonal, Eichhornstraße 1 (Ecke Potsdamerstraße), Belle-Allianceplatz 5, Hermannstraße 13, Alt-Woabit 38, Kollenderstraße 1 (am Stralauerplatz). 24/8/9
Verkauferrinnen, tüchtige, für Damenkonfektion sofort gesucht. Re-lungen 1-2 Uhr mittags und 7-8 Uhr abends. H. Janorj u. Co., Belle-Alliancestraße 1/2. 52/8

Stellenangebote.
Schloffer und Schmiede für Kriegs-arbeit suchen Baechler u. Baechler, Mariendorfer, Schönbergstraße 97.
Vorarbeiter für Metallbearbeitung an Drehbänken, Fräs- und Hobel-maschinen, erfahren in der Anfertigung aller dazu erforderlichen Werk-zeuge, finden dauernde Beschäftigung bei Westfälische, Maschinenfabrik, Lichtenberg, Rittergasse 128. 97*
Kappler und Fräser auf Schirm-griffe verlangt Kraft, Blicher-strasse 22. 17395
Kartonnierer stellt ein für dauernde Beschäftigung Max Ties, Kartonfabrik, Barnimstraße 13. 42/15
Maschinen, Schloffer, Mechaniker, der mit Expertentypen Beschäftigt weiß, kann sich an chemischer Fabrik mit keiner Kapitaleinlage angenehme dauernde Stellung sichern. Adressen von Reklamationen unter S. 2 Haupt-erpedition des „Vorwärts“ erbeten.
Dienstmädchen, 14-16jährige, für kleinen Privathaushalt, auch als zweites Hausmädchen und Kinder-mädchen nachmittags 4-7 Uhr im Zentralarbeitsnachweis, Abteilung für Hauspersonal, Eichhornstraße 1 (Ecke Potsdamerstraße), Belle-Allianceplatz 5, Hermannstraße 13, Alt-Woabit 38, Kollenderstraße 1 (am Stralauerplatz). 24/8/9
Verkauferrinnen, tüchtige, für Damenkonfektion sofort gesucht. Re-lungen 1-2 Uhr mittags und 7-8 Uhr abends. H. Janorj u. Co., Belle-Alliancestraße 1/2. 52/8

Fahrgesuche.
Zahngebisse! Bruchgold! Silber-sagen, Platinabfälle, Quecksilber, Stanniolpapier, Kupfer, Messing, ähnliche Metalle höchstzahlend. Schmelze Christianat, Kollender-strasse 20a (gegenüber Wantaufel-strasse). 27/3
Kupfer! Messing! Aluminium! Nickel! Zinn, Zink, Blei, Quecksilber, Stanniolpapier, Platinabfälle, Zahn-gebisse, Goldschmelze, Silberabfälle, höchstzahlend! Metallschmelze Cohn, Brunnenstraße 25 und Neudamm, Berlinerstraße 76. 27/3
Fahrradkauf Weberstraße 42.
Metallkauf. Kupfer Alu bis 185, Messing bis 130, Zinn bis 3.—, Aluminium, Quecksilber, Blei, Zinn, alle Edelmetalle, Zahngebisse höchstzahlend. Geldfontor Alte Jakob-strasse 140. 17308
Fahrradkauf Streese, An-dreasstraße 37 I. 42/8
Platinabfälle, Zahngebisse bis 50,00, Goldschmelze, Silberabfälle, Treifen, Quecksilber, Stanniolpapier 3,00, Kupfer bis 185, Messing bis 130, Zinn, Nickel, Aluminium, Zinn, Blei, höchstzahlend! Edelmetalle. Ein-kaufsbureau Weberstraße 31 (Tele-phon, Abholung). 78/8
Platin, Goldschmelze, Silberabfälle, Zahngebisse, Stanniol 2.—, Queck-silber, Platinabfälle, Goldschmelze, alle Sorten Blumel, Auguststraße 69.
Fahrradkauf, Lindenstraße 19. *

Fahrgesuche.
Zahngebisse! Bruchgold! Silber-sagen, Platinabfälle, Quecksilber, Stanniolpapier, Kupfer, Messing, ähnliche Metalle höchstzahlend. Schmelze Christianat, Kollender-strasse 20a (gegenüber Wantaufel-strasse). 27/3
Kupfer! Messing! Aluminium! Nickel! Zinn, Zink, Blei, Quecksilber, Stanniolpapier, Platinabfälle, Zahn-gebisse, Goldschmelze, Silberabfälle, höchstzahlend! Metallschmelze Cohn, Brunnenstraße 25 und Neudamm, Berlinerstraße 76. 27/3
Fahrradkauf Weberstraße 42.
Metallkauf. Kupfer Alu bis 185, Messing bis 130, Zinn bis 3.—, Aluminium, Quecksilber, Blei, Zinn, alle Edelmetalle, Zahngebisse höchstzahlend. Geldfontor Alte Jakob-strasse 140. 17308
Fahrradkauf Streese, An-dreasstraße 37 I. 42/8
Platinabfälle, Zahngebisse bis 50,00, Goldschmelze, Silberabfälle, Treifen, Quecksilber, Stanniolpapier 3,00, Kupfer bis 185, Messing bis 130, Zinn, Nickel, Aluminium, Zinn, Blei, höchstzahlend! Edelmetalle. Ein-kaufsbureau Weberstraße 31 (Tele-phon, Abholung). 78/8
Platin, Goldschmelze, Silberabfälle, Zahngebisse, Stanniol 2.—, Queck-silber, Platinabfälle, Goldschmelze, alle Sorten Blumel, Auguststraße 69.
Fahrradkauf, Lindenstraße 19. *

Central-Haus Jägerstr. 13 I.
 Conc. Leihhaus
 ..Vorwärts“-Leser erhalten 10 Proz. extra.
 Berantw. Redakt.: Alfred Dielepp, Neukölln. Inseratenteil verantw. Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsskizzen

Ein neues deutsches Weißbuch.

Die Reichsregierung hat ein Weißbuch über die völkerrechtswidrige Führung des belgischen Volkskrieges herausgegeben, das den Regierungen der neutralen Mächte mitgeteilt, auch der Presse des Inlandes und Auslandes zugänglich gemacht wird. Das Weißbuch enthält eine Denkschrift, worin gegen das völkerrechtswidrige Verhalten der belgischen Bevölkerung und der belgischen Regierung scharfer Protest erhoben wird. Der Denkschrift ist ein umfangreiches Material beigelegt, darunter vier Sonderberichte der im Kriegsministerium gebildeten Militäruntersuchungsstelle über die Kämpfe in Aerschot, Andenne, Dinant und Löwen.

Denkschrift und Sonderberichte werden in einer Sonderbeilage der „Nordd. Allg. Ztg.“ vom Donnerstagabend zum Abdruck gebracht. Die Denkschrift sagt einleitend:

„Gleich nach Ausbruch des gegenwärtigen Krieges ist in Belgien ein wilder Volkskampf gegen die deutschen Truppen entbrannt, der eine tragante Verletzung des Völkerrechts bildet und für das belgische Land und Volk die schwersten Folgen gehabt hat. Dieser Kampf einer von den rohesten Verbrechen beherrschten Volksmenge hat während des gesamten Vormarsches des deutschen Heeres durch Belgien getobt. Als die belgische Armee nach hartnäckigen Gefechten vor den deutschen Truppen zurückwich, hat die belgische Zivilbevölkerung in den noch unbesetzten Teilen des Landes den deutschen Vormarsch mit allen Mitteln aufzuhalten versucht; sie hat sich aber auch an Orten, die längst von deutschen Truppen besetzt waren, nicht gescheut, durch feige und hinterlistige Ueberfälle die deutsche Heeresmacht zu schädigen und zu schwächen.“

Für die Erbitterung und für die Wut, mit der die Zivilbevölkerung gekämpft hat, liegt nach den Angaben der Denkschrift ein umfangreiches Material vor. Aus diesem zum Teil abgedruckten Material sei folgendes hervorgehoben:

„Männer der verschiedenen Stände: Arbeiter, Fabrikbesitzer, Aerzte, Lehrer, sogar Geistliche, ja auch Frauen und Kinder sind mit den Waffen in der Hand ergriffen worden; in Gegenden, aus denen sich längst die belgischen regulären Truppen zurückgezogen hatten, wurde aus Häusern und Gärten, von Dächern und aus Kellern, aus Feldern und Wäldern auf die deutschen Truppen geschossen. In den Kämpfen wurden Mittel benutzt, die von einer regulären Truppe sicher nicht verwendet worden wären, wie denn auch große Mengen von Jagdgewehren und Jagdmunition von verrosteten Revolvern und Pistolen vorgefunden worden sind; zahlreich waren dementsprechend die Verwundungen durch Schrotkugeln und ebenso durch Verbrühungen mit heissem Teer und kochendem Wasser. Nach alledem kann es keinem Zweifel unterliegen, daß in Belgien der Volkskrieg nicht nur von einzelnen Zivilpersonen, sondern von breiten Massen der Bevölkerung geführt worden ist.“

Die Denkschrift setzt dann auseinander, daß dieses Eingreifen der Bevölkerung in den Kampf den Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung widerspricht, weil die Kämpfenden weder verantwortliche Führer hatten, noch ein äußerlich erkennbares Abzeichen trugen. Daran ändere nichts, daß an diesen Unternehmungen anscheinend auch belgische Militärpersonen und Angehörige der belgischen „garde civique“ teilgenommen haben. Denn da diese Personen gleichfalls keine militärischen Abzeichen trugen, sondern sich in Zivilkleidern unter die kämpfenden Bürger mischten, könnten ihnen ebenso wenig wie diesen die Rechte der Kriegführenden zugesprochen werden.

Es wird dann ausgeführt:

„Durch unwiderlegliche Zeugnisse ist darzulegen, daß in einer ganzen Reihe von Fällen die deutschen Truppen von der belgischen Zivilbevölkerung bei ihrem Einzug scheinbar freundlich aufgenommen und dann bei eintretender Dunkelheit oder bei anderer sich bietender Gelegenheit mit Waffen überfallen worden sind; solche Fälle haben sich namentlich in Vlegny, Esneux, Grand Rosière, Dièvre, Gouvy, Wilers, devant Orbal, Sainte-Marie, Les Vuelles, Hichy, Acoz, Aerschot, Andenne und Löwen ereignet. Alle diese Ueberfälle verstießen offenbar gegen die Vorschriften des Völkerrechts, die Waffen offen zu führen. Was aber der belgischen Bevölkerung vor allem zur Last fällt, ist die unerhörte Verletzung der Kriegsgebräuche. An verschiedenen Orten, z. B. bei Lüttich, Herbe, Brüssel in Aerschot, Dinant und Löwen sind deutsche Krieger hinterrücks ermordet worden.“

„Endlich steht unzweifelhaft fest, daß deutsche Verwundete von der belgischen Bevölkerung ausgeraubt und getötet, ja sogar grauenhaft verstümmelt worden sind, und daß selbst junge Frauen und Mädchen an solchen Schandthaten teilgenommen haben. So sind deutschen Verwundeten die Augen ausgehöhlet, Ohren, Nase, Fingerglieder und der Geschlechtssteil abgeschnitten oder der Leib aufgeschlitzt worden, in anderen Fällen sind deutsche Soldaten vergiftet an Bäumen aufgehängt, mit brennender Flüssigkeit übergossen oder sonst verbrannt worden, so daß sie einen besonders qualvollen Tod erlitten haben.“

Unter diesen Umständen konnte die belgische Zivilbevölkerung, die sich am Kampfe beteiligte, auf eine Behandlung, wie sie Kriegführenden gebührt, selbstverständlich keinen Anspruch machen. Es war vielmehr im Interesse der Selbsterhaltung des deutschen Heeres unbedingt erforderlich, gegen diese Feindschärler die schärfsten Maßnahmen zu ergreifen. Personen, die den deutschen Truppen kämpfend entgegenzutreten, mußten deshalb niedergemacht werden; Gefangene waren nicht wie Kriegsgefangene nach Kriegsrecht, sondern wie Mörder nach Kriegsgebrauch zu behandeln. Immerhin sind dabei, soweit Kriegsnotwendigkeit nicht entgegenstand, die Formen der Rechtsprechung gewahrt worden; die Gefangenen wurden, wenn es die Umstände irgend erlaubten, erst nach ordnungsmäßigem Verhör oder nach Aburteilung durch ein Kriegsgericht erschossen. Greise, Frauen und Kinder wurden, selbst wenn sie dringend verdächtig waren, in weitestem Umfange gespart; ja, die deutschen Soldaten haben, obwohl ihre Geduld durch die tödlichen Angriffe auf eine außerordentlich harte Probe gestellt war, für solche Personen, soweit irgend möglich, mandamental in gerader Weise gesorgt, indem sie gefährdete Hilflose unter ihren Schutz nahmen, mit ihnen ihr Brot teilten, auch Schwache und Kranke in Fürsorge gaben.“

Die Schuld an all diesen Vorgängen treffe die belgische Regierung. Ihr Verstoß, sich von dieser Verantwortung durch die Behauptung zu entlasten, daß diese Ereignisse durch die Verführungswut der deutschen Truppen entstanden wären, sei völlig mißlungen. Die von der belgischen Kommission zusammengestellten Erzählungen von Flüchtlingen, die als das Ergebnis peinlich unparteiischer Untersuchungen bezeichnet werden, trügen den Stempel der Unglaubwürdigkeit, wenn nicht böswilliger Entstellung an sich. Die Kommission sei nach Lage der Verhältnisse gar nicht imstande, die ihr zugehörigen Berichte auf ihre Richtigkeit zu prüfen und den Zusammenhang der Ereignisse zu erfassen. Ihre Anklagen gegen das deutsche Heer seien daher nichts anderes als niedrige Verleumdungen, die durch das vorliegende Urkundenmaterial ohne weiteres entkräftet werden.

Als Anlagen sind dann die Berichte der im Kriegsministerium errichteten Militäruntersuchungsstelle für Verletzungen des Kriegsrechts beigegeben, in denen das Ergebnis der gerichtlichen Untersuchungen niedergelegt ist.

Zur Ministerkrise in England.

London, 19. Mai. (B. L. Z.) Bonar Law hat in der Guildhall eine Rede gehalten, in der u. a. sagte, es liefen Gerüchte über politische Veränderungen und Kombinationen von Politikern und Staatsmännern um. Solche Kombinationen wären zwecklos, ja mehr als zwecklos, außer wenn sie zum Zusammenschluß der ganzen Nation und deren Organi-

sation zum Zweck der Beendigung des Krieges führten.

Rotterdam, 19. Mai. (B. L. Z.) Der „Rotterdamsche Courant“ meldet aus London: Man erwartet, daß bei der Neubildung des Kabinetts auch Henderson als Vertreter der Arbeiterpartei sowie Carson und Redmond Sitze erhalten sollen. Redmond würde damit den alten Grundsatz, daß kein irischer Nationalist Mitglied der britischen Regierung sein soll, aufgeben.

London, 19. Mai. (B. L. Z.) „Times“ schreiben über die bevorstehenden Veränderungen im Ministerium: Die Aufteilung der Verantwortlichkeit muß mit der Verteilung der Macht Hand in Hand gehen. Die Opposition muß ebenso stark vertreten sein, wie die Liberalen. Noch vor mehr als einer Woche sagte Asquith bei Beantwortung von Fragen im Unterhaus, daß nicht an ein Koalitionskabinet gedacht werde. Aber die Schwierigkeiten zwischen Fisher und Churchill haben die Krise herbeigeführt. Auch das Fehlschlagen der Alkoholgesetzgebung, sowie die Schwierigkeiten mit den feindlichen Fremden haben die Stellung der Regierung geschwächt; dazu kommt noch die Frage der Herstellung des Kriegsbedarfes. — „Daily Chronicle“ schreibt: Vor 48 Stunden würden 999 von tausend Liberalen jede Zumutung, ein Koalitionsministerium zu bilden, entschieden zurückgewiesen haben. Heute werden sie vor eine Tatsache gestellt, die hinter ihrem Rücken zustande gekommen ist. Sie werden, so vermuten wir, ihre Ansicht nicht ändern.

London, 20. Mai. (B. L. Z.) „Daily News“ schreiben in ihrem Leitartikel: Die Aufrechterhaltung der liberalen Regierung hätte den Burgfrieden zwischen den Parteien vorausgesetzt, der jedoch von einem Teil der Opposition gebrochen worden ist. Der Zweck dieses Vorgehens war, der Regierung Schwierigkeiten zu machen, und nur Deutschland hatte Vorteil von diesem Streit. Das Blatt glaubt nicht, daß die Leistungsfähigkeit des Kabinetts durch den Eintritt der Unionisten gestärkt würde, da nur Balfour eine Größe ersten Ranges sei, der bereits eine Rolle in der Kriegsführung spielte. Die Umbildung des Kabinetts habe keine sachliche Bedeutung und sei nur ein Zugeständnis an die Presse. Der Eindruck in neutralen Ländern müsse selbstverständlich sehr ungünstig sein, da die Krise unvermeidlich als Zeichen der Schwäche betrachtet werden würde.

„Daily Chronicle“ sagt in einem Leitartikel: Bei der Einsetzung der Koalitionsregierung werden die Gegner auf den Banken der Opposition verschwinden und damit ein natürliches Organ der verantwortlichen Kritik ausgeschaltet werden. Statt dessen wird unverantwortliche Kritik entstehen und von allen Seiten kommen. Die Regierung wird jeder geregelten politischen Verantwortung entzogen. Die Zeit ist ungeeignet, das erprobte Zweiparteiensystem versuchsweise ins Meer zu werfen. Asquith hätte wie Salandra zurücktreten sollen.

Asquith über die Neubildung des Kabinetts.

London, 20. Mai. (B. L. Z.) Im Unterhause teilte Asquith mit, daß man Schritte zur Neubildung des Kabinetts auf breiterer persönlicher und politischer Grundlage tun wolle. Es sei noch kein endgültiger Beschluß gefaßt worden, aber um Mißverständnissen vorzuzukommen, wünschte Asquith jedermann klarzumachen, daß erstens die geplanten Veränderungen die Stellungen des Ministerpräsidenten und des Staatssekretärs für auswärtige Angelegenheiten nicht berühren würden, daß zweitens keinerlei Änderung in der Politik des Landes im Hinblick auf die Fortsetzung des Krieges mit aller Energie und allen Mitteln beabsichtigt sei, daß drittens jede Neubildung des Kabinetts, die um des Kriegszwecks willen geschieht, nicht als ein Aufgeben der politischen Ideale irgendeiner Partei ausgelegt werden soll. Asquith bekräftigte die Erklärung Bonar Law's und sagte, die Opposition würde lediglich von der Erwägung geleitet, welches die beste Methode zur erfolgreichen Beendigung des Krieges sei.

Die Arbeiterpartei tritt ins Kabinet ein!

London, 20. Mai. (B. L. Z.) Im Unterhause erklärte die Arbeiterpartei, daß sie das Angebot Asquith's, im Kabinet vertreten zu sein, annehme.

China und Japan.

Es ist gekommen, wie es kommen mußte: nachdem China monatelang die Verhandlung über die von Japan geforderten Konzessionen hinauszuzögern gewußt und sich um eine klare Entscheidung herumzudrücken versucht hatte, hat es sich schließlich doch auf das Ultimatum Japans hin zum Nachgeben verstehen müssen. Abgesehen von verschiedenen das Yangtsetal und Fufien betreffende Forderungen, zu deren Abwägung sich nach einigem Sträuben Japan bereit erklärt hatte, hat es fast das ganze schöne „Wunschprogramm“, das Japan aufgestellt hatte, apportieren und das ihm aufgezwungene Abkommen akzeptieren müssen. Es mag den Regierungsmachthabern der jungen chinesischen Republik, an ihrer Spitze Yuan-shikai, nicht leicht geworden sein, sich unter das japanische Joch zu beugen, da ihre Nachgiebigkeit sie gerade der Sympathie der von der europäischen Kultur beleckten fortschrittlich-nationalen Kreise beraubt — aber was sollten sie machen? Die Japaner hatten die Gelegenheit für ihre Prestigepolitik sehr gut gewählt. Von England und Rußland, das stellte sich immer deutlicher heraus, hatte China keine Hilfe zu erwarten; ebenso wenig von den Vereinigten Staaten von Amerika, deren Bank- und Industriebourgeoisie zurzeit genug damit zu tun hat, die durch den Krieg geschaffene wirtschaftliche Lage in ihrem Profitinteresse auszunutzen. Selbst seine staatliche Selbständigkeit zu verteidigen, ist aber China unter den bestehenden Verhältnissen nicht im Stande. Es hat lediglich ungefähr 150 000 Mann in europäischer Weise ausgebildeter Truppen, und diesen gebricht es nicht nur völlig an geeigneter kriegstüchtiger Führung, sondern auch an jenem selbstbewußten Geist, der Truppen allein zu einer kampffähigen Waffe macht. Zudem aber können diese Truppen aus ihren Standorten nicht zurückgezogen und gegen einen äußeren Feind geführt werden, wenn nicht alsbald in verschiedenen südlichen Provinzen die Revolution ausbrechen soll; denn der Widerstand gegen den mandchurischen Norden ist durchaus nicht gebrochen. Es gäbe im Stillen weiter, und nur gezwungen gehören diese Landestteile der Befinger-

Zentralregierung: eine Tatsache, die dem schlauen Diktator Yuan-shikai sehr wohl bekannt ist.

Außerdem kommt die jetzige traurige finanzielle Lage Chinas in Betracht, das im Verhältnis seiner sicheren Einnahmen mit Staatsschulden überlastet ist und dessen Handelsverkehr zudem durch den europäischen Krieg eine starke Einbuße erlitten hat, wie sich schon daraus ergibt, daß im Jahre 1914 nach vorläufiger Berechnung die Zollerträge um 15 1/2 Millionen Mark hinter denen des Jahres 1913 zurückgeblieben sind. Zwar haben nach offizieller Meldung die Einnahmen der chinesischen Regierung im Jahre 1914 1,2 Millionen Dollars mehr betragen als die Ausgaben, aber dieser Ueberschuß ist lediglich dadurch erzielt worden, daß selbst manche der nötigsten Ausgaben aufgeschoben, auf die kleineren Anleihen im Betrage von 40 Millionen Dollars, mit deren Tilgung im vorigen Jahr begonnen werden sollte, kein Pfennig oder vielmehr kein Li zurückgezahlt, dafür aber eine neue innere Anleihe im Betrage von 16 Millionen Dollars aufgenommen worden ist, die dann schließlich, da die 16 Millionen Dollars nicht reichten, noch um 8 Millionen erhöht wurde. Der neue Etat für 1915 veranschlagt denn auch, obgleich die Einnahmeposten erhöht worden sind, die Gesamteinnahme nur mit 401 Millionen Dollars, die Ausgaben hingegen mit 445 Millionen Dollars, so daß die chinesische Regierung selbst für das laufende Jahr mit einem Fehlbetrag von 44 Millionen Dollars rechnet — und diese Rechnung ist allem Anschein nach noch viel zu günstig.

Das an Naturschätzen so reiche China hat mit anderen Worten kein Geld; es steckt in arger finanzieller Verlegenheit — und an die Begebung einer ausländischen Anleihe, auf dem Londoner oder New Yorker Geldmarkt, ist nicht zu denken. Zum Kriegführen aber gehört bekanntlich Geld. Was sollte unter diesen Umständen die chinesische Regierung machen? Es blieb ihr nichts anderes übrig, als nachzugeben, zumal die englische Diplomatie zum Nachgeben riet — freilich nicht zum Nachgeben in allen Punkten, sondern nur gegenüber solchen japanischen Forderungen, die Englands Handels- und Machtinteresse weniger berührten. Die in der deutschen und englischen Presse erschienenen Meldungen über die chinesisch-japanischen Verhandlungen geben nur ein unvollständiges Bild des gegenseitigen Feilschens, immerhin zeigen sie, daß England gegen die von Japan geforderten Zugeständnisse in den Provinzen Kirin, Schöngking und Tschili, sowie auch gegen den Uebergang der bisherigen deutschen Privilegien in Schantung an die Japaner ziemlich wenig einzuwenden hatte, also für die Interessen seines russischen Bundesgenossen in der Mandchurei recht wenig Verständnis bewiesen hat, während es andererseits bezüglich der japanischen Forderungen, die das Yangtsetal und Fufien betrafen, China das Rückgrat zu steifen und zugleich Japan zur Wägung zu bewegen suchte. Tatsächlich hat denn auch, wie aus englischer Quelle gemeldet wird, Japan auf alle Eisenbahnkonzessionen im Yangtsetgebiet verzichtet und sich mit dem Verlangen begnügt, daß China die Garantie für den Fortbestand der reiche Eisenerzgruben und Güttenwerke in der Provinz Hanjang besitzenden Hanjehing-Gesellschaft als freie Privatgesellschaft übernimmt, auf die geplante Verstaatlichung dieses Unternehmens sowie auf jede staatliche Beteiligung verzichtet, Japan die Kontrolle überläßt und nicht duldet, daß außer japanischem noch anderes fremdes Kapital in Bestellungen und zukünftigen Erwerbungen der Hanjehing-Gesellschaft aneignet wird. Ferner hat Japan sein Verlangen, daß künftig China in Fufien keine fremden Macht außer Japan Bergwerks-, Eisenbahn- oder Hafenrechte einräumen dürfe, dahin ermäßigt, daß keine Landabtretung (Pachtung) zum Zweck der Anlage von militärischen Stützpunkten, Flottenstationen oder irgendwelchen anderen Befestigungen erfolgen dürfe.

Im übrigen rechnet man, wie es scheint, in England damit, daß Japan infolge seines Kapitalmangels und seiner ungünstigen finanziellen Lage gar nicht im Stande sein wird, die erprehten chinesischen Konzessionen auszunutzen. Vor allem werde ihm das Geld zur Ausführung der geplanten Eisenbahnbauten in der Mandchurei sowie den Provinzen Tschili und Schantung fehlen, so daß es sich gezwungen sehen werde, den englischen Geldmarkt in Anspruch zu nehmen, dann aber, wenn es so weit sei, könne England noch immer seine Bedingungen für die Ueberlassung der nötigen großen Kapitalien stellen und sich einen Anteil an den neuen Unternehmungen sichern.

Wieweit diese Spekulationen sich als richtig erweisen werden, läßt sich schwer beurteilen. Aber selbst wenn später England als Geldgeber Japans Gelegenheit finden sollte, an den erhofften hohen Profiten teilzunehmen, die Beeinträchtigung, die sein Ansehen in China erlitten hat, wird es nicht so leicht wieder auszugleichen vermögen. Und sicher wird sich Japan Englands Einwirkung in seine asiatischen Geschäfte nur so lange gefallen lassen, als es Englands Geld notwendig braucht. Sobald es einen anderen Geldgeber findet oder zu der Ansicht kommt, es brauche die teure Hilfe Old Englands nicht mehr, wird es diesem ungeniert einen Fußtritt versehen. Solche Sentimentalität ist keine Schwäche des japanischen Nationalcharakters!

Politische Uebersicht.

Zur Reform des preussischen Wahlrechts.

Ausführlichere Mitteilungen über die Rede des national-liberalen Abgeordneten Schiffer ergeben, daß Schiffer für die Abtufung des Wahlrechts bei der „Neuorientierung“ der inneren Politik ausgesprochen hat. Herr v. Zedlitz, der sich ebenso wie die konservative Presse gegen Schiffer ausgesprochen hatte, ist über diese Verächtigung sehr erfreut. Er schreibt dazu in der „Post“:

„Im übrigen scheint man sich auch in linksliberalen Kreisen mit dem Gedanken der Abtufung des Wahlrechts tatsächlich abfinden zu wollen. Wenigstens erklärt Abg. Hoff im „Tag“, daß, wenn man überhaupt ein abgestuftes Wahlrecht einführen oder beibehalten wolle, eine Abtufung nach der Bildung grundsätzlich und persönlich am erträglichsten wäre. Wenn er folglich auf die großen Schwierigkeiten einer besriedigenden Lösung des Problems hinweist, so ist anzuerkennen, daß eine in der Praxis richtig wirkende Abtufung des Wahlrechts nach der Bildung eine der schwierigsten Aufgaben ist, welche der Gesetzgebung gestellt werden können. Auf der anderen Seite mehren sich die Anzeichen, daß die Einföhrung des Bildungsmoments in die Wertung der Wahlstimme von größter Bedeutung für die Ueberbrückung der Gegensätze für die Wahlreform und demzufolge für die Erhaltung der Einmütigkeit in der Vaterlandsliebe nach Friedensschluß sein würde.“

Herrn von Zedlitz' Anschauungen über diese Art der „Neuorientierung“ sind ja zur Genüge bekannt. Interessant wäre

es aber, wenn wirklich auch die Liberalen sich mit der Aufhebung des Wahlrechts „abfinden“ wollten. Wir vermögen das — trotzdem der Krieg im „Umlernen“ geradezu überraschende Ergebnisse gezeitigt hat — noch nicht recht zu glauben.

Verurteilungen wegen deutschfeindlicher Gesinnung.

Die „Kreuz-Zeitung“ schreibt: Aus den Berichten der elfsaß-lothringischen Zeitungen über die Tagungen der außerordentlichen Kriegsgerichte geht hervor, daß Verurteilungen wegen Befundung deutschfeindlicher Gesinnung nach wie vor in sehr großem Umfange stattfinden. Mit Rücksicht auf die Häufung derartiger Fälle hat kürzlich der Vorsitzende eines Kriegsgerichts verkündet, daß in Zukunft für derartige Vergehen nur noch die höchstzulässige Strafe ausgesprochen wird.

Das Gemeindefbudget abgelehnt.

In Offenburg (Baden) stimmten unsere Genossen, die im Stadtparlament sitzen, gegen den städtischen Voranschlag für 1915. Sie protestierten damit gegen die der Arbeitervertretung durch die bürgerliche Mehrheit zuteil gewordene Beschränkung ihres Rechts als Stadtvorordnete.

Kurze Anfrage im Reichstag.

Einige Zentrumsabgeordnete, Vertreter von Weinbaugebieten, haben im Reichstag folgende Anfrage eingebracht: „Der deutsche Weinbau ist durch den Einzug seiner brauchbarsten Arbeitskräfte zum Heeresdienst in seiner Existenz gefährdet, weil nicht genügend Arbeitssatz sich findet, da zu den in den Monaten Mai und Juni nötigen Umgrabungen und mehrmaligem Bespritzen der Weinberge gegen Schädlinge ältere Männer und Frauen nicht verwendet werden können. Wäre der Herr Reichsfinanzminister geneigt, mit der Heeresleitung ins Benehmen zu treten, daß einbezogene Landwehr- und Landflurmännern, wenigstens solchen, die eigenen Weinbergbesitz haben und zur Durchführung dieser Arbeiten keinen oder nicht genügenden Ertrag finden können, auf Ansuchen hin für den Monat Juni Urlaub gewährt werde? Bei der Geschäftslage des Hauses erbitten wir schriftliche Beantwortung.“

Landtagswahlwahlen.

Bei der Landtagswahl im 8. nassauischen Wahlkreis (Wiesbaden-Land-Höchst) wurde an Stelle des verstorbenen nationalliberalen Abgeordneten Wolff-Viebrich von den 211 erschienenen Wahlmännern Justizrat Adolf Häuser, Vorstandsmittglied der Höchster Fabrikwerke, einstimmig gewählt. Die gegnerischen Parteien, Zentrum, fortschrittliche Volkspartei und Sozialdemokraten hatten sich der Wahlbeteiligung enthalten.

Im Wahlkreis Frankfurt-Leubus ist der fortschrittliche Stadtrat Meyer-Charlottenburg in den preussischen Landtag gewählt worden. Konservative und Sozialdemokraten hatten Wahlenthaltung geübt.

Abg. Dr. Krüger-Marienburg †.

Der konservative Landtagsabgeordnete Professor Dr. Karl Krüger, Vertreter des Wahlkreises Elbing-Marienburg (seit 1903) ist in Marienburg im Alter von 66 Jahren gestorben. Der Verbliebene war am 18. Februar 1849 in Zannebuck im pommerschen Kreise Stettin geboren.

Schlachtungen in Preußen.

Nach der amtlichen Statistik sind im ersten Vierteljahr 1915 die Rinderschlachtungen nennenswert nur bei Dachsen zurückgegangen. Diese betragen nur 44 072 Stück gegenüber 67 556 im vierten und 68 088 im ersten Vierteljahr 1914. Dahingegen haben sich die hohen Schlachtzahlen der anderen Viehhaltungen, wie sie im letzten Vierteljahr 1914 erreicht wurden, durchaus behauptet, so daß die Gesamtzahl der Schlachtungen mit 568 493 Stück um nur 25 651 Stück hinter dem letzten Vierteljahr 1914 zurückblieben. Dabei haben die Rinderschlachtungen aber einen außerordentlichen Umfang angenommen. Es wurden 614 800 Stück geschlachtet gegen nur 566 239 Stück im letzten und 508 694 Stück im ersten Vierteljahr 1914. Bei dem großen Rinderbestand kann indes auch diese Zunahme nicht etwa als eine Schwächung gedeutet werden. Außerordentlich groß waren weiterhin die Schweineschlachtungen. Es wurden allein in Preußen 5 Millionen Stück geschlachtet. Die Schweineschlachtungen waren noch etwas größer als im vierten Vierteljahr 1914 und über 700 000 Stück größer als im ersten Vierteljahr 1914. Sie waren überhaupt die größten bisher verzeichneten. Die Schafschlachtungen waren, der Jahreszeit angemessen, gering. Sie betragen nur 224 314 Stück gegen 335 812 und 256 901 Stück im letzten und ersten Vierteljahr 1914.

Zur allgemeinen Wehrpflicht in Holland.

Die anhaltende Mobilisation hat auch in Holland die militärischen Ansprüche geweckt. Davon zeugt in Kuffchen erregender Weise eine Petition an die Zweite Kammer, die von zweihundertzwanzig der angesehensten Holländer, darunter drei Kriegsminister a. D., drei Generäle a. D., von den drei einflussreichsten Großindustriellen, einer Reihe von Professoren und von den Größen der Finanzwelt unterschrieben ist und in welcher die sofortige Einführung der „allgemeinen militärischen Wehrpflicht“ gefordert wird mit der Begründung, daß das die Würde des Staats erfordere, daß man während dieses Krieges und bei den darauffolgenden Friedensverhandlungen in jedem gewollten Augenblick über alle gesunden und kräftigen Männer in wehrbarer Verfassung verfügen könne. Die großen liberalen Zeitungen unterstützen diese Forderungen schon am Tage nach der Publikation der Petition, die ganz nach dem Herzen des Großbürgertums zu sein scheint. Und am Dienstag hat der Kriegsminister in der Zweiten Kammer auch Ordre pariert; er teilte mit, daß eine Gesetzesvorlage im Sinne der Petition schon in Vorbereitung sei.

Aus der Partei.

Eine unsinnige Behauptung.

Genosse Scheidemann schreibt dem Pressebureau: In der „Gazette de Hollande“ vom 11. d. M. wird ein Interview mit dem holländischen Genossen Wiagen wiedergegeben. Danach soll Wiagen u. a. gesagt haben, ich hätte — und zwar kurz vor dem Kriege (peu avant la guerre) — ihm gegenüber mich wie folgt geäußert: „Wir werden Holland doch bald annektieren und dann sind Sie aus Ihren Mäulchleiten heraus.“ Vor den deutschen Genossen brauchte ich nicht erst zu versichern, daß ich derartige niemals gesagt habe. Wenn ich den Unsinn, von dem ich annehme, daß man ihn auch dem Genossen Wiagen fälschlicherweise in den Mund gelegt hat, dennoch ausdrücklich abschüttelte, so deshalb, weil die ausländische Presse damit treiben geht.

„Wahre“ Sozialisten und wahrer Sozialismus.

In England hat sich, wie schon kurz in der deutschen Presse mitgeteilt wurde, ein Nationales Verteidigungskomitee von Sozialisten (Socialist National Defence Committee) gebildet, das eine ausgesprochen deutschfeindliche Politik verfolgen will. Nichts Deutsches findet vor den Augen dieser neuen Organisation Gnade, selbstverständlich auch nicht der deutsche Sozialismus. „Der deutsche Sozialismus“, heißt es in ihrem Aufruf, „hat allezeit seine Grenzen gefunden in politischer Unreife und bureaukratischen Idealen. Welches ist die klare Wahl, vor die jeder Sozialist durch diesen schrecklichen Krieg, den entscheidendsten Krieg und gleichzeitig den verheerendsten Krieg aller Zeiten gestellt ist? Es ist die Wahl zwischen organisierter Freiheit und reiner Organisation.“

Fast so verächtlich wie der deutsche Sozialismus ist dem nationalen Verteidigungskomitee die Unabhängige Arbeiterpartei Englands. Sie wird nicht ausdrücklich genannt, aber der Aufruf zielt auf sie, wenn er sagt:

„In dieser Stunde äußerster nationaler Gefahr, in der die Unabhängigkeit der Völker brutal bedroht und das öffentliche Recht und die Freiheiten Europas erbärmlich verletzt werden, brechen eine Handvoll Pseudosozialisten in diesem Lande die nationale Solidarität und schwächen angesichts des Feindes die nationale Stohkraft.“

Es ist Pflicht der wahren britischen Sozialisten geworden, die Irrtümer dieser Träumer darzulegen und zurückzuweisen. Einige von ihnen sind extreme Pazifisten, andere sind ihrer Geburt, ihrem Blute und ihrem Empfinden nach Fremde, alle sind „betäubt“ und unbewußt, Agenten des deutschen Kaiseriums und Verräter an den unüberwindlichen Idealen der Freiheit und der Demokratie, die das freie Britannien, das unabhängige Belgien und das republikanische Frankreich zu einem unzlößlichen und ruhmreichen Bunde vereinigt haben.“

Es ist ein recht merkwürdiger Sozialismus, der von den Leuten der Nationalen Verteidigung gepredigt wird. Aber wenn wir uns die Unterzeichner des Aufrufes näher ansehen, so erkennen wir alsbald, daß wir von diesen „wahren Sozialisten“ Englands für die Internationale nicht allzuviel zu fürchten haben. Die bekanntesten unter den Unterzeichneten sind Robert Blatchford und H. G. Wells, jener der Herausgeber des „Clarion“, dessen Chauvinismus beinahe sprichwörtlich ist, dieser der moderne Utopist, der weder dem wissenschaftlichen Sozialismus noch der sozialistischen Politik jemals besonders nahe gestanden hat.

Die Literatur spielt in diesem Kreis überhaupt eine recht große Rolle. Eine Reihe mehr oder weniger unbekannter Robelissen, die nebenbei mit dem Sozialismus ein wenig isettieren, haben dem Aufruf ihre Namen geliehen. Dazu kommen noch ein paar Leute, die aus dem geistlichen Stande hervorgegangen sind, ferner A. R. Thompson, ein Redakteur des „Clarion“, der den Vorsitz der Organisation übernommen hat, und endlich auch ein paar Mitglieder der parlamentarischen Labour Party (Chas. Duncan, John Hodges und Geo. H. Roberts), deren Namen auch nicht über einen gewissen beschränkten Kreis hinausgedrungen sind. Da hat die Unabhängige Arbeiterpartei doch schon andere Kerle aufzuweisen, und wir können vom Standpunkt der Internationale aus den Auseinandersetzungen zwischen den „wahren“ Sozialisten und denen, die wahren Sozialismus vertreten, unbefangt entgegensehen.

Aus den Organisationen.

In der Generalversammlung des Wahlkreises Höchst-Homburg-Klingen teilte der Kreissekretär Genosse Volter mit, daß bereits neun Filialen eingegangen, von einer sämtliche Mitglieder, von 25 Filialen 50 bis 96 Proz. zum Heeresdienst einberufen worden seien; nicht mehr als 20 Filialen hätten so gut wie gar kein Parteileben mehr aufzuweisen. Durch Wegzug, Arbeitslosigkeit, Verweigerung der Beitragszahlung u. m. habe die Organisation rund 900 Mitglieder verloren, darunter allein 800 weibliche. Im Bericht wurde festgestellt, daß die Organisation noch 1800 männliche und 800 weibliche Mitglieder besitzt; 2800 sind bei den Föhnen. Bis jetzt sind von den zum Heeresdienst einberufenen Genossen 100 als gefallen gemeldet. Trotz dieser schweren Verluste sei das Vermögen der Organisation seit 1. April 1914 nur um 800 M. geringer.

Mit Rücksicht auf den Verlust der vielen weiblichen Mitglieder soll denjenigen, die nicht in der Lage sind, Beiträge zu zahlen, die „Gleichheit“ für die Folge unentgeltlich geliefert werden. Damit hofft die Generalversammlung das geistige Band, insbesondere auch mit den Frauen der im Felde stehenden Genossen aufrecht zu erhalten.

An den Bericht schloß sich eine längere Diskussion, in der besonders der Lebensmittelmangel besprochen wurde.

Einstimmig angenommen wurde eine Resolution, in der sich die Versammelten scharf gegen den Lebensmittelmangel wenden und vom Reichstag energig Abhilfe verlangen.

Berichtszeitung.

„Ehrengeheim“ oder Schweigegehalt.

Vor der 5. Zivilkammer des Landgerichts München I klagte der Schriftsteller Ludwig Mebinder gegen die Prinzessin Louise von Belgien auf Zahlung eines Honorars von 10 000 Kronen. Da sich die Prinzessin seit längerer Zeit in München aufhält, erwirkte Mebinder Arrestbeschlüß über das Vermögen der Prinzessin. Als der Gerichtsvollzieher der Prinzessin, die mit ihrem Gefolge im Parkhotel eine Nacht von 18 Zimmern bewohnt, einen Besuch abstattete, mußte er unbereitete Dinge wieder abziehen mit dem Vermerk im Pfändungsprotokoll: Pfändung erfolglos. Die Prinzessin erhob gegen den Arrestbeschlüß Widerspruch. Deshalb wurde über die Sache mündlich verhandelt. Seinen Klageanspruch auf 10 000 Kronen begründet der Kläger wie folgt: Er sei im Jahre 1911 (als die Prinzessin um das Erbe ihres verstorbenen Vaters, des Königs Leopold prozessierte) beauftragt worden, Artikel gegen die Beschlüsse und ihren Begleiter Geza Mattachich zu schreiben. Die Prinzessin habe davon erfahren und habe ihm nach Paris berufen. Dort sei er auf verschiedene Weise für die Prinzessin tätig gewesen, die ihm dafür ein Honorar von 10 000 Kronen versprochen habe. Ihr Begleiter Geza Mattachich habe darüber später eine Urkunde ausgestellt, worin die 10 000 Kronen allerdings als „Ehrengeheim“ bezeichnet sind. — Bisher seien ihm auf diese Forderung nur 500 Kronen bezahlt worden. Die Prinzessin Louise beantragte durch ihren Vertreter, den Arrestbeschlüß aufzuheben. Wichtig sei, daß sie den Kläger nach Paris berufen habe, für seine Tätigkeit sei er aber bereits mit 3500 Fr. entlohnt worden. Später, als sie sich in Wien aufgehalten habe, sei der Kläger an sie herangetreten als „Komponist“ und habe sie um ihre Protektion gebeten. Sie habe sich hierauf herbeigelassen, ihm ein „Ehrengeheim“ von 10 000 Kronen in Aussicht zu stellen, sobald ihre Geldangelegenheiten mit dem belgischen Staat geordnet seien. Ausländerin sei sie als die geschiedene Gattin des Prinzen von Koburg nicht, der deutscher und ungarischer Staatsangehöriger sei. — Der Vertreter des Klägers erklärte, daß dieser nur geringfügige Beträge erhalten habe, die lange nicht seine Kosten gedeckt hätten. Er habe dann ein Honorar von 10 000 Kronen verlangt, die ihm von Mattachich ausdrücklich zugesichert worden seien. Als er dann Mattachich einen Wechsel über diese Summe vorlegte, habe sich M. geweigert, ihn von der Prinzessin unterschreiben zu lassen. Hierauf sei vereinbart worden, eine Urkunde auszustellen, in der der Betrag nicht als Honorar, sondern als Ehrengeheim bezeichnet wird.

Das Gericht bestätigte den Arrestbeschlüß. Es ist der Anschauung, daß der Kläger seine Arrestforderung genügend glaubhaft gemacht habe. Es dürfe angenommen werden, daß die Prinzessin Wert darauf gelegt hat, den Kläger für sich zu gewinnen und davon abzuhalten, gegen sie zu schreiben. Die Summe von 10 000 Kronen erscheine ja

auf den ersten Blick etwas hoch. Es sei aber zu berücksichtigen, daß gerichtsbekannt die Beschlüsse und ihr Begleiter Mattachich sehr verdächtig mit dem Gelde umgehen. Bei der Prüfung des Arrestbeschlusses sei berücksichtigt, daß sich bei der Vollstreckung des Arrestbefehls gezeigt hat, daß die Beschlüsse in der Tat darauf ausgeht, ihrem Gläubiger die Zwangsvollstreckung unmöglich zu machen. Die Beschlüsse bewohnt mit ihrer Begleitung im Parkhotel in München 18 Zimmer. Der Gerichtsvollzieher fand in diesen 18 Zimmern nichts Pfändbares. Es sei nun ausgeschlossen, daß die Beschlüsse monatelang in einem guten Hotel wohnen kann, wenn sie ihre Wohnung und ihre Zehrung nicht bezahlt. Sie müsse also Geldmittel zur Verfügung haben, und es sei zweifellos, daß sie diese in einer Weise verdeckt, daß sie dem Zugriff des Gläubigers entgehen.

Bei der Entscheidung im Hauptprozeß wird wohl eingehend die Frage geprüft werden, ob der vom Kläger behauptete Vertrag nicht gegen die guten Sitten verstößt und deshalb nichtig ist.

Kriegsschwindler.

Als angeblicher ostpreussischer Flüchtling hatte der Friseur Gustav Karusi, der gestern unter der Anklage des Diebstahls vor der vierten Strafkammer des Landgerichts Berlin I stand, sich auf eine Annonce des Theaterfriseurs Hoffmann hin bei diesem als Aushelfer eingeschmuggelt.

Herr Hoffmann ist Theaterfriseur für das Luisenparktheater; er nahm den Angeklagten an, wobei dessen rührige Erzählung von der Ermordung seiner Frau durch die Russen und seine Flucht aus Ostpreußen beschränkt mitwirkte. In Wahrheit aber hat Karusi weder Ostpreußen noch die Russen gesehen, er ist vielmehr ein wegen Bodenbiefälle und anderer Verbrechen schon wiederholt vorbestrafter, arbeitscheuer Mensch. Als der Theaterdirektor Ritterfeldt eines Abends seine Garderobe verlassen hatte, mußte er die unangenehme Entdeckung machen, daß seine goldene Uhr nicht mehr da war, die er in der Garderobe zurückgelassen hatte, verschwunden waren. Gleichzeitig war der Angeklagte, der an jenem Abend ausbittungsweise im Theater tätig war, verschwunden. Der Angeklagte konnte nur der Dieb gewesen sein, doch bestritt er bei seiner Festnahme hartnäckig, von der ganzen Angelegenheit irgend etwas zu wissen und behauptete, daß hier überhaupt eine vollständige Verwechslung seiner Person mit einem andern, der bei Herrn Hoffmann tätig gewesen sein müsse, vorliege. Im gestrigen Termin wurde er jedoch von den Angeklagten des Luisenparktheaters, die als Zeugen vernommen wurden, mit Bestimmtheit wiedererkannt. Der Gerichtshof verurteilte ihn zu 1 1/2 Jahren Zuchthaus und 8 Jahren Ehrverlust.

Zwei andere Angeklagte, die die Kriegssache zu Schwindelzwecken benutzt hatten, wurden zu 1 1/2 Jahren Gefängnis respektive 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Der eine hatte den Vaterländischen Frauenverein betrogen und sonstiges als „Heilvaterland“ zusammengescharrt, der andere hatte sich in Briefen Söhne, die im Felde ständen, zugelegt.

Gastwirte und Krieg.

Gegen Gastwirte, welche gegen die Kriegsgesetze verstoßen, wird seit einiger Zeit von den Gerichten mit unmaßstäblicher Strenge vorgegangen. In fast allen Fällen wird, auch wenn das Gesetz Geldstrafe zuläßt, auf Gefängnis erkannt.

Vor der 5. Strafkammer des Landgerichts I hatte sich gestern der Schankwirt Paul Brun wegen Vergehens gegen die Verordnung des Oberbefehlshabers in den Marken vom 15. Februar d. J. betr. das Verbot des Schnapsauschanks an Militärpersonen zu verantworten. — Der Angeklagte hatte an einen aus dem Felde zurückgekehrten Soldaten auf dessen Bitten hin einen Schnaps verkauft. Die Sache kam zur Anzeige und die Folge war die jetzige Anklage. Da das Gesetz nur Gefängnisstrafe zuläßt, erkannte die Strafkammer gegen P. auf zwei Tage Gefängnis.

Wegen eines anderen Verstoßes gegen eine Kriegsverordnung war die Schankwirtin Emma Neubauer aus Lichtenberg vor der 4. Strafkammer angeklagt. Die Angeklagte, welche in der Gryphiusstraße eine Schankwirtschaft betreibt, war schon einmal von Polizeibeamten abgeführt worden, wie sie ihr Lokal noch lange nach 12 Uhr geöffnet hatte, obwohl sie nur bis 11 Uhr Konzeption hatte. Die ihr erteilte Warnung fruchtete jedoch nichts. Einige Tage später stellte ein Schuymann fest, daß sich auch noch nach 1 Uhr in dem Lokal Gäste befanden. Die Folge war die zeitweise Schließung und die Erhebung der jetzigen Anklage. — Die Strafkammer verurteilte die Angeklagte zu zwei Tagen Gefängnis.

Eingegangene Druckschriften.

Heft 8 der „Neuen Zeit“ vom 21. Mai hat folgenden Inhalt: W. L. Kollmann: Zur Wiederherstellung der Internationale. — R. Kautsky: Rückblick auf die Internationale. — E. Wurga: Der Fall eines deutsch-österreichisch-ungarischen Kolonialbandes. — Heinrich Cunow: Lamprecht als Historiker. — Literarische Rundschau: Guglielmo Duarotta, Il Papa, l'Italia e la Guerra. — Rom 14.

Arbeitslosenfrage. Die Unterstützung der Erwerbslosen durch das Reich, die Bundesstaaten, Versicherungsanstalten sowie durch die Gemeinden. Bearbeitet und herausgegeben vom Vorstande des Deutschen Metallarbeiterverbandes. 224 S. — Verlag: H. Eckste u. Cie., Stuttgart.

Das österreichische Aender. Von S. Bahr. 60 Bl. — Unsere kolonialen Zukunftsarbeiten. Von S. Bahr. 80 Bl. — Am den Völkernfrieden. Von S. Bahr. 80 Bl. — Verlag: „Die Zeit“, Stuttgart.

Ueber die Benutzung von Blut als Zusatz zu Nahrungsmitteln. Von Prof. R. Robert. 56 S. — H. W. Garmann, Koford.

Sonntagskinder. Novelle von Hedda v. Schmidt. (Bayerische) 1006. 20 Bl. — H. Pöhl, Berlin W. 9.

Ueber den Sinn des Krieges. Vortrag, gehalten vor der Züricher Freirechtlichen Gesellschaft von Professor L. Kagan. 80 Bl. — Art. Institut Drei Böhler, Zürich.

Dranken im Felde. Neue Kriegsgedichte von S. Bredow. 20 Bl. — E. C. Behrens, Quedlinburg.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabendmittag. Im Norden, besonders an der Küste, vorwiegend heiter, im Süden noch meist bewölkt; in den Tagesstunden überall ziemlich warm; nirgends erhebliche Niederschläge.

Amstlicher Marktbericht der holländischen Marktstellen-Direktion über den Großhandel in den General-Parthallen. (Tägliche Verbindlichkeit.) Donnerstag, den 20. Mai 1915. Fleisch: Rindfleisch per 50 kg, Dänemark Ia 98—112, do. IIa 85—95, do. IIIa 70—84; Bullenfleisch Ia 98—105, do. IIa 85—95; Schweinefleisch 88—98, do. magere 70—82, do. dänische 60—60, Preiser 80—100, Preiser, dänische, 60—60; Bullen, dänische, 85—95; Kalbfleisch, Doppelpender 165—185; Mastfäher Ia 130—145, do. IIa 120—130; Kälber ger. gen. 75—100, do. dünn 60—60, do. hell 110—130, Hammelfleisch: Wastlamm 120—130; Hammel Ia 110—119, do. IIa 100—109; Schafe 105—118. Schweinefleisch: Schweine, feite 60—60, sonstige 110—135. dän. Sauen 60—60, dän. Schweine 120—128, do. holländische 120—130. Gemäse, inländisches: Kartoffeln, Daberische 50 kg 0,00; weiße Kalberkronen 0,00; Magnum bonum 0,00; Wollmann 0,00; Porree, Schod 0,80—1,50; Sellerie, Schod 5,00—12,00; Spinat 50 kg 5,00—8,00; Kohlraben 50 kg 7,00—9,00; Kohlraben, Schod 0,00—0,00; Petersilienwurzel, Schodbund 4,00—6,00; Zwiebeln 50 kg 0,00—0,00; Nudeln, Schodbund 0,75—1,00; Waldmeister, Wandel 0,40; Wurzeln, 50 kg 0,00—0,00. Gärten, Gorgaster, 100 Stk. 0,00—0,00. Ahabarber, Hamburger, 100 Bund 2,50—3,00, do. 100 Stangen 6,00—11,00, do. kleiner 100 Bund 1,00—2,00, do. Wurzeln, 100 Bund 1,50—2,50. Spargel, Beiliger I 1/2 kg 0,40—0,45, do. Beiliger II 1/2 kg 0,25—0,30, do. Beiliger III 1/2 kg 0,10—0,18, do. unsortiert 1/2 kg 0,00, do. Rartischer I 1/2 kg 0,40—0,45, do. II 1/2 kg 0,20—0,25, do. III 1/2 kg 0,10—0,15. Spurten 50 kg 10—15. Salat, Schod 1,50—2,50. Rettiche, bayerische, 100 Stk 10,00. Rapskorn: Ital., 50 kg 28—28, do. 300 Stk. 12—14, do. 300 Stk. 12—16, Wurda 200 Stk. 17,00—20,00, do. 300 Stk. 18,00—20,00, Welsche 160 Stk. 11,00—14,00, do. 300 Stk. 12,00—14,00, do. 300 Stk. 12,00—15,00. Roffina, Blut 50 Stk. 8,00—9,00, do. 100 Stk. 8,00—10,00, do. 150 Stk. 8,00—11,00. Spanische, 420 Stk. 30,00—35,00, do. 714 Stk. 35,00—45,00, do. 1064 Stk. 40,00—45,00, do. 420 Stk. large 40,00—45,00.

Gewerkschaftliches.

Die Berliner Gewerkschaften im Kriegsjahr 1914.

Das Jahr 1914 war für die Gewerkschaften ein besonders kritisches. Die ersten 6 Monate standen sichtlich unter dem Druck wirtschaftlicher Depression. Dann machten sich Anzeichen bemerkbar, die zu der Hoffnung berechtigten, daß sich das wirtschaftliche Erwerbsleben wieder beleben würde. Da kam die Kriegsurie dahergerast. Der Ausbruch des Krieges zerstörte all diese Hoffnungen. Eine Lähmung des gesamten Wirtschaftslebens trat ein, erst nach und nach wurde die Arbeitsgelegenheit günstiger, da Tausende in der Produktion für den Heeresbedarf Arbeit fanden. Man kann trotzdem mit dem Berliner Gewerkschaftsleben im Kriegsjahr 1914 zufrieden sein. Vor allem zeigte sich eine innere Konsolidierung der Gewerkschaften. Das ergibt auch der soeben erschienene Jahresbericht der Berliner Gewerkschaftskommission über das Jahr 1914.

In der Berliner Gewerkschaftskommission sind 46 der der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands angegeschlossenen Zentralverbände vertreten. Diese zählten am Jahreschluss 237 151 Mitglieder. Das Jahr 1913 schloß mit einem Mitgliederbestande von 301 986 ab. Das ist ein Verlust von 64 835 Mitgliedern = 21,2 Proz. im Jahre 1914. Der Verlust beträgt bei den männlichen Mitgliedern 60 199 oder 22,7, bei den weiblichen Mitgliedern 3572 oder 12,7 Proz. Von den männlichen Mitgliedern dürften am Jahreschluss wahrscheinlich mindestens 56 000 zum Kriegsheere eingezogen sein. Der tatsächliche Verlust ist somit unter Berücksichtigung der Gesamtverhältnisse nicht so erheblich. An dem Verlust der weiblichen Mitglieder sind die Verbände der Buchbinder, der Buchdruckerhilfsarbeiter, Schneider und Transportarbeiter beteiligt. Die Verbände der Fleischer, Sandlungsgehilfen und Sattler haben dagegen eine Zunahme der weiblichen Mitglieder zu verzeichnen.

An dem Gesamtverlust der Mitglieder sind — abgesehen von den Verbänden der Sandlungsgehilfen und Metallarbeiter, die sogar eine Zunahme von 195 bzw. 100 Mitgliedern verzeichnen — alle übrigen Verbände beteiligt. Durchschnittlich beträgt der Verlust bei den Verbänden 21,2 Proz. Der Durchschnittsverlust wird von 32 Gewerkschaften überschritten. 18 Gewerkschaften verzeichnen einen Verlust bis 30; 13 von 30 bis 50 und 3 (Glasarbeiter 63,8; Gärtner 56,8 und Glaser 55) über 50 Proz. 11 Gewerkschaften bleiben unter dem Durchschnittsverlust.

Eine Betrachtung der Größenverhältnisse der Berliner Gewerkschaften ergibt, daß die 10 größten Verbände rund 190 678 = 80,45 Proz. aller Mitglieder zählen. Am Jahreschluss zählten diese Verbände Mitglieder:

	absolute Ziffer	Prozent- ziffer
Metallarbeiter	88 829	37,22
Transportarbeiter	33 175	14,—
Holzarbeiter	20 011	8,45
Buchdrucker	9 688	4,08
Bauarbeiter	7 967	3,35
Schneider	7 169	3,12
Gemeindearbeiter	6 816	2,87
Fabrikarbeiter	6 498	2,73
Buchbinder	6 198	2,61
Buchdruckerhilfsarbeiter	4 834	1,92

Die zehn kleinsten Gewerkschaften zählen 1891 = 0,8 Proz. der Gesamtziffer. Der übrige Teil fällt auf die mittleren Gewerkschaften.

Die Werbearbeit der Gewerkschaften zeigt trotz der schweren wirtschaftlichen Depression in der ersten Hälfte des Jahres und trotz der 5 Kriegsmomente doch ein recht erfreuliches Ergebnis: Insgesamt wurden von sämtlichen Gewerkschaften 57 332 neue Mitglieder aufgenommen. Am wirksamsten war die Werbearbeit unter den männlichen Personen.

Die finanziellen Leistungen der Berliner Gewerkschaften zeigen im Berichtsjahr eine Gesamteinnahme von 16 678 516 M. Gegen 1913 ein Mehr von 139 148 M. = 0,83 Proz. Die Gesamtausgaben betragen 12 684 372 M., gegen das Vorjahr ein Mehr von 348 466 M. = 2,9 Proz.

Die durchschnittliche Ausgabe pro Kopf betrug im Berichtsjahr 53,5 gegen 40,9 M. (1913); das ist ein Mehr pro Kopf von 12,6 M.

Die Ausgaben in allen Unterstützungszweigen der Gewerkschaften haben sich vermindert mit Ausnahme der Arbeitslosen-, Invaliden- und besonderen Unterstützung. In diesen drei Zweigen ist eine außerordentliche Steigerung zu verzeichnen, wie aus der nachstehenden Tabelle ersichtlich ist:

Art der Unterstützung	Ausgaben 1913	Ausgaben 1914	Mehr in Prozenten	Weniger in Prozenten
Streik	1 118 902	895 165	—	20,—
Nahregelung	198 975	149 172	—	25,1
Reise	71 744	47 624	—	34,—
Arbeitslosen	3 468 979	5 450 429	56,8	—
Kranken	2 004 129	1 648 578	—	17,7
Sterbe	162 817	162 124	—	0,42
Invaliden	188 172	198 784	5,3	—
Besondere	271 803	673 853	59,8	—
Summa	7 484 921	9 225 729	18,9	—

Die Minderausgaben resultieren aus den Maßnahmen, welche die Gewerkschaften bei Ausbruch des Krieges ergreifen mußten. Fast in allen Verbänden wurde die Krankenunterstützung mit Ausbruch des Krieges aufgehoben; die Streiks- bzw. Lohnbewegungen mußten abgebrochen werden usw. Die erste Fürsorge der Gewerkschaften galt ihren arbeitslosen Mitgliedern und den Angehörigen der zum Kriegsdienst Eingezogenen.

Bei den Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung stehen die Holzarbeiter mit 1 157 200 M., die Buchdrucker mit 995 067 M. und die Metallarbeiter mit 1 776 227 M. an erster Stelle. Pro Mitglied und Jahr verausgabte der Buchdruckerverband 102,73, der Holzarbeiterverband 56,82 und der Metallarbeiterverband rund 20 M. Demnach hat der Buchdruckerverband mehr als fünfmal und der Holzarbeiterverband nahezu dreimal soviel als der Metallarbeiterverband ausgegeben.

Von den Gesamtausgaben der Unterstützungen entfallen 6 124 282 M. = 66,38 Proz. auf die Arbeitslosen- und besondere Unterstützung. Auf diese von gewerkschaftlicher Solidarität getragenen Leistungen können die Gewerkschaften mit Stolz blicken, und jeder vernünftige Sozialpolitiker wird beim Blick auf diese Zahlen anstandslos die hohe Bedeutung der Gewerkschaften für unser gesamtes Wirtschaftsleben anerkennen. Aber noch im demselben Berichtsjahr erklärte der Polizeipräsident einige Verbände als politische Verbände.

Von der Gesamtunterstützungsausgabe von 9 225 729 M. entfallen auf die Streikunterstützung 9,76, Gemahregelungen 1,67, Reise 0,57, Arbeitslosen 58,60, Kranken 17,94, Sterbe 1,81, Invaliden 2,21 und besondere Unterstützung 7,44 Proz. Am Jahreschluss verfügte die Berliner Gewerkschaften über ein Vermögen von 3 933 873 M., gegen 1913 ein Weniger von 232 431 M. = 5,5 Proz.

Lohnbewegungen und Streiks fanden im Berichtsjahr 328 statt. Daran waren 49079 Personen beteiligt. Den größten Raum nehmen die Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung ein. Es fanden 199 Lohnbewegungen statt. An diesen waren 35 292 Personen beteiligt. In 163 Fällen endete die Lohnbewegung mit einem vollen, in 32 Fällen mit einem teilweisen Erfolg.

Angriffstreiks fanden 52 statt. An diesen waren 13 Gewerkschaften mit 3182 Personen beteiligt. Das Ergebnis war in 43 Fällen ein voller, in 7 Fällen teilweiser Erfolg.

Abwehrstreiks fanden 77 statt; an diesen waren 18 Gewerkschaften mit 10 605 Personen beteiligt. Das Ergebnis war in 52 Fällen ein voller, in 9 Fällen ein teilweiser Erfolg.

So haben die Gewerkschaften auch im Berichtsjahr trotz der schweren wirtschaftlichen Depression es verstanden, nicht nur Verdichtungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse abzuwehren, sondern konnten in zahlreichen Fällen eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse erfolgreich durchsetzen.

Das zeugt von dem energischen Willen der Gewerkschaften, ihre vornehmste Aufgabe — die Verbesserung der Lebenshaltung ihrer Mitglieder — trotz aller Schwierigkeiten zu erfüllen.

Auch bei den Kriegsmahnahmen der Stadt Berlin und der Vororte spiegelt sich eine recht erhebliche Mitarbeit der Berliner Gewerkschaftskommission bzw. deren Ausschuss mit den städtischen und Gemeindebehörden wieder.

Das Berliner Arbeitersekretariat hat seinen Bericht dem der Gewerkschaftskommission mitangefügt. Das Sekretariat hat auch im Kriegsjahr 1914 eine regenreife Tätigkeit im Interesse der rat- und recht suchenden Arbeiter ausgeübt. Das Sekretariat wurde von insgesamt 28 057 Ratuchenden angerufen, an diese wurde in 35 110 Fällen Auskunft erteilt. An 1231 Personen wurde in 1301 Fällen schriftliche Auskunft erteilt. Von den Ratuchenden gehörten 27 009 Personen = 96 Proz. den gewerkschaftlichen Verbänden an.

Schriftsätze wurden 7148 angefertigt. Davon entfallen auf die Arbeiterversicherung 4589, auf den Arbeits- und Dienstvertrag 268; auf bürgerliches Recht 275, auf Strafrecht 46, auf Gemeinde- und Staatsangelegenheiten 276, auf die Privatangelegenheitenversicherung 27 und auf Steuer- und sonstige Sachen 1942. Von den Auskünften entfallen: auf die Arbeiterversicherung 26 280 oder rund 75 Proz. aller Auskünfte; hiervon kommen auf die Unfallversicherung 16 153 = 61 Proz., auf die Krankenversicherung 3226 oder 12,27 Prozent, auf die Invalidenversicherung 6529 oder 24,84 Proz. Die persönliche Vertretung erfolgte in 342 Fällen mit 297 Terminen. Davon entfallen vor dem Oberversicherungsamt 77, vor dem Reichsversicherungsamt 246, vor den Amtsgerichten 12, vor den Versicherungsämtern 5 Fälle.

Der Ausgang des Rechtsstreits wurde dem Sekretariat in 678 Fällen bekannt. Das Ergebnis war folgendes: 549 Fälle waren für die Arbeiter bzw. Arbeiterinnen erfolgreich und 129 erfolglos. In den letzteren sind auch die am Jahreschluss noch nicht erledigten Fälle eingerechnet. Von den mit Erfolg erledigten Fällen, nach der Art des Rechtsstreits gegliedert, entfallen auf die Unfallversicherung 402, auf die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung 101, auf die Kranken- und Knappschaftsversicherung 25, auf den Arbeits- und Dienstvertrag 2 und auf die Schadenersatz- bzw. Haftpflichtversicherung 19 Fälle.

Deutsches Reich.

Der Verband der Maler im Jahre 1914.

Nach der allgemeinen Aussperrung im Vorjahre sollte das Jahr 1914 dem Verbands wieder einen größeren Mitgliederzuwachs und eine Stärkung seiner Finanzkraft bringen. Die im Frühjahr planmäßig eingeleitete umfassende Agitationstätigkeit brachte auch tatsächlich einen recht guten Erfolg. Sicher wären die gegebenen Erwartungen trotz des zunächst keineswegs günstigen Geschäftsganges in Erfüllung gegangen. Der Kriegsausbruch traf den Malerverband in einem höchst ungeeigneten Moment und setzte dessen erfreuliche Entwicklung plötzlich ein Ziel. Trotzdem und obwohl er nahezu unbeteiligt ist an den Vorteilen, die die Produktion für den Heeresbedarf manchen Gewerben und deren Organisationen brachte, hat er seine Position behaupten können.

Die Jahreszahl verlor der Verband nicht weniger als 14 685 Mitglieder durch Einberufung zum Kriegsdienst; nicht gerechnet jene, die in der Aufregung der ersten Kriegswochen ihre regelrechte Anmeldung unterließen. Weiter wirkte das starke Abwandern vieler Berufsangehörigen in die mit Mittellieferungen bedachten Gewerbe auf ihn sehr nachteilig. Er besaß am Schluss des Jahres 1914 noch 22 610 Mitglieder, wobei jedoch zu beachten ist, daß in dieser Zeit der Malerberuf alljährlich seine schlechteste Saison hat. Die Mitgliederzahl im Jahresdurchschnitt betrug 24 928 gegen 47 511 im Jahre 1913. Von den zum Militär einberufenen Mitgliedern mußten schon vor Monaten über 500 im Organ des Verbandes als gefallen registriert werden.

Die Einnahmen betragen 1 210 447 M., die Ausgaben 1 172 186 M.; das Vermögen der Hauptkasse 606 500 M., das des Gesamtverbandes 729 474 M., gegenüber 720 117 M. am Schlusse des Jahres 1913. Danach haben die Kriegsfolgen der finanziellen Stärke des Verbandes nichts anhaben können, und zwar, trotzdem er sein Statut zugunsten besonderer Kriegsmahnahmen ganz erheblich erweiterte. Es wurden ausgegeben: 175 102 M. besonders, nicht im Statut vorgelebene Arbeitslosenunterstützung und 57 646 M. Unterstützung an die Familien der Kriegsteilnehmer. Bis Kriegsausbruch wurden ferner gezahlt an franke Mitglieder 338 240 M., für Reise-

Stiefelkönig



Acht farbige Tage

Chevro-Straßen-Halbschuhe

in braun, grau, beige, schwarz,
Orig. amerik. Goodyear Welt

10.50

Friedrichstr. 131c, a. d. Karistr.

Weißer Leinenschuhe von 3,25 an

Kranzspenden
sowie sämtliche

Blumenarrangements
Heft Jährl. und Bildl. Paul
Gross, Lindenstr. 69, Tel. 971.7203.

Reuters Werke

3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Heines Werke

3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Monats-Garderobe!

4-500 getragene Anzüge f. Herren:
Smoking, Frack u. Gehrock-Anzüge
(auch 3. verleiht), Sommer-
paletots und Ulster sowie von
Kavalieren getragene, fast neue
Sachen (a. Zeile), f. jed. Figur da
in größter Auswahl 3. unübertroff.

billigen Preisen.

12r., deshalb billiger wie i. Laden.

Hirsch Kielerbaum. Wassortor-
straße 12-13 I.

Minlos'sches Waschpulver

verdankt

seinen großen Erfolg allein dem Umstande, daß
es kein Seifenpulver ist, sondern

Besseres

als dieses oder Seife.



"DALLI" (früher "DANDY") 3/3

Erst

Etwas über Wesen und Werden der englischen Verfassung.

Von Ed. Bernstein.

Nichts überrascht heutzutage bei Unterhaltungen über den Krieg und was damit zusammenhängt mehr, als die hochgradige Unkenntnis, der man selbst in Kreisen, die sich als „die gebildeten“ bezeichnen, über den Aufbau, die Parteien und den Organismus des politischen Lebens derjenigen Länder begegnet, mit denen Deutschland heute im Kriege liegt. Unbestimmte Begriffe, die von irgendwoher übernommen sind, werden für genügend gehalten, über jede genauere Bekanntschaft mit den Tatsachen hinwegzuhelfen. Die Folge ist, daß das Publikum auf das leichteste von Sensationschriftstellern zu grundsätzlichen Urteilen über die treibenden Kräfte in der Politik dieser Länder irreführt werden kann.

Es ist in Vorkriegszeiten des „Vorwärts“ der Wunsch geäußert worden, hierin nach Möglichkeit Abhilfe zu schaffen, und speziell an mich ist die Einladung ergangen, über das Land, mit dem das Verhältnis Deutschlands zurzeit am stärksten ist, England oder, um es korrekter auszudrücken, das großbritannische Reich, so viel Tatsächliches mitzuteilen, als nötig ist, Schlüssel für die Beurteilung des heute-sich dort vollziehenden oder von dort aus Verwirklichten zu gewinnen. Ich will versuchen, dieser Anregung nach Maßgabe meines Wissens und Könnens zu entsprechen und mit einer Kennzeichnung des Wesens der politischen Verfassung Englands beginnen.

Das britische Weltreich besteht aus dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Irland samt dessen überseeischen Kolonien und Besitzungen. Das Vereinigte Königreich selbst, bei uns im Sprachgebrauch, dem auch wir weiterhin folgen wollen, kurzweg England genannt, setzt sich aus den drei Königreichen England im engeren Sinne, Schottland und Irland samt dem Fürstentum Wales zusammen und war oder ist seit dem Zustandekommen der Union mit Irland — 1801 — ein Einheitsstaat. Denn das vielumjubelte Homerulegesetz, das Irland ein eigenes Parlament geben soll, ist zwar im vorigen Jahre rechtskräftig verfaßt, aber noch nicht in Kraft gesetzt worden, so daß einstweilen auch noch Irland vollständig vom Parlament in Westminster aus regiert wird. In dem würde selbst die Inkraftsetzung dieses Homerulegesetzes nur erst eine Wende in den Einheitsstaat legen, ihn aber nicht aufheben. Denn Irland bekommt durch es wohl Selbstregierung in seinen inneren Angelegenheiten, aber keine Regierung, die als solche ein Mitbestimmungsrecht in Reichsangelegenheiten hätte, wie es nach der Verfassung des Deutschen Reiches etwa selbst dem Fürstentum Schaumburg-Lippe zusteht. Mit anderen Worten, das Vereinigte Königreich wird durch die Verleihung der Selbstregierung an Irland noch nicht zum Bundesstaat. Der Begriff „verbündete Regierungen“ wird durch Homerule noch nicht in das englische Verfassungsleben eingeführt.

Fragen wir nun nach dem Wesen der politischen Verfassung Englands, d. h. des Vereinigten Königreichs im oben entwickelten Sinne, so ist eine deren Eigentümlichkeiten die, daß sie nicht in einer Verfassungsurkunde Niederschlag gefunden hat, wie das auf dem Festland durchgängig der Fall ist. Wer in England in einem Buchladen ein Exemplar der englischen Verfassung fordern wollte, den würde der Buchhändler für nicht ganz normal ansehen. Das Land mit dem ältesteingewurzelten und stärksten Verfassungsleben hat keine paragraphisierte Verfassung, kommt ganz gut ohne eine solche aus, und die meisten Engländer sind obendrein stolz darauf, daß dem so ist. Sie folgen da einem Gedankengang, wie ihn ähnlich und mit der ihm eigenen Schärfe des Unterscheidens Ferdinand Lassalle in seinem glänzenden Vortrag über Verfassungsweisen entwickelt hat. Eine Verfassung ist etwas Lebendiges, beständig mit den Änderungen der Grundlagen und Bedürfnisse der Nation sich entwickelndes, und daher läuft eine geschriebene Verfassung, die das Ganze der staatsrechtlichen Beziehungen und Einrichtungen der Nation umfaßt, die Gefahr, entweder auszusprechen, was nicht wirklich ist, oder aber von der Entwicklung überholt zu werden und so doch der Abänderung zu bedürfen.

Die englische Verfassung als Rechtswert ist nicht das zu einer bestimmten Zeit und nach bestimmten Grundfakten systematisch ausgearbeitete Ergebnis einer geschickten Körperschaft oder von vereinbarenden Gesetzgebungsfaktoren, sondern sie ist etwas im Lauf der Jahrhunderte geschichtlich Gewordenes. Sie ist, wie das Negermädchen Topsh in Onkel Toms Hütte von sich sagt, „gewachsen“. Sie besteht aus einer Reihe von Urkunden, die zusammen als das Grundgesetz der Nation Geltung haben, von Zeit zu Zeit durch neue Grundgesetze ergänzt werden, und von denen man sagen kann — worauf wiederum die Engländer gern mit Genugtuung hinweisen —, daß sie ohne Rücksicht eine bestimmte Entwicklungslinie einhalten, die Einschränkung der Rechte von Gewalthabern, Erweiterung und Sicherung von Volksrechten heißt.

Die erste dieser Urkunden ist der berühmte große Freiheitsbrief — oft unter seinem lateinischen Namen magna carta (englisch: The great Charter) zitiert, den die englischen Barone im Jahre 1215 dem König Johann ohne Land abzwangen. Ihre wichtigsten Bestimmungen sind: 1. daß keine Abgaben oder Kriegssteuern erhoben werden dürfen, die nicht vom Rat der Nation bewilligt worden sind, und 2. daß niemand eingestedt, gebüßt (?), geächtet oder sonst bestraft werden soll, wenn es nicht durch ein Tribunal seiner Standesgenossen oder nach dem Gesetz des Landes geschieht. In den „Rat der Nation“, der zunächst nur aus den feudalen Baronen, dem oberen Klerus und den Vertretern der Edelleute bestand, werden bald Vertreter der Freisassen in den Grafschaften und der Volkbürger oder der Gilden in den Städten, sowie des niederen Klerus hinzugezogen und tagen vom Jahre 1332 ab gesondert. Sie werden die Commons genannt — wörtlich Gemeinden, aber heute richtiger mit Gemeinen übersetzt, d. h. die Vertreter des breiten gemeinen Volks als unterchieden vom hohen Adel und dem oberen Klerus. Vom Jahre 1407 ab wird bestimmt, daß nur die Commons über Geldbewilligungen zu beschließen haben, was erkennen läßt, welche Bedeutung die von diesen vertretenen Klassen gegenüber dem Feudaladel inzwischen erlangt hatten. Die große Schwächung des letzteren durch die im 15. und 16. Jahrhundert spielenden Kriege der Häuser Lancaster und York — die weiße und die rote Rose — führten aber zunächst zu einer neuen Stärkung der königlichen Gewalt, die Dynastien der Tudors und der Stuarts suchten den fürstlichen Absolutismus herzustellen, bis im Jahre 1628 das Haus der Commons dem König Karl I. der Geld zu einem Krieg mit Frankreich braucht, unter Ausnutzung dieser Zwangslage ein neues Grundgesetz abnötigt.

Dieses neue Grundgesetz erhielt den Namen Petition of Right — Rechtsforderung. Es machte dem inzwischen von den Königen eingeführten System der erzwungenen „Liebesgaben“ — mit ziemlicher Willkür auferlegte Zwangsabgaben für Kriegs- oder Rüstungszwecke — ein Ende, schaffte neue Sicherheiten gegen Einkerkelungen und bestimmte ferner, daß Soldaten nicht durch besondere Kriegsgerichte abgeurteilt werden dürfen. Versuche, diese Rechte teils zu umgehen und teils offen zu mißachten, haben die große Revolution von 1641 bis 1660 zur Folge, mit Entthronung Karls I. und zeitweiliger Einführung der Republik, die sich aber nicht halten kann. 1662 wird das Königtum wiederhergestellt — „restauriert“, daher das Wort Restauration, englisch Restoration. Aber schon 17 Jahre später wird wieder eine Verlegenheit des Königs zur Erlangung eines wichtigen Grundgesetzes ausgenutzt. Es sind dies die Habeas Corpus Acte von 1679. Die Hauptbestimmungen dieser ebenfalls sehr berühmten Verordnungen, weil für ihre Zeit revolutionären Akte, hier, daß niemand ohne richterliche Anklage in Haft gehalten werden darf, niemand wegen desselben Vergehens zweimal angeklagt werden darf, und daß Untersuchungsgefängnisse gegen vernünftige (reasonable), d. h. keine Verhältnisse nicht übersteigende und zur Größe des behaupteten Vergehens im Verhältnis stehende Bürgschaft auf freien Fuß zu setzen sind. Auch diesen Schutz der Bürger sucht das Königtum, gestützt auf das Militär, bald wieder durch Willkürakte unwirksam zu machen. Dies und die Versuche, die römische Kirche wiederherzustellen, haben 1688/89 die zweite — die „glorreiche“ Revolution zur Folge; die Dynastie der Stuarts wird verjagt, und drei neue Grundgesetze werden geschaffen, nämlich:

- I. Die Declaration of Rights — „Aufstellung der Rechte“ — von 1689. Ihre vornehmsten Bestimmungen sind:
 - a) Die Aukerkräftigkeit von Gesetzen durch Regierungsbefehle wird für ungesetzlich erklärt;
 - b) Das Halten eines stehenden Heeres darf nur auf Grund von Bewilligung durch das Parlament geschehen;
 - c) Die Ausübung der Wahl zum Parlament und die Rede im Parlament dürfen keiner Freiheitsbeschränkung unterworfen werden;
 - d) Dem Volk wird das Recht des Petitionierens gesichert (damals sehr wichtig als Mittel der Agitation);
 - e) Es dürfen keine unmäßigen Geldstrafen verhängt werden;
 - f) Zwischen den Parlamentstagen dürfen keine langen Pausen eintreten.
- II. Das Reuterei-Gesetz von 1689. Enthält die von Lassalle in ihrer Bedeutung sehr anschaulich geschilderte Bestimmung, daß dieses Gesetz jedes Jahr durch Parlamentsbeschluß erneuert werden muß. Verweigert also das Parlament die Erneuerung, so hört jede gesetzliche Gewalt der Regierung über das Heer auf, kann kein Soldat oder Truppenteil wegen Widersetzlichkeit oder offene Reuterei bestraft werden.
- III. Das Thronfolgegesetz von 1701 („act of settlement“) setzt die dynastische Thronfolge fest mit der Bestimmung, daß der Inhaber der Krone Protestant sein, die römische Kirche feierlich ablehnen und die Gesetze des Landes beschwören muß. Obwohl dieser Parlamentsakt formal am Begriff des Gottesgnadentums festhält, indem er die Thronfolge auf Grund von Geburtsrechten regelt, bedeutet er doch faktisch die Festsetzung des Königtums von Parlaments Gnaden.

Dies sind die wichtigsten Grundgesetze Englands, die das Verhältnis zwischen Königtum und Parlament und den äußeren Aufbau des letzteren regeln. Kraft ihrer ist in England das Königtum außerstande, gegen eine geschlossene Parlamentsmehrheit irgendeine Regierungshandlung zu vollziehen, erklämpft sich das Parlament das Recht, das Ministerium zu bestimmen, dessen Mitglieder nur formal Beamte der Krone, faktisch aber ein Ausschuß des Parlaments sind. Trotzdem vermag auch heute noch das Königtum einen Einfluß auf die Politik des Landes auszuüben, die sich namentlich dann stark geltend machen kann, wenn das Parlament oder das Ministerium keine feste Mehrheit haben oder es auf einen Konflikt mit dem Träger der Krone nicht ankommen lassen wollen. Das Gewicht der Krone wird noch dadurch erhöht, daß ihr Träger von den wechselnden Parteiministerien die Stetigkeit (Kontinuität) der Amtierung und allerhand persönliche Verbindungen voraus hat, was ihm je nach der Persönlichkeit eine bedeutende moralische Autorität verschafft. Indes ist das alles umgrenzt, liegt doch sozusagen für das Königtum der Knüppel beim Hund. Jedemal, wenn das Königtum besondere politische Konstellationen dazu auszunutzen sucht, die Macht des Parlaments wieder herabzubringen, ist es sehr bald einem Widerstand begegnet, vor dem es wieder zurückweichen mußte, nicht ohne daß gelegentlich durch neue Deklarationen oder maßgebende Handlungen die Machtsphäre des Parlaments noch erweitert wurde.*

Im übrigen aber findet nun die Weiterbildung der englischen Verfassung statt 1. durch Ausbau der Geschäftsordnung des Parlaments, stets ein sehr bedeutsames Stück der Verfassung, 2. durch Reform des Wahlrechts für das Haus der Gemeinen, das im 18. Jahrhundert infolge verschiedener Umstände eine reine Oligarchie der Grundbesitzer in Stadt und Land geworden war, und 3. durch Eindämmung solcher Rechte der Kammer der Erbliehen und von der Krone ernannten „Herren“ — des Hauses der Lords — durch welche dieses Haus Verhältnisse der gewählten Kammer verschleppen oder es ihnen schlechtmöglich machen konnte, Gesetz zu werden. Zu Parlamentsakten der letzteren Art gehört das bedeutsame Gesetz vom Jahre 1911, das nach vielen harten Kämpfen mit zweimaligem Appell an die Wähler Gesetzeskraft erlangt hat. Es nimmt dem Hause der Lords die Möglichkeit, das Zustandekommen eines vom Hause der Gemeinen beschlossenen Gesetzes zu vereiteln, sobald dieses im letzteren in einer Legislaturperiode dreimal mit Pausen von je einem Jahr die Mehrheit der Stimmen erhalten hat.

Die Bestimmungen, welche die Macht des Parlaments dem Königtum gegenüber feststellen, haben mit Demokratie direkt nichts zu tun. Sie haben im Gegenteil lange Zeit die Klassenherrschaft von Landjüngern und Großkapitalisten über das Volk bedeutet. Erst die Umwälzung des Parlaments durch die Reformen des Wahlrechts brachten eine Entwicklung Englands zur Demokratie. Mit ihr wollen wir uns in einem besonderen Artikel beschäftigen.

* Ein sehr berühmter Beschluß des Hauses der Gemeinen gegen die Krone war die 1780 beschlossene Annahme der vom Abgeordneten Dunning beantragten Entschlieung, „daß die Macht der Krone gewachsen ist, noch wächst und verkürzt werden muß“.

Die Fürsorge für die Kriegsbeschädigten.

Mit dieser Angelegenheit beschäftigte sich am Mittwoch eine von der Gewerkschaftskommission einberufene Konferenz von Vertretern der freien Gewerkschaften, der Kirchs-Dunderschen Gewerksvereine, der christlichen Gewerkschaften und einer Reihe von Angestelltenorganisationen. Der Referent, Genosse Adolf Cohen, führte ungefähr folgendes aus: Ueberall hört man jetzt, daß für die Kriegsbeschädigten gesorgt werden soll. Aber wie es geschehen soll, darüber gehen die Meinungen weit auseinander. Von verschiedenen Seiten ist diese Frage behandelt worden. Leider ist bis jetzt verjagt worden, diese Angelegenheit durch die Behörden energisch in Angriff zu nehmen. Eine große Zahl von Kriegsverletzten sind bereits soweit ausgeheilt, daß sie einer passenden Berufsarbeit zugeführt werden könnten. Es müßte deshalb schon jetzt eine Einrichtung vorhanden sein, durch welche die Verletzten an geeigneten Plätzen untergebracht werden könnten. Aber daran fehlt es noch. — Es wird gesagt, wir haben den Kriegsbeschädigten gegenüber eine Pflicht der Dankbarkeit, die schon dahin führen wird, daß in geeigneter Weise für die Verletzten gesorgt werde. Aber es ist noch nichts geschehen, um diese Pflicht in die Tat umzusetzen. Es mag sein, daß das Gefühl der Dankbarkeit gegenüber den Kriegsbeschädigten einige Jahre vorhält. Aber nach 10 bis 15 Jahren wird man die Dankspflicht allgemein vergessen haben. Es muß deshalb durch behördlichen Druck nachgeholfen werden, daß diese Pflicht erfüllt wird. Die Möglichkeit, mit einem solchen Druck einzufahren, müssen wir jetzt schon schaffen. In 10 bis 15 Jahren wird es schwieriger sein. — Es gibt heute schon Beispiele dafür, daß Kriegsverletzte beschäftigt werden, denen die Rente vom Lohn abgezogen wird. Selbst wenn das nur Einzelfälle sein sollten, so muß durch Gesetz der Möglichkeit solcher Lohnrückerei vorgebeugt werden. — Die vornehmste Fürsorge für die Verletzten ist passende und lohnende Arbeit. Um diese Fürsorge durchzuführen zu können, muß eine Organisation geschaffen werden, welche den Arbeitsnachweis und die Fürsorge für die Verletzten in sich zusammenfaßt. Es muß verlangt werden, daß jeder Betrieb die Verletzten, die er vor dem Kriege als gesunde Arbeiter beschäftigte, wieder aufnimmt. Für die Kleinbetriebe wird man Ausnahmen zugelassen können. Für die Großbetriebe ist das nicht nötig, denn sie sind in der Lage, die Kriegsbeschädigten zu beschäftigen. Die Großindustrie, sowie die staatlichen und kommunalen Betriebe können in erster Linie zur Beschäftigung der Kriegsbeschädigten herangezogen werden.

Eine Organisation, welche Arbeitsnachweis und Fürsorge zusammenfaßt, wird für die Unterbringung der Kriegsbeschädigten praktisch wirken können. In dieser Organisation müssen Vertreter der Arbeiter und der Arbeitgeber sitzen, auch die Möglichkeit einer behördlichen Vertretung und die Mitwirkung eines medizinischen Sachverständigen muß gegeben sein. Die Organisation könnte so aufgebaut sein, daß Bezirks- und örtliche Instanzen geschaffen werden, zu deren Ueberwachung eine Reichszentrale eingerichtet werden könnte. Im Rahmen einer solchen Organisation könnte auch noch eine Gliederung nach Industriegruppen vorgesehen werden.

Aufgabe dieser Organisation würde es sein, die Kriegsbeschädigten an geeigneten Arbeitsplätzen unterzubringen und darüber zu wachen, daß ihnen eine ihrem Zustand entsprechende Behandlung zuteil wird. Der Verletzte darf niemals die Empfindung haben, daß er nur im Betriebe geduldet wird. Er muß als vollwertiger Arbeiter behandelt werden, der lediglich seiner Rechtskraft wegen beschäftigt wird. Damit er Verletzungen seiner Rechte gegenüber nicht wehrlos dasteht, muß eine Instanz geschaffen werden, wo er Beschwerde führen kann. — Nur selten werden die Verletzten bei der Arbeit ohne die Hilfe und Unterstützung ihrer gesunden Kollegen auskommen. Auf diese Hilfe können sie nur dann mit Sicherheit rechnen, wenn die gesunden Arbeiter die Gewähr haben, daß die Verletzten nicht als Lohnrücker benutzt werden. Diese Gewähr haben sie, wenn in den Instanzen Vertreter sitzen, die ja auch die Vertreter der Verletzten sind. Wenn diese Bedingung nicht erfüllt wird, dann wird Mißtrauen gegen die Beschäftigung der Verletzten Platz greifen.

Es steht fest, daß die Behörden in der Organisation der Fürsorge für die Kriegsbeschädigten sehr zurückhaltend sind. Wenn man dazu noch sieht, wie die Angelegenheit jetzt in Berlin und der Provinz Brandenburg behandelt wird, dann kann man sich nicht wundern, daß die Sache keine praktische Gestalt annimmt. Von drei verschiedenen Seiten wird die Sache in Berlin und der Provinz Brandenburg angefaßt, aber alle drei sind unzulänglich. Geplant ist neben der Fürsorgeorganisation für die Provinz Brandenburg einschließlich der Berliner Vororte eine besondere Organisation für die Stadt Berlin ohne Vororte. Das ist verfehlt. Auch eine Organisation, welche Berlin und die Vororte zusammenfaßt, würde, ist nicht praktisch. Das Beste ist, daß eine Organisation für die Provinz Brandenburg einschließlich Berlin geschaffen wird. Einrichtungen zum Ausgleich zwischen Berlin und seinen Vororten könnten in diesem Rahmen eingefügt werden. Mit einer Trennung zwischen Berlin und der Provinz Brandenburg können wir nicht einverstanden sein. Wir verlangen eine klare, einheitliche Organisation, die möglichst bald praktische Arbeit leisten kann, damit die Verletzten so bald als möglich ihrem Beruf wieder zugeführt werden.

In beiden Vorschlägen, sowohl in der für Berlin als auch in der für die Provinz fehlt in der anordnenden Instanz eine Vertretung der Arbeiter und der Arbeitgeber. Wenn man uns Plätze in den unteren Instanzen zuweist, so ist das nicht zweckmäßig, denn da würden wir ja Anordnungen von einer Stelle bekommen, die nicht sachverständig ist.

Der Vorstand des Verbandes märkischer Arbeitsnachweise, dessen Vorsitzender Dr. Freund ist, bezieht sich in einem Rundschreiben vom 8. Mai auf eine Konferenz, die sich für Schaffung einer Zentralstelle der Verletztenfürsorge ausgesprochen hat, und empfiehlt sich selbst als derartige Stelle. Diese Konferenz hat sich mit der Fürsorge für die Kriegsbeschädigten überhaupt nicht beschäftigt und wollte sich auch damit nicht beschäftigen. Sie befaßte sich mit der Arbeitsbeschaffung für die heimkehrenden gesunden Kriegsteilnehmer. So hat die Konferenz, an der auch ich teilgenommen habe, auch nicht gemeint, daß der Vorstand des Verbandes märkischer Arbeitsnachweise die Zentralstelle sein soll, sondern für alle Arbeitsnachweise soll die Zentralstelle gebildet werden. Der Verband märkischer Arbeitsnachweise kann schon deshalb nicht als Zentralstelle fungieren, weil er auf die Berufsarbeitsnachweise keinen Einfluß hat. Berufsarbeiter kann er gar nicht vermitteln. Eine Zentralstelle ohne die Berufsarbeitsnachweise hat ihren Zweck von vornherein verfehlt.

Wie groß die Zahl der Kriegsverletzten sein mag, darüber gehen die Ansichten auseinander. Ein auf diesem Gebiet sachkundiger Arzt gab die Zahl schon vor einigen Wochen auf 140 000 an. Wie hoch die Zahl auch sein mag, sie ist groß genug, um das Verlangen zu rechtfertigen, daß die Fürsorge für die Verletzten mit Ernst und Energie betrieben wird. Die Verpflichtung, die wir den Kriegsbeteiligten gegenüber haben, muß erfüllt werden, wenn nicht alle schädlichen Worte, die darüber gesagt worden sind, inhaltlose Strafen bleiben sollen.

Nachdem sich zwei Diskussionsredner im Sinne des Referenten geäußert hatten, ernannte die Konferenz eine aus fünf Vertretern der beteiligten Organisationen zusammengesetzte Deputation, welche dem Oberbürgermeister die gestern von uns abgedruckte Eingabe überreichen soll.

Stadtverordnetenversammlung.

14. Sitzung vom Donnerstag, den 20. Mai 1915, nachmittags 5 Uhr.

Die Sitzung wird vom Vorsteher-Stellvertreter Casel nach 5 1/2 Uhr eröffnet.

Zur Verhandlung steht zunächst der Ausschussbericht über die Beratung der Vorlage wegen

Neuregelung der Mietbeihilfe an die Kriegerfamilien

und die alleinziehenden Kriegsteilnehmer.

Die bisherigen Höchstätze von monatlich 15, 12,50, 10, 7,50 und 5 M. für Frauen ohne Kinder, mit 1, 2, 3 und 4 oder mehr Kindern will der Magistrat bei Frauen mit 2 Kindern auf 12,50 M., bei Frauen mit 3 und mehr Kindern auf 10 M. erhöhen, außerdem soll die Beihilfe für Frauen ohne Kinder auf 20 M., für Frauen mit 1 Kind auf 15 M. erhöht werden können, wenn die Frau durch Krankheit am Arbeiten verhindert ist.

Der Ausschuss hat mit 11 gegen 4 Stimmen diese Einschränkung genehmigt und beantragt demnach, die Höchstätze auf 20 M. für Frauen ohne Kinder, 15 M. für Frauen mit 1 Kind, 12,50 M. für Frauen mit 2 Kindern, 10 M. für Frauen mit 3 und mehr Kindern festzusetzen. Den übrigen Vorschlägen des Magistrats empfiehlt der Ausschuss beizutreten. Referent ist Stadtv. Liebenow (L.).

Stadtv. Franz: Der Ausschuss ist über die Vorschläge des Magistrats weit hinausgegangen. Wir sind bereit, soweit entgegenzukommen, daß wir die Erhöhung bei Frauen mit 1 Kind auf 15 M. zugestehen und die Bedingung der Krankheit fallen lassen; eine Erhöhung für kinderlose Frauen können wir aber höchstens bis 18 M. zulassen.

Stadtv. Löser (Linke) bringt einen entsprechenden Antrag ein und empfiehlt ihn dringend zur Annahme. Der Magistrat müßte darauf hinwirken, daß zunächst noch in dieser Woche die Vorbereitungen zur Auszahlung der erhöhten Unterhaltungen beendet werden, um die Kriegerfrauen nicht in Verlegenheit zu bringen.

Stadtv. Reid (Soz.): Der Berichterstatter hat erwähnt, eine große Anzahl von Frauen erklärten die Mietzahlung in Kriegszeit für unzumutbar. Wir ist nicht bekannt, daß im Ausschusse eine solche Ausföhrung gemacht worden wäre; sie würde sonst nicht ohne Widerspruch unfererseits geblieben sein. Wir halten den Beschluß des Ausschusses über die Mietbeihilfen sachlich für vollkommen gerechtfertigt. Können auch die Bedenken des Magistrats über die weitgehende finanzielle Wirkung dieses Beschlusses nicht als berechtigt anerkennen. Man darf nicht vergessen, daß nicht alle Kriegerfrauen, die Kriegsunterstützung bekommen, auch Mietunterstützung erhalten. Es wäre erwünscht, eine Uebersicht darüber zu bekommen, welche Familien Kriegsunterstützung und welche nur Mietunterstützung erhalten; es würde sich daraus ergeben, daß die finanzielle Belastung keineswegs so sehr erheblich ist. Die heutige Erklärung des Magistrats würde nun eventuell zu einem Konflikt führen, dem wir unfererseits aus dem Wege gehen wollen, weil wir in der Frage der Kriegsfürsorge bisher vollkommen einträchtig mit dem Magistrat zusammengearbeitet haben; es würde dann ja auch seine Erhöhung einwirken überhaupt nicht Platz greifen können. Wir stimmen daher heute für den Antrag Löser. Auch wir wünschen, daß unsere Beschlüsse mit Wirkung vom 1. Mai ab sofort in Kraft gesetzt werden möchten.

Nachdem auch Stadtv. Dr. Kuhlmann (Fr. Fr.) und Stadtv. Labowitz (Linke) sich unter den obwaltenden Umständen für den Antrag Löser erklärt haben, wird dieser einstimmig angenommen.

Die Magistratsvorlage wegen Umgestaltung der Enteignungsanlage und Vollenbung des dritten Hochbrunnens beim Koltsbade Wärswaldstraße ist in der Ausschussberatung einstimmig angenommen worden. Gleichzeitig schlägt der Ausschuss vor in einer Resolution den Magistrat zu ersuchen, genaue Ermittlungen darüber anstellen zu lassen, wie sich in den verschiedenen städtischen Anstalten die Kosten der eigenen Wassergewinnung gegenüber den entstehenden Kosten bei der Entnahme von Wasser aus den städtischen Werken stellen, und der Versammlung eine entsprechende Vorlage zu machen.

Ohne Debatte tritt die Versammlung den Ausschussanträgen bei.

Der Entwurf eines Gemeindebeschlusses über die Einrichtung der Städtischen Elektrizitätswerke Berlin ist im Ausschusse in drei Sitzungen durchberaten und mit einer Reihe von Änderungen von untergeordneter Bedeutung angenommen worden. Die Befugnisse des „Ausschusses“, der die Zeichnung „Ausschussrat“ erhalten soll, sind etwas erweitert worden, auch sollen ihm neben vier Magistratsmitgliedern sieben (statt sechs) Stadtverordnete und drei (statt zwei) Bürgerdeputierte angehören.

Referent ist der Stadtv. Sonnenfeld (Linke). Nach seiner eingehenden Darlegung der Ausschussbeschlüsse und ihrer Tragweite gelangen diese einstimmig ohne Diskussion zur Annahme.

Durch das Ausschneiden von Sassenbach sind in sieben Ausschüssen und Deputationen Stellen frei geworden. Es werden durch Zuzug gewählt: in den Rechnungsausschuss Varnhagen, in die Deputation für das Hoch- und Fortbildungswesen Bolderich, in die Finanzdeputation Hinke, in die Deputation für die Gastwerke Schulz IH, in die Deputation für Reformen in der inneren Verwaltung Manasse, in die Deputation zur Versorgung Berlins mit Lebensmitteln Hinke, in den Ausschuss für die Neueinteilung der Gemeindevahlbezirke I. und II. Abteilung Stadthagen. Alle Gewählten gehören der sozialdemokratischen Fraktion an.

Die

Fürsorge für die Berliner Kriegsverletzten soll nach der Absicht des Magistrats durch eine umfassende Organisation in Angriff genommen werden, zu deren einmaligen und laufenden Ausgaben ein Kredit von zunächst 100 000 M. erforderlich ist. Zur Leitung der Fürsorgestätigkeit soll ein Magistratskommissar berufen sein, dem ein Ausschuss und ein Beirat zur Seite treten. Der Ausschuss soll aus je einem Vertreter der Landesversicherungsanstalt, der Reichsversicherungsanstalt, der Militärmedizinverwaltung, des Roten Kreuzes und des Zentralarbeitsnachweises bestehen. Der Beirat hat insbesondere bei der Berufsberatung und Nachbehandlung mitzuwirken; ihm sollen außer den Ausschussmitgliedern und weiteren Mitgliedern der beiden städtischen Körperschaften noch angehören: ein Chirurg, ein Orthopäde, der Gewerbetätige des Polizeipräsidenten, Vertreter der Handels- und Handwerkskammer, des Vaterländischen Frauenvereins, des Nationalen Frauenbundes, familiärer Gewerkschaftsorganisationen, der Berufsvereinigungen, des Werkmeister- und des Technikerverbandes; auch der Verein der Arbeitgeberverbände, sowie der Ausschuss des Kaufmannsgerichts (dieser durch einen Handlungsgeschäftlichen) sollen vertreten sein, dem Beirat soll auch das Recht der Zuzahl zustehen.

Oberbürgermeister Vermuth: Die Vorlage will mitwirken zur Erfüllung des Woties, daß es Krüppel im alten, traurigen Sinne

nicht mehr geben darf und auch nicht mehr zu geben braucht. Glauben Sie nicht, daß die städtische Verwaltung angewartet hätte, bis die Horn sich fand, die für die Organisation der Kriegsbeschädigtenfürsorge dauernd als wünschenswert sich erweist; im Gegenteil, die Praxis hat überall da zugegriffen, wo es des Zugreifens ohne langes Bestimmen zu bedürfen schien; die Nachbehandlung in den Lazareten ist im Gange, und auch der Arbeitsnachweis ist nicht müßig gewesen. Aber jetzt ist es Zeit, die Organe zu schaffen, in welchen die an diesen Verwundeten Interessierten sich zusammenfinden. Jetzt und vorerst gilt es, nicht zu rechnen und zu rechnen, sondern zu handeln, damit nicht die unmittelbare Beteiligten unabwehrbaren Schaden erleiden. (Lebhafte Beifall.)

Stadtv. Sonnenfeld: Die billigen durchaus die Tendenz der Vorlage, halten aber doch Ausschussberatung für sehr zweckmäßig. Sowohl die finanzielle Verpflichtung der Stadt, wie die Organisation selbst scheinen uns noch weiterer Klärung bedürftig. Es scheint uns zum Beispiel wünschenswert, daß dort, wo Berlin finanziell engagiert werden soll, unsere Versammlung nicht unbeachtet beiseite gelassen werden darf. Wir sind auch recht wichtig, wo der Magistrat zu erfahren, weshalb nach seiner Meinung die Versammlung auch hier auf ihre natürlichen Rechte verzichtet soll. Das Streben, das Ziel des Magistrats heißen wir durchaus gut. Eine Petition, die wir alle erhalten haben, wünscht den Anschluß der Stadt an die schon vorhandene Organisation der Provinz Brandenburg. Dieser Wunsch hat viel innere Berechtigung, aber Berlin stellt eben einen Provinzialverband für sich dar. Jedenfalls wird an Arbeiten in engem Kontaktverbande mit der Provinz sehr erwünscht und erstrebenswert sein.

Stadtv. Ritter (Soz.): Wir haben Ausschussberatung beantragt aus dem Grunde, weil auch uns gewisse Veränderungen im Magistratsvorlage notwendig scheinen. Eine Einheitslichkeit in der Fürsorgestätigkeit der Stadt Berlin mit der Provinz herbeizuführen, wird ja gewiß Schwierigkeiten haben, diese müssen aber im Interesse der Kriegsverletzten unter allen Umständen behoben werden, und sie können das auch. Davon werden sich bei dieser Gelegenheit auch die höheren Stellen überzeugen. Die erwähnte Resolution einer großen Zahl von Arbeiterverbänden geht davon aus, daß die große organisatorische Arbeit, die in Berlin zum zweiten Male gemacht werden müßte, in Fortfall kommen könnte, wenn man an die schon vorhandene der Provinz anknüpft. Der Berliner Magistratskommissar wird allem Anschein nach eine sehr unglückliche Rolle spielen; er dürfte gegen gewisse Selbstherrlichkeiten gewisser Mitglieder des Ausschusses ohnmächtig sein. Daß ein Vertreter des Zentralarbeitsnachweises in den Ausschuss kommt, daran liegt meinen Freunden sehr viel. Was den Beirat betrifft, so wünsche ich persönlich auch die Delegation eines Nervenarztes in denselben; wir werden auch mit Krüppeln zu tun haben, die durch innerliche Erkrankung zu solchen geworden sind. Wir meinen ferner, daß ein ganzes Netz von Unterkommissionen, insbesondere bei der Berufsberatung, in Tätigkeit zu treten hätte. Es muß auch darauf geachtet werden, daß nicht späterhin die Krüppel als eine ungesunde Konkurrenz der übrigen Arbeiterschaft ausgenutzt werden; ein krasser Fall der sich schon jetzt in einer mitteldeutschen Stadt zugetragen hat, ist nur zu sehr dazu angetan, als Warnungssignal zu dienen.

Stadtv. Dr. Freuß: Der Ausschuss ist lebhaft als eine Vertretung der Organisationen gedacht, die zunächst die Mittel aufzubringen haben; er ist nichts als eine Art von Clearingstelle. Mit der Verwaltung hat er gar nichts zu tun; es können ihm nicht Kompetenzen zugewiesen werden, die keine gesetzliche Grundlage haben, und um Majoritätsbeschlüsse handelt es sich in diesem Ausschusse überhaupt nicht. Die eigentliche Arbeit wird im Zusammenwirken des Ausschusses mit dem Beirat erfolgen, und diesen dürfen wir nicht zu groß gestalten. Wenn wir alle Wünsche, die schon an uns herangetragen sind, wegen Zulassung zur Mitarbeit im Beirat berücksichtigen wollten, kämen wir auf ein Parlament von 100 Mitgliedern. Je nach Bedarf soll und wird sich ja der Beirat durch Kooptation ergänzen können, z. B. auch durch einen Nervenarzt. Mit der Provinz und ihrer Organisation wird sich, wie wir hoffen, ein erprobliches Zusammenarbeiten ergeben; die Schwierigkeiten liegen in der Anzulänglichlichkeit der kommunalen Organisation von Groß-Berlin überhaupt.

Stadtv. Dr. Nathan (Fr. Fr.): Auch nach den gehörten Erklärungen besteht noch keine volle Klarheit über die Kompetenz des Ausschusses, namentlich hinsichtlich der finanziellen Verpflichtung der Stadt. Darum müssen in diesen Ausschuss auch Stadtverordnete hinein.

Stadtv. Ritter: Die Diskussion hat die Notwendigkeit der Ausschussberatung überzeugend dargetan. Läge die Sache so, wie der Stadtrat heute ausföhrt, dann bräuchten wir ja nur den Versicherungsanstalten usw. die 100 000 M. zu überweisen und hätten dann eine weitere Arbeit nicht. So aber haben wir uns die Organisation nicht gedacht.

Nachdem noch Stadtv. Sonnenfeld gegenüber den Darlegungen des Stadtrates darauf hingewiesen, daß nach dem Wortlaut der Vorlage der Ausschuss unter der Leitung des Magistratskommissars stehen und diesem die Leitung der Fürsorgestätigkeit obliegen solle, wird die Vorlage an einen Ausschuss von 15 Mitgliedern überwiesen, der sofort vom Vorstehen ernannt wird.

Für Zwecke der Vortragsmittelung an Getreide und Mehl am 9. Mai, sowie Aufnahme der Kartoffelvorläufe am 15. Mai 1915 werden 10 000 M. bewilligt.

Die Leistungen auf Grund der vom Bundesrat am 23. April bekanntgemachten Ausdehnung der Wochenhilfe auf Kriegsteilnehmerfrauen, die nicht in einer Krankenkasse versichert sind, aber als minderbemittelte zu gelten haben, sollen von der Stadt, vorbehaltlich der Erstattung durch das Reich, zunächst vorstufweise erfolgen. Ferner sollen die Gemeindevorläufe auch denjenigen Angehörigen Aktiver gewährt werden, welchen der Bundesrat am 23. April den Anspruch auf Kriegsunterstützung zugestanden hat; es sind dies die erwerbsunfähigen Eltern und Großeltern solcher Aktiver, die als einzige Ernährer derselben reklamiert, aber demnach sofort oder später eingezogen oder eingestellt worden sind oder werden.

Die Versammlung stimmt den Magistratsvorschlägen ohne weiteres zu.

Schluß der öffentlichen Sitzung 1/8 Uhr.

Aus Industrie und Handel.

Ist Italien wirtschaftlich gerüstet?

Es ist nicht abzusehen, sagt die „Fürcher Post“ vom 15. Mai in einem längeren Artikel, daß es Italien in den letzten Jahrzehnten gelungen ist, einzelne Industrien, wie beispielsweise die Automobil- und Schiffbauindustrie hochzubringen, aber es machte dies, auf die gesamte Volkswirtschaft verteilt, wenig aus. Die Durchführung seiner wirtschaftlichen Reorganisation ist dem Lande noch nicht gelungen. Die Entwicklung der Volkswirtschaft wurde überdies durch den kostspieligen Krieg in Tripolitanien und die große Werte zerstörenden Erdbeben jäh unterbrochen. Große Ausgaben veranlaßten die Heeresauswendungen seit Ausbruch des europäischen Krieges, schon für die Mobilisationskosten gehen die Schätzungen sehr hoch. In dem mit ebenso großem Aufwande wie Manlogkeit geführten libyschen Kriege waren die Vorräte an Kriegsmaterial fast gänzlich aufgebraucht worden, ohne daß für genügenden Ersatz gesorgt wurde. Die Beherzbarkeit mußte somit neu geschaffen werden. Es unterliegt keinem Zweifel, daß das Land heute auf finanziell geschwächter Grundlage in den Krieg eintreten würde. Das trifft auch für seine Volkswirtschaft zu, deren Tragfähigkeit unter dem Niveau normaler Zeiten stehen. Einen großen Teil seiner Einfuhr mußte das Land sehr teuer bezahlen und es ist anzunehmen, daß die Deckung der Kriegsbedürfnisse dem Staate außerordentliche Lasten auferlegt.

Die Zahlungsfähigkeit des Landes hat durch den starken Einwahneinfall der Fremdenindustrie und durch die von England vorgezeichneten Ausfuhr- und Durchfuhrverbote schweren Schaden gelitten, was ja übrigens aus der Entwicklung der Wechselkurse hervorgeht. Italien wird nun keine Hoffnung auf England und Frankreich setzen, welche beiden Länder infolge der ungeheuren wachsenden Belastung durch die Kriegsfürsorge wohl kaum imstande sein werden, erhebliche Summen für Italien aufzubringen. Italien wird sich daher, wenn es sich für den Krieg entscheiden sollte, in eine finanziell außerordentlich schwierige Lage begeben. Denn wenn man Krieg führen will, so muß man sich auf die Kräfte seiner eigenen Volkswirtschaft und seine Finanzreserven verlassen können und darf sich nicht in finanzielle Abhängigkeit seiner Gläubiger begeben. Man sieht an dem Beispiel Deutschlands, wie groß der Vorteil eines Landes ist, das im Krieg auch seine auf materieller Wohlhabenheit beruhende Unabhängigkeit wahren kann.

Die neue russische Anleihe.

Eine neue innere Anleihe — seit Kriegsbeginn die dritte — in Höhe von 1 Milliarde Rubel wird vorbereitet, nachdem die ersten beiden 1/2 Milliarde betragen hatten. Sie wird wie „Economic“ erfährt, etwas anders angelegt als ihre Vorgängerinnen, nämlich zu 5 1/2 Proz. bis zum 1. Mai 1921. Dann wird sie eine gewöhnliche 5 Proz. langfristige Anleihe. Ein Bankensyndikat hat bereits 600 000 Rubel fest übernommen. Mit dieser Anleihe wird die bekannte Form der Anleihe von 1905 zu 4 1/2 Proz. eingelöst, die damals ein Erfolg für die Regierung war. Die neue Anleihe soll vor Ende Mai a. g. gelegt werden.

Naturalisierte Mitglieder der Londoner Börse. Die Londoner Börse zählte bisher nach der „Morning Post“ vom 5. Mai folgende naturalisierte Engländer als Mitglieder: 146 Deutsche, 17 Holländer, 16 Oesterreicher, 6 Amerikaner, 6 Schweizer, 3 Belgier, 3 Franzosen, 2 Griechen, 2 Russen, 2 Italiener, 1 Türken und 1 Venezolaner.

Der Rückgang der Kleinmühlen.

Schon bisher waren die Kleinmühlen im Osten infolge des Einfuhrstillschens in bedrängter Lage, da das deutsche Getreide zum Teil in Rußland gemahlen wurde. Der Krieg hat den Kleinmühlen besonders mitgeschlagen. So sind in Ostpreußen viele Mühlen zerstört. 200 Mühlen haben die Flucht ergriffen müssen und ihr Gewerbe nicht ausüben können. Die Vermahlung des Getreides ist im wesentlichen den Großmühlen übertragen worden, die durch den Krieg in bessere Verhältnisse gekommen sind. So konnte die Walzmühle in Königsberg an ihre Aktionäre 12 Proz. Dividende verteilen, während sie im Vorjahre nichts erhalten haben.

Soziales.

Lohnkürzung und Entlassung während der Kriegszeit.

Wenn während des Krieges eine Lohnkürzung vereinbart ist, so geht bei der Vereinbarung der Arbeiter von der Ansicht aus, er werde während des Krieges nicht entlassen werden. Wird er dennoch entlassen, so steht ihm nach den Grundätzen von Treu und Glauben ein Anspruch auf Nachzahlung zu. Diesen aus der Auslegung von Willenserklärungen folgenden Grundsatze bestätigte auch gestern das Gewerbegericht.

Nachdem bei Ausbruch des Krieges die Theaterdekorationsarbeiten der Firma Hugo Baruch u. Co. ins Stocken geraten waren, vereinbarte sie mit den Arbeitern eine Herabsetzung der Löhne bis auf die Hälfte. Dagegen wurde den Arbeitern die Zusicherung gegeben, daß sie, solange der Krieg dauert, nach Möglichkeit beschäftigt werden würden. Ein Arbeiter, der trotzdem nach erfolgter Kündigung am 1. März entlassen wurde, klagte beim Gewerbegericht auf Nachzahlung der Differenz zwischen seinem vollen und dem herabgesetzten Lohn. Die Forderung beläuft sich auf 200 M. nebst 4 Proz. Zinsen.

Wie der Vertreter der belangten Firma vor dem Gewerbegericht ausführte, beschäftigt sie eine große Zahl von Arbeitern auf Heeres- und Ausüstungsartikeln und erwartete von denen, die in den anderen Abteilungen des Betriebes nicht genug zu tun haben, daß sie sich zu den Heeresarbeiten melden. Das hat der Kläger nicht getan, er ist aber auch nicht dazu aufgefordert worden, also blieb er in der Theaterdekorationsabteilung, wo wenig zu tun war, dafür aber auch verkürzter Lohn gezahlt wurde. Als der Chef eines Tages den Kläger in einem entlegenen Arbeitsraum müßig sitzend traf, ordnete er die sofortige Kündigung an und äußerte sich aufgebracht: Es sei eine furchtbare Faulenzerei, sich da hinzusetzen, anstatt sich in der Tornierabteilung zu melden, wo der Arbeiter viel mehr als seinen vollen Lohn verdienen könne.

Nach erfolgter Kündigung wurde der Kläger am 1. März entlassen und trat sogleich bei einer anderen Firma in Arbeit. Nun kamen der Firma Hugo Baruch u. Co. Bedenken wegen der Entlassung. Denn sie erinnerte sich, daß das Gewerbegericht in derartigen Fällen dem Kläger die nachgeforderte Lohn Differenz zugesprochen habe. Die Firma schrieb also dem Entlassenen, er könne sofort wieder anfangen. Das tat er aber nicht, weil er bereits andere Arbeit hatte. Dadurch glaubt sich nun die Firma gegen die Ansprüche des Klägers gesichert zu haben.

Das Gericht verurteilte die belangte Firma zur Zahlung der vollen geforderten Summe nebst Zinsen. Zur Begründung des Urteils wurde gesagt: Die Firma hat dem Kläger versprochen, ihn nach Möglichkeit während der ganzen Dauer des Krieges zu beschäftigen. Diese Möglichkeit ist gegeben, denn die Firma hat ja genug Arbeit. Also durfte sie den Kläger nicht entlassen.

Briefkasten der Redaktion.

Am Pfingstsonnabend und am dritten Pfingstfeiertag fällt die juristische Sprechstunde aus.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Abends, 3. IV. Hof rechts, parkette, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrags ist ein Wuchstafe und eine Zahl als Unterschriften notwendig. Persönliche Antwort wird nicht erteilt. Anträge, denen keine Abnommentauskunft beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Einige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Verträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

H. O. i. Weiden. Besten Dank für Ihren anerkennenden Brief. Eine offizielle Kriegserklärung ist in dem von Ihnen erwähnten Falle nicht erfolgt. Nach Nichtbeantwortung eines an Fr. gerichteten Ultimatus wurden die Reichsbehörden von beiden Seiten eröffnet. — S. J. I. Klein. — S. J. 24. 1. Sie müssen verhandeln, mit der Firma eine Ratenzahlung zu vereinbaren. Der Vertrag hat auch während der Kriegszeit in vollem Umfange seine Gültigkeit. 2. Erwarten Sie durch die Polizei oder durch einen Arzt ein Urteil darüber, daß die Wohnung gesundheitsgefährlich ist. 3. Die Wirt Sie dann nicht ausziehen, so müssen Sie auf Lösung des Vertrages klagen. — H. O. 100. Kriegsvorwundensfähig. — S. R. 16. Insanteris, garmschönlichfähig. — W. R. 20. Ihr Fall interessiert uns besonders, wir bitten Sie daher, daß in unsere Sprechstunde zu kommen. — J. 49. Herzkrank, zurückgestellt. Sie sind also noch nicht militärfähig. Wenn die nächste Rüstung dort ist, soffen wir nicht. — S. 2. 26. Diese Verordnung hat auf die Pfändung für Alimente überhaupt keine Geltung. — S. 36. Die Forderung ist verjährt. Sie müssen aber innerhalb einer Woche Widerspruch gegen den Zahlungsbefehl erheben. — S. 27. 1. und 2. Ja. 3. Sie können dann eventuell Schadenersatz ansprüchen durch Klage geltend machen. — G. 24. 75. Die Zahlen bedeuten: 1. Krampfadern, 2. Bluthaus; die Buchstaben bedeuten: Landsturmpflichtig. — S. 8. 29. Da der Sohn alt ist, haben Sie keinen Anspruch. — S. 2. 100. Wegen Festschließlichkeit dienstunfähig. — S. 2. 8. 65. Landsturm ohne Waffe, Krampfadern. — W. 4. 1. An das Regimentskommando. 2. Das Gesetz hat wenig Aussicht auf Erfolg. 3. Die Einreichung eines Gesuches vor der Rüstung erscheint uns ebenso aussichtslos.

Notwendigkeit sozialer Fürsorge für Schwerhörige Arbeiter.

Uns wird geschrieben: Die unzulänglich die staatliche und kommunale Fürsorge für die arbeitende Bevölkerung ist, zeigt sich unter anderem auch in ihrer Rückständigkeit für schwerhörige Arbeiter. Es sind nicht alle Fälle von Schwerhörigkeit heilbar und ist für diese Kategorie Leidender das tägliche Leben eine stete Qual der Entbehrung in geistiger wie körperlicher Hinsicht.

Bei keiner Krankheit wird mehr von den Ärzten gefordert, wie bei der Sklerose. Wochenlange Kuren mit Katheter und Luftpumpe, Einschnitte ins Trommelfell, Einspritzungen von Medikamenten, Elektrizität; immer dieselbe Leidensgeschichte bei diesen Patienten. Und der Effekt? — Jedenfalls keine Besserung, oft genug eine rapide Verschlimmerung des Leidens.

Um nun diesen chronisch Schwerhörigen ihr Leiden zu erleichtern, haben einschlägige Firmen unter Zuziehung von Ohrenärzten verstanden, die Elektrizität dem Dienste der Schwerhörigen nutzbar zu machen. Es werden Hörapparate im Geiste eines kleinen Taschentelephons hergestellt, deren praktische Anwendung ergeben hat, daß sie ein gutes Hilfsmittel darstellen, dem Schwerhörigen den teilweisen Verlust des Gehörs zu ersetzen. Die Preise dieser Apparate sind aber sehr hoch; ein guter, brauchbarer Hörapparat stellt sich auf annähernd 150 M. — Da der Durchschnitt der schwerhörigen Arbeiter in der Entlohnung noch schlechter gestellt ist, wie der Gesunde, wird man es verstehen, daß den Schwerhörigen die Anschaffung derartiger guter Hilfsmittel auf eigene Kosten schier unmöglich ist.

Auch auf pädagogischem Gebiete sind seit einigen Jahren Ansätze vorhanden, um die Schwerhörigen über ihr Leiden hinweg zu helfen. Die Königl. Charité-Ohrenklinik (Berlin) unterhält in ihren Räumen einen für Unbemittelte unentgeltlichen Hörsal. Aber diese Einrichtung allein reicht bei weitem nicht aus, um den Tausenden von Schwerhörigen zugänglich zu sein, noch viel weniger ihre soziale Lage zu bessern.

Den Krankentassen sollte das Recht eingeräumt werden, Abschlüsse für Schwerhörige obligatorisch einzuführen und die Kosten oder mindestens Beiträge zu den Kosten bei Anschaffung von Hörapparaten zu bewilligen. Welche Hilfsmittel stellen auf Grund ärztlicher und pädagogischer Gutachten wesentliche Faktoren zur Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit dar. Bei größeren Aufträgen an Hörapparaten durch die Krankentassen würden sich die Preise bedeutend niedriger stellen, als der eines einzelnen Apparates. Die Ausgaben hierfür würden aber durch die Erparnis an Arztgehonoraren reichlich ausgeglichen werden. Käuft doch der Schwerhörige, trotz der Ausichtslosigkeit auf Besserung seines Leidens, immer und immer wieder zum Arzt und sind die Kosten, die den Krankentassen dadurch entstehen, zwecklos. Zu alledem fallen gerade die Schwerhörigen Betrügern, die sich ihr Tätigkeitsfeld mit Vorliebe unter der leidenden Menschheit wählen, sehr oft zum Opfer und geben in der Hoffnung, ihr Leiden doch noch zu bessern, ihren letzten Groschen her. Die Übernahme der sozialen Fürsorge für Schwerhörige durch die Krankentassen würde auch diesen Betrügern ihr Handwerk wenn nicht ganz, so doch zum größten Teil legen. Gerade der Schwerhörige ist — bedrückt durch sein Gebrechen — ein williger Arbeiter; die Erfahrung hat gelehrt, daß der teilweise Mangel des Gehörs die geistigen Fähigkeiten eher schärft als lähmt. Schon deshalb wäre es ein Gebot der Humanität, daß die sozialen Einrichtungen in Reich, Staat und Kommune auch auf die chronisch schwerhörigen Arbeiter zeitgemäße Anwendungen finden.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 228 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen: Stab der 25. Inf. und der 8. Ers.-Div.; Feld-Intendantur der 79. Inf.-Div.; 5. Garde-Reg. z. P.; Garde-Gren.-Regimenter Franz, Augusta und Nr. 5; Garde-Fuß.-Reg.; Lehr-Inf.-Reg.; Gren.- bzw. Inf.- bzw. Füß.-Regimenter Nr. 1, 5, 6, 9, 11, 12, 17, 21, 22, 23, 24, 26, 30, 31, 32, 33, 34, 43, 44, 45, 46, 47, 50, 51, 53, 55, 56, 57, 61, 62, 64, 65, 67, 69, 70, 71, 72, 73, 75, 76, 81, 83, 84, 85, 86, 87, 89, 90, 91, 92, 94, 95, 99, 110, 113, 115, 116, 117, 118, 128, 130, 131, 135, 136, 137, 138, 141, 144, 145, 147, 148, 150, 152, 155, 156, 158, 159, 160, 162, 164, 167, 168, 169, 170, 171, 173, 174, 175, 176; Inf.-Regimenter Nr. 1, 2, 3, 5, 9, 10, 12, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 25, 26, 28, 30, 31, 34, 37, 48, 49, 53, 58, 57, 59, 61, 64, 66, 68, 69, 71, 74, 76, 80, 82, 84, 86, 87, 91, 94, 109, 111, 205, 209, 219, 221, 223, 225, 226, 227, 228, 230, 233, 234, 236, 237, 239, 240, 254, 256, 257, 261, 262, 266; Ers.-Inf.-Regimenter Nr. 28, 29, Keller, Königsberg I und III, v. Kurnatowski und Weinbach-Jerener; Landw.-Inf.-Regimenter Nr. 3, 5, 7, 9, 10, 12, 18, 19, 22, 23, 24, 26, 27, 29, 30, 31, 34, 35, 46, 47, 48, 49, 51, 52, 61, 66, 71, 76, 77, 80, 84, 87, 110, 116, 118 und Treß; Landw.-Ers.-Inf.-Regimenter Nr. 1 und 2 sowie solche Nr. 4, 7 und 8 der Landw.-Div. v. Renges; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 1; Befehlungs-Reg. Nr. 1 Bosen der Befehlungs-Brig. Dauslin, Nr. 3 Bosen der Befehlungs-Brig. Rüdiger, Nr. 7 der Befehlungs-Brig. Hoffmann; Heberplanmäßiges Landw.-Inf.-Reg. Nr. 1 des 4. Armeekorps; Brig.-Ers.-Bataillone: 1 und 2 Nr. 5, Nr. 7, 12, 13, 14, 15, 17, 26, 34, 36, 38, 39, 41, 42, 55, 56, 58, 83, 84; Landw.-Brig.-Ers.-Bataillone Nr. 14, 27, 29, 30 und 41; Landw.-Inf.-Bataillone: I Bism. 3, Frankfurt a. O., Gohlp., I Hagenaun, I und II Halberstadt, 2 Heideberg, II Insterburg, Kattowitz, II Köpen, II Münster, Ruskau, Rastenburg, Schlawa, II Stolp, II Tilsit; Landw.-Ers.-Bataillone: 2 Freiburg i. Baden, 8 Gardelegen, Leer, Etzold; Jäger-Bat. Nr. 9; Ref.-Jäger-Bataillone Nr. 6, 10, 11, 15, 22; Inf.-Radfahrer-Komp. der 1. Kav.-Div.; Ref.-Festungs-Maschinengew.-Abt. II; 1. Ers.-Maschinengew.-Komp. des 1. Armeekorps; Feld-Maschinengew.-Jüge Nr. 24, 64, 102, 103, 115.

Kirassiere Nr. 1, 5, 6; Dragoner Nr. 8, 9, 14; Husaren Nr. 6; Ulanen Nr. 5, 12; Jäger zu Pferde Nr. 3, 4. Feldart.-Regimenter Nr. 1, 5, 6, 20, 26, 41, 44, 51, 54, 58, 59, 60, 66, 80, 99; Ref.-Feldart.-Regimenter Nr. 10, 14, 43, 44, 48, 51, 52. 2. Garde-Fußart.-Reg.; 1. Garde-Ref.-Fußart.-Reg.; 2. Garde-Landw.-Fußart.-Bat.; Fußart.-Regimenter Nr. 2, 5, 6, 7, 9, 10, 14, 20; Ref.-Fußart.-Reg. Nr. 18; Fußart.-Bat. Nr. 27; Fußart.-Ers.-Bat. Nr. 27; 1. Ref.-Füßart.-Batterie Nr. 22; 6. Fußart.-Par.-Komp. der 54. Inf.-Div. Pion.-Regimenter Nr. 23, 24, 29; Pion.-Bataillone: I. Nr. 4, I. Nr. 5, I. Nr. 15, I. Nr. 16, Ref.-Pion.-Bat. Nr. 33; Pion.-Kompagnien Nr. 99, 104, 112, 221; Ref.-Pion.-Kompagnien Nr. 43, 44, 45, 48; 2. Landw.-Pion.-Komp. des 2. 1. des 6., und 1. des 10. Armeekorps; Mittlere Minenwerfer-Abt. Nr. 165; Schwere Minenwerfer-Abteilungen Nr. 42, 51, 58. Eisenbahn-Baufomp. Nr. 10; Ref.-Eisenbahn-Baufomp. Nr. 8 und 10; Eisenbahn-Betriebs-Komp. Nr. 21; Etappen-Telegr.-Dir. Nr. 2; Feldpost-Abt. des 23. Reservekorps; Festungs-Luftschifftruppe; Feldschießtruppe. Garde-Train-Ers.-Abt.; Train-Ers.-Abt. Nr. 7; Brückentrain Nr. 38 der 8. Armee; Magazin-Fuhrpart.-Kol. Nr. 53 der 8. Ers.-Div.; Festungs-Fuhrpart.-Kol. 2 Köln; Etappen-Fuhrpart.-Kol. Nr. 144 des 21. Armeekorps; Zentral-Pferbedepot Nr. 1. Inf.-Rationalkol. Nr. 2 des 7. und Art.-Rationalkol. Nr. 4 des 1. Armeekorps; Feldart.-Rationalkol. Nr. 2 der Landw.-Div. v. Bredow. San.-Komp. der Garde-Ers.-Div.; San.-Komp. Nr. 1 des 7. Armeekorps und San.-Komp. Nr. 115; Ref.-San.-Komp. Nr. 44 des 22. und Nr. 60 des 40. Reservekorps; Feldlazarett Nr. 9 des 3. Nr. 2 des 5., Nr. 2 des 21. Armeekorps sowie Nr. 10 des 24. Reservekorps. Armierungs-Bataillone; Straßenbau-Abt. der Armeekorps-Abt. Wohrsch; Straßenbau-Komp. Nr. 33 des 7. Reservekorps. Gefangenenlager Langensalza.

Die bayerische Verlustliste Nr. 183 bringt Verluste des Inf.-Leib-Reg.; 2, 5, 6, 7, 9, 11, 12, 13, 15, 16, 17, 18, 19, 21. Inf.-Reg.; 2. Jäger-Bat.; Schneeschuh-Bat. Nr. 1; Ref.-Inf.-Regimenter Nr. 2, 3, 4, 6, 7, 12, 14, 18, 20. Die württembergische Verlustliste Nr. 182 bringt Verluste der Inf.-Regimenter Nr. 121, 125, 126, 180; Ref.-Inf.-Reg. Nr. 247; Ulanen-Reg.-Nr. 20; 3. Feldpion.-Komp.; Ref.-Proviant-Kolonnen Nr. 2.

Aus Groß-Berlin.

Die Mietausfälle der Hauseigentümer.

Die Hauseigentümer Berlins geben sich Mühe, immer wieder auf den Schaden hinzuweisen, den ihnen der Krieg bringt. Der Bund der Berliner Grundbesitzervereine hat über die in den Kriegsmontaten vorgekommenen Mietausfälle schon zweimal — für die Zeit vom August bis Oktober und dann vom November bis Januar — Umfragen veranstaltet, durch die er den Beweis liefern will, daß die Hauseigentümer jetzt mehr als je zu den Notleidenden gehören und dringend der Hilfe bedürfen. Sie klagen, daß zu den regelmäßigen Verlusten aus Nichtvermietungen von Wohnungen jetzt im Kriege noch viele Mietausfälle kommen, die durch Einberufung der Mieter zum Heeresdienst oder durch Erwerbslosigkeit nicht einberufener Mieter verursacht sind oder auch nur auf Böswilligkeit beruhen sollen. Besonders verdrückt es sie, daß bei der von der Stadt Berlin zu zahlenden Mietausfallhilfe, die ja nicht nur dem Mieter die Schulden mindert, sondern auch dem Wirt die Mietausfälle eindämmt, ihm ein Mietausfall zur Bedingung gemacht wird. Zahlen aus den Mietausfall-Anfragen wurden für einzelne der Grundbesitzervereine bereits im „Vorwärts“ mitgeteilt, um an den eigenen Angaben der Hauseigentümer zu zeigen, wie wenig ihre Klage über Böswilligkeit der Mietausfaller berechtigt ist. Aus einer auf das ganze Gebiet des Bundes der Berliner Grundbesitzervereine sich erstreckenden Zusammenstellung der Ergebnisse beider Umfragen hat der Vorsitzende des Grundbesitzervereins vom Bezirk Stralauer Tor und Umgebung, Reichsbankkalkulator Karl Ladendorff, für die Gesamtheit der Hauseigentümer Berlins ein Gesamtresultat an Mietausfällen herausgerechnet, das er in der letzten Bundesversammlung vortrug, um hiermit eine allgemeine Notlage der Hauseigentümer zu beweisen und daraus die Notwendigkeit einer wirksameren Hilfe zu folgern. Für die drei Monate August bis Oktober und für die drei Monate November bis Januar betragen nach den eigenen Angaben der an den Umfragen beteiligten Hauseigentümer die Mietausfälle: wegen Einberufung zum Heeresdienst 1 623 263 M. und 1 849 354 M., zusammen 3 472 617 M., wegen Erwerbslosigkeit durch den Krieg 2 898 824 M. und 2 520 019 M., zusammen 5 418 843 M., wegen Böswilligkeit 538 962 M. und 447 354 M., zusammen 1 001 306 M., wegen Leerstehens der Räume 2 835 713 M. und 3 590 215 M., zusammen 6 425 928 M., das sind im ganzen 7 911 762 M. und 8 406 942 M., zusammen 16 318 694 M. Diese Zahlenangaben, die wir einem Bericht des Hauswirteorgans „Grundrentgen“ über den Vortrag Ladendorffs entnehmen, betreffen nur 10 800 Mietshäuser, rund zwei Fünftel aller Mietshäuser Berlins; die Eigentümer der anderen drei Fünftel waren an den Umfragen nicht beteiligt. Auch das zusammengefaßte Ergebnis ist, wie man sieht, wenig geeignet, das „Böswilligkeits“-Beschrei der Hauseigentümer als so sehr berechtigt erscheinen zu lassen. Bei Mietausfällen von einer Million Mark gegenüber einem Gesamtbetrag der Mietausfälle von ziemlich 16 1/2 Millionen Mark nehmen die Hauswirte eine Böswilligkeit an, d. h. bei 6 Proz. aller Mietausfälle, macht für jede Mark der Mietausfälle ganze 6 Pf. Wie weit die Mietausfälle aus Nichtvermietung etwa durch den Krieg gesteigert worden sind, ist unklar. In dem Bericht fehlt eine Angabe darüber, wie hoch die Mietausfälle dieser Art in denselben Monaten der vorhergehenden Jahre waren. Vergleichen möchte man auch die Summe aller Mietausfälle mit der Summe des ganzen Mietesolls, das aus den 10 800 Häusern bei voller Vermietung und voller Zahlung den Eigentümern hätte zufließen müssen. Der Bericht sagt hierüber nichts. Dafür bringt er gewissenhaft die Zahlen, die Herr Ladendorff aus den Ergebnissen der Zweifünftelumfragen sich für die Gesamtheit der Hauseigentümer Ganz-Berlins herausgerechnet hat. Er hat dabei ohne weiteres angenommen, daß bei den nicht beteiligten Eigentümern die Dinge genau so liegen wie bei den beteiligten. Viel eher läßt die von den Grundbesitzervereinen beklagte Gleichgültigkeit so vieler Hauswirte gegenüber der Umfrage vermuten, daß

bei diesen die Mietausfälle meist nur unbedeutend waren. Doch Herr Ladendorff bringt an Mietausfällen 40 1/2 Millionen Mark heraus, die der Gesamtheit der Hauseigentümer Berlins in sechs Monaten entgangen seien. Bei einer Kriegsdauer von zwölf Monaten habe sie, sagt er, mindestens 81 Millionen Mark Mietausfälle zu tragen, er will aber die durch den Krieg selber verursachten Ausfälle für zwölf Monate nur mit 60 1/2 Millionen Mark ansehen.

Im Hinblick auf dieses Resultat seines sehr ansehnlichen Rechenexempels ergeht Herr Ladendorff sich in Klagen über die Verdrängnis der Hauseigentümer. Die Gemeindebehörden überhäuft er mit Vorwürfen, weil sie die „gerechten Forderungen der Hausbesitzer“ nicht restlos erfüllen. In der Einleitung seines Vortrages sagt er: „... wenn, mit ganz vereinzelt Ausnahmen, unsere Vertreter im Stadtparlament die Forderungen des Bundes bezw. des organisierten Grundbesitzes mit stärkerem Nachdruck vertreten hätten, dann wäre nicht das jetzige Elend über die Hausbesitzer hereingebrochen.“ Gegenüber den Mietausfällen, die er da angibt, hält er die bisher gezahlten Mietausfallhilfe für „kläglich“, zumal bei dem Zwang des Mietausfalls. „Hier muß eine wirksamere Aktion einsehen“, erklärt er. Nach Kriegsausbruch forderte der „organisierte Grundbesitz“ Ersatz von 75 Proz. der kontraktlich vereinbarten Miete. Mehr nicht!

Kriegsfamilien- und Kriegsbeschädigtenfürsorge.

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung hatte gestern wieder über zwei Kriegsfürsorgemaßregeln zu beschließen. Der Magistratsantrag über eine Erhöhung der Mietausfallhilfe kam aus dem Ausschuß in noch erweiterter Form zurück, aber dem Magistrat war das des Guten zu viel. Nur zum Teil wollte er, wie Stadtrat Franz ankündigte, auf die gemachten Vorschläge eingehen. Ein vermittelnder Antrag Loefer, der die Wünsche etwas ermäßigte und so dem Magistrat die Zustimmung möglich machte, fand auch die Unterstützung der sozialdemokratischen Fraktion. Daß die Bedenken des Magistrats gegen die volle Durchführung der Vorschläge des Ausschusses nicht berechtigt sind, hob Genosse Leid hervor. Es blieb aber nur übrig, sich mit den kleineren Zugeständnissen zu begnügen, um nicht die notwendige Erhöhung der Mietausfallhilfe zu verzögern. Mit dem abändernden Antrag Loefer wurde der Ausschußbeschluss angenommen.

Den Plan einer Kriegsbeschädigtenfürsorge der Gemeinde legte der Magistrat gestern vor. Die Stadt Berlin will helfen, den Kriegsbeschädigten die Arbeitsfähigkeit und Arbeitsfreudigkeit wiederzugeben. Nachbehandlung, Berufsberatung, Berufsumschulung, Arbeitsvermittlung werden im wesentlichen die Aufgaben sein, die ihr für ihre Mitwirkung sich bieten. Die Stadt wolle, so sagte Oberbürgermeister Bermuth, zunächst nicht mit dem Reich wegen der Fürsorgepflicht rechten, sondern einseitig handelnd eingreifen. Stadtverordneter Sonnenseld bemängelte, daß in den Verwaltungskörpern, denen nach dem Entwurf des Magistrats ein Einfluß auf die Leitung dieser Fürsorgetätigkeit gewährt werden soll, die Stadtverordnetenversammlung untertreten sein würde. Für die beantragte Ausschußberatung gab Genosse Ritter eine Reihe wichtiger Anregungen, die den Wünschen der Angestellten- und Arbeiterorganisationen die gebührende Berücksichtigung sichern wollen. Die von den Gewerkschaften vorgeschlagene Verbindung der Kriegsbeschädigtenfürsorge Berlins mit derjenigen der Provinz Brandenburg werde sich sehr wohl durchführen lassen, wenn man einsehen wolle, daß im Interesse unserer Kriegsbeschädigten die bestehenden Schwierigkeiten behoben werden müssen. Ritter forderte auch, Vorkehrungen zu treffen, daß nicht etwa die Erwerbsarbeit der Kriegsbeschädigten eine ungesunde Konkurrenz für andere Arbeiter wird. Nach einer Erklärung des Stadtrats Preuß, die wider seinen Willen die Notwendigkeit der Ueberweisung an einen Ausschuß dartat, wurde diese beschlossen.

Am Pfingstsonnabend und am dritten Pfingstfeiertag fällt die juristische Sprechstunde aus.

Neue Ernährungsmethoden.

Der Krieg hat auf dem Gebiete der Volksernährung tief eingegriffen. Nicht zuletzt hat die Spekulation auf hohen Gewinn die Preise der notwendigsten Lebensmittel, wie Kartoffeln, Brot und Fleisch, eine Höhe erreichen lassen, die der breiten Masse der Bevölkerung die Ernährung aus schwerer beeinträchtigt. Die für einige Lebensmittel festgesetzten Höchstpreise haben dazu geführt, daß diese Höchstpreise Normalspreise geworden sind, während andererseits die Fleischpreise für die große Masse unerschwinglich genannt werden müssen. Von verschiedenen Seiten werden Versuche gemacht, durch Erteilung von Rezepten und durch Hinweise auf andere Nahrungsmittel mildernd zu wirken. Dabei wird aber recht oft festgegriffen, weil die vorgeschlagenen Ersatzmittel vielfach gar nicht oder doch zu Preisen erhältlich sind, die eine Verbesserung der Ernährung nicht bringen können.

Gestern wurde im Viktoriagarten in Wilmersdorf eine neue Fleischsorte unter dem Namen Do Do Fleisch gezeigt und probiert, dem nachgerühmt wird, halb so viel als Fleisch von Säugetieren zu kosten, einen höheren Eiweißgehalt als anderes Fleisch zu haben, gut zu schmecken und sich wochenlang, nachdem es angechnitten ist, frisch zu halten. Das Do Do Fleisch setzt sich zusammen aus dem Fleisch des Klippfisches und aus Schweinefleisch mit frischen aromatischen Gewürzen und Fett. Das Fleisch ist fertig gelocht und kann in der Küche in wenigen Minuten zu Brat- oder gelochten Speisen fertig angerichtet werden. Es wird in Packungen geliefert bei einem Preise von 200 Gramm zu 50 Pf., 400 Gramm kosten 95 Pf. Angeblich soll die Menge von 200 Gramm für drei Personen reichen. Nun sind die Geschmäcker ja sehr verschieden. Nach den von uns genommenen Kostproben schmeckt bei Do Do Fleisch vornehmlich das Klippfischfleisch vor, und es scheint, als ob durch die Zusammenfügung lediglich der bisher nicht recht zur Einführung gekommenen Klippfisch mehr Verbreitung finden soll. Wenn Braten dieses Klippfisches entströmte der Bratpfanne ein wenig angenehmer Geruch, an dem manche Hausfrau schon allein satt werden dürfte. Ob diese neue Fleischart sich für die große Masse der Bevölkerung — für die sie in erster Linie bestimmt ist — einführen dürfte, erscheint uns sehr zweifelhaft.

Im Abgeordnetenhaus fand gestern die Eröffnung einer Kriegskostenausstellung statt, die von einigen Frauenvereinen veran-

staltet worden ist. Es gelangen neue Mehlsorten zur Anwendung, wie das neue Agumamehl, das aus der entbitterten Sojabohne hergestellt ist. Ferner sind Speisen mit Tapiokamehl und Maronemehl zubereitet. Allgemein aber wird die Verwendung der Gelatine zu den verschiedensten Speisen für die gutbürgerliche Küche gezeigt.

Die Ausstellung ist noch heute von 11—7 Uhr geöffnet.

Frühkonzerte an den Feiertagen.

Für die Pfingstfeiertage sind mehrfach neben den Frühkonzerten, gegen welche Einwendungen nicht zu erheben sind, Veranstaltungen, die über den Rahmen der Instrumentalkonzerte hinausgehen, geplant. Es wird daher vom Polizeipräsidenten Berlin angeordnet:

Gesangs- und deklamatorische Vorträge oder sonstige Darbietungen, die der Erlaubnis aus § 33a R. G. O. bedürfen, sind für die Früh- und Vormittagsstunden der Sonn- und Feiertage verboten.

§ 33a der Reichs-Gewerbeordnung lautet: Wer gewerbetreibend Singspiele, Gesangs- und deklamatorische Vorträge, Schaustellungen von Personen oder theatralische Vorstellungen, ohne daß ein höheres Interesse der Kunst oder Wissenschaft dabei obwaltet, in seinen Wirtschaftsräumen oder sonstigen öffentlichen Versammlungen oder zu deren öffentlicher Veranstaltung seine Räume benutzen lassen will, bedarf zum Betriebe dieses Gewerbes der Erlaubnis ohne Rücksicht auf die etwa bereits erwirkte Erlaubnis zum Betriebe des Gewerbes als Schauspielunternehmer.

Der § 33a führt dann noch die Fälle an, in denen die Erlaubnis verweigert werden kann.

Kinderlose Familien.

Manche Leute sind wahre Kinderfeinde. Diese Feindschaft gegen Familien mit Kindern findet man nicht nur bei bestimmten Hausbesitzern, sondern auch bei Personen, die Ehepaare in ihre Dienste nehmen. Häufig sind es Besitzer von Villen, welche einen verheirateten Gärtner suchen, die Wert auf ein kinderloses Ehepaar legen. Vor einiger Zeit haben wir in unserem Blatt eine Zusammenstellung von Stellengesuchen veröffentlicht, in denen Wert auf das kinderlose Ehepaar gelegt wird und in der „Allgemeinen Deutschen Gärtnerzeitung“ werden solche Gesuche noch heute öfter niedriger gehängt. Recht bezeichnend ist folgende Notiz, die wir in der Nummer vom 15. Mai d. J. des genannten Gewerkschaftsblattes finden. Dort heißt es:

„Ein Berliner Stellennachweis für Gärtner wird (es war Ende März d. J.) telefonisch angerufen: „Hier E. Burckhardt, Berlin, Unter den Linden 14. Ich brauche einen Gärtner, und zwar ein kinderloses Ehepaar, für meine Villa in einem Berliner Vorort. Können Sie solchen zuweisen?“ — „Ja, kinderlos? Eine Sache. Und das in der jetzigen Zeit. Vielleicht würden Sie auch jemand mit Kindern einstellen.“ — „Nein, nein.“ — „Gehalt?“ — „80 bis 90 Mark den Monat.“ — „Allesdings recht wenig.“ — „Dazu aber noch freie Wohnung.“ — „Wenn auch.“ — „Mag schon stimmen. Ich will deshalb auch ein kinderloses Ehepaar. Wozu soll ich denn anderer Leute Kinder ernähren!“

Wie das Berliner Adreßbuch ausweist, ist Herr E. Burckhardt Besitzer des Hausgrundstückes Unter den Linden 14. Dazu Villenbesitzer in einem Berliner Vorort.

Zu Schiffahrtskanal ertrunken.

Beim „Fischfangen“ ertrunken ist gestern ein sechs Jahre alter Knabe Karl Kluger aus der Seefstraße 117. Der Knabe spielte am Spandauer Schiffahrtskanal und ging vor dem Hause Kieler Straße 20 die Uferböschung hinab, um nach den kleinen Fischen, die dort schwammen, zu fischen. Bei dem Versuch, sie mit der Hand zu greifen, verlor er das Gleichgewicht, fiel ins Wasser und ertrank. Als man ihn landete, war er schon tot.

Auf der Heimreise gestorben.

Während der Heimfahrt vom Ostern zum Tode überrascht wurde ein 50 Jahre alter Maurer Hermann Hundt aus Greifswald. Der Mann hat wahrscheinlich früher als Schipper gearbeitet. Jetzt wurde er in der Festung Löwen angehalten, wo er sich aufhielt. Er erhielt eine Preisfahrkarte nach der Heimat und fuhr mit dem Zug über Thorn nach Schneidemühl zunächst nach Berlin. Hier fand man ihn gestern bei der Ankunft auf dem Schlesischen Bahnhof in seinem Abteil tot auf. Nach dem Gutachten des Arztes ist er infolge eines inneren Leidens an Herzlähmung gestorben.

Vom städtischen Kartoffelverkauf.

Gegen den städtischen Kartoffelverkauf wird von interessierter Seite geflüstert verbreitet, daß der Magistrat die Abgabe von Kartoffeln an Kleinhandlärer eingestellt habe. Demgegenüber sei festgestellt, daß die Stadt hinreichend versorgt ist, um dem Handel ständig Kartoffeln zuführen zu können. Kleinhandlärer, welche sich am Verkauf der städtischen Kartoffeln beteiligen wollen, können die Adressen von Großhändlern, denen der Vertrieb übertragen ist, im städtischen Bureau für Kartoffelversorgung, Stralauer Str. 3—6, 1 Treppe, erfahren.

Arbeiterinnen-Abfertigung.

Mehr Rücksichtnahme gegenüber Heimarbeiterinnen wird in Klagen gefordert, die uns über eine „Deutsche Planen-Fabrik“ (Welle-Alliance-Strasse) zugehen. Dieses Unternehmen hat jetzt bedeutende Aufträge auf Sädellieferung, zu deren Ausführung es viele Hunderte von Heimarbeiterinnen beschäftigt. Um Werkstättenräume braucht die Firma sich nicht groß zu sorgen, weil ja jede Heimarbeiterin ihre eigene Wohnung als Werkstatt benutzen muß. Wie sieht es aber mit den Räumen für die Abfertigung all der Arbeiterinnen, die ihr Arbeitspensum abliefern, neue Aufträge entgegennehmen und sich ihren Lohn auszahlen lassen? Für den Andrang, der da zeitweise herrscht, scheinen die Räume durchaus unzulänglich zu sein. Von verschiedenen Seiten wird uns die Klage vorgetragen, daß Arbeiterinnen mehrere Stunden auszuhalten hatten, ehe sie abgefertigt werden konnten. Einen großen Teil dieser Wartezeit mußten sie, mit schweren Paketen beladen und im Gedränge stehend, auf dem Hof zubringen und zwar auch bei Regenwetter, wie wir es noch vor einigen Tagen hatten. Es ist vorzuziehen, daß infolge der Anstrengungen, die den stundenlang wartenden und umherstehenden Frauen zugemutet wurden, sich Unruhe und Ohnmachten einstellen. Zwar sind zur Verhütung allzu großen Andranges die Arbeiterinnen für die Lohnzahlung usw. in Gruppen den einzelnen Wochentagen zugewiesen, es scheint indes, daß dabei doch nicht mit der nötigen Umsicht verfahren wird. Die Mißstände haben sich nur an manchen Tagen gezeigt, sie sind aber da als überaus lästig empfunden worden. Eine Frau berichtet uns, daß sie vom Vormittag bis zum Abend gewartet habe und schließlich doch nicht mehr herangekommen sei, so daß sie an dem Tage ohne Lohn weggehen mußte. Man bedenke, daß solche Heimarbeiterinnen oft zu Hause ihre Kinder zurückschicken und dann viele Stunden wegzubleiben ge-

zwungen sind. Auch erleiden sie durch überlanges Warten einen beträchtlichen Verlust an Zeit, der ihnen die Arbeits- und Erwerbsmöglichkeit schmälert.

Feiertagsruhe in Bäckereien und Backwaren herstellenden Konditoreien.

Unter Bezugnahme auf die Verfügung vom 31. März dieses Jahres wird daran erinnert, daß am zweiten Pfingstfeiertage die Bekanntmachung vom 16. Januar 1915 betreffend die Beschäftigung in Bäckereien und Konditoreien an Sonn- und Feiertagen außer Kraft gesetzt ist.

Am zweiten Feiertag — Pfingstfeiertage — dürfen also auch während der Zeit von 7—12 Uhr Backwaren nicht hergestellt werden.

Brand einer Gummi-Fabrik.

Die Berliner Feuerwehr hatte in der Nacht zum Donnerstag in der Mühlenstraße 73/77 am Oberbaum ein großes Schadenfeuer zu löschen. Auf dem Grundstück befinden sich die Fabrikräume der „Verwertungsgesellschaft für Kautschukmaterial“, die vom 1. bis zum 3. Stock in Flammen standen, und in der nächsten Stunde weit- hin sichtbar waren. Auf zahlreichen Alarm rückte die Wehr sofort mit fünf Löschzügen an, denen noch mehrere folgten. Infolge der Lage des Grundstückes und der enormen Hitze war die Bekämpfung des Feuers nur von einer Seite möglich. Erst nach mehrstündiger Arbeit gelang es der Wehr, das Feuer zu werden. Donnerstag früh konnte ein Teil der Mäße abräumen, während die übrigen die Aufräumarbeiten vornahm. Der Schaden ist bedeutend. Ueber die Ursache des Brandes konnte noch nichts festgestellt werden.

Fleischdiebe sind an verschiedenen Stellen aufgetreten. In der Nacht zum Sonnabend, den 15. d. Mts., wurden einem Fleischermeister in der Berliner Straße zu Friedrichsfelde für über 1000 M. Speck, Schinken und Wurst, lauter Dauerware, gestohlen. Einem Fleischermeister in der Invalidenstrasse wurde die Räucherlammer ausgeräumt und dabei für 2000 M. Fleischwaren entwendet. Für 3000 M. Schinken und Schinkenwürst erbeuteten Einbrecher bei einem Fleischermeister in der Wilhelmstraße zu Lichtenberg.

Das Märkische Museum ist am Pfingstsonntag geschlossen, am Pfingstmontag von 10—3 Uhr, wie alljährlich (außer Sonnabends) zur Beschäftigung geöffnet.

Arbeiterbildungsschule. Der in dieser Woche fällige Vortrag des Genossen Eichhorn (Thema: Wirtschaftlicher, sozialer und politischer Aufbau der kriegsführenden Staaten) findet nicht Sonnabend, sondern heute Freitag, abends 7/9 Uhr statt. Schullokal: Sitzungszimmer, Lindenstr. 8, IV. Hof rechts III.

Der Männer- und Frauenchor Neußölln veranstaltet am zweiten Pfingstfeiertag in Haysdolls Brauerei, Hasenheide, zum Besten der im Felde stehenden Sangesbrüder, unter Mitwirkung des Neuen Berliner Tonkünstler-Orchesters, ein Frühkonzert.

Im Metropol-Theater kann die Wiederaufnahme der Vorstellungen des „Fischtaucher“ mit Guido Diehlischer in der Hauptrolle wegen Krankheit des Künstlers erst am Sonnabend erfolgen.

Verloren wurde am 8. Mai zwischen Eberth- und Strahmannstraße ein braunes Portemonnaie mit Inhalt und Konsumkarte. Der Finder wird gebeten, Portemonnaie und Karte in der „Vorwärts“-Expedition Mann, Petersburger Platz 4, abzugeben.

Aus den Gemeinden.

Billigere Kartoffeln in Pantow.

Auch die letzte Gemeindevertretersitzung beschäftigte sich wiederum mit der Kartoffelversorgung durch die Gemeinde. Es hat sich als notwendig herausgestellt, einen schnelleren Absatz der Kartoffeln zu erzielen, um einem etwaigen Verderben derselben vorzubeugen. Da der bisher festgesetzte Preis wegen seiner Höhe diesem Bestreben hinderlich war, beschloß die Vertretung eine Ermäßigung sowohl für Private wie für Händler vorzunehmen. Neben dem direkten Verkauf durch die Gemeinde soll der Vertrieb hauptsächlich durch Pantower Händler geschehen. Der Bezugspreis für Händler wurde auf 5,75 M. pro Zentner frei Haus als Grundpreis festgesetzt. Außerdem erhalten die Händler eine Umsatzprämie. Diese beträgt bei einem nachweislichen Umsatz von 25 Zentnern in 15 Tagen 10 Pf., bei einem solchen von 50 Zentnern 25 Pf. und bei 100 Zentnern 40 Pf. pro Zentner. Der Verkaufspreis an das Publikum darf 6,50 M. pro Zentner resp. 65 Pf. pro 10 Pfund nicht übersteigen. Für Ortsangehörige mit einem Einkommen bis 2400 M. sowie für Angehörige von Kriegsteilnehmern sind die Kartoffeln zum Preise von 6 M. pro Zentner resp. 60 Pf. für 10 Pfund abzugeben. Die Preisdifferenz von 50 Pf. erhalten die Händler von der Gemeinde vergütet. Ferner werden von der Gemeinde auch an Pantower Gastwirte und Speisewirtschaften bei Entnahme von mindestens fünf Zentnern Kartoffeln für 5,75 M. pro Zentner frei Haus abgegeben. — Die Gemeindevertretung bewilligte dann noch 700 M. für Beschaffung einer weiteren Feueralarm-Sirene und 40 000 M. für Errichtung einer Militärparade auf dem Krankenhausgrundstück.

Kriegsfürsorge in Treptow.

Die Gemeindevertretung beschloß in ihrer letzten Sitzung, bei der Gewährung von Mietsunterstützung an Kriegsfrauen einen Arbeitsverdienst bis zu 80 M. und Unterstützung durch den Arbeitgeber oder Korporationen bis zur Höhe von 15 M. nicht anzuerkennen. Ferner wurde beschlossen, den Beamten unter 2000 M. Gehalt eine Feuerungszulage zu gewähren. Ist dieses Gehalt annähernd erreicht, so beträgt die Feuerungszulage nur soviel, bis 2000 M. erreicht werden. Die Arbeitslosenunterstützung wird solange aufrecht erhalten, wie die Provinz Zuschüsse leistet.

Aus aller Welt.

Der Lebensmüde als Betriebsstörung.

Die Bewohner eines Teiles des Kreises Westfalen und der Kreise Landsberg und Soldin waren an einigen Tagen plötzlich auf längere Zeit ohne elektrischen Strom und damit zum Teil ohne Licht. Die Niederlandzentrale Neumarck, die für diese Gegenden den elektrischen Strom liefert, besitzt in Reiffow bei Frankfurt a. O. eine große Transformatorstation. Der dort tätige Hilfsmonteur J. war abends mit einem Arbeitskollegen in Streit geraten und so in Aufregung geraten, daß er sich das Leben nehmen wollte. Er erkletterte zu diesem Zweck einen Mast, um durch Verhängen der hochgespannten Leitung den Tod zu finden. Das Vorhaben des Monteurs wurde jedoch von seinem Widersacher bemerkt und ehe J. die Spitze des Mastes erreicht hatte, war es ihm gelungen, den Strom auszuscheiden. Trotzdem war J. nicht zu bewegen, seinen lustigen Sturz zu verlassen. Es blieb schließlich nichts anderes übrig, als die Feuerwehr aus Frankfurt a. O. herbeizurufen, die den Monteur herunterholten mußte. Durch die Ausschaltung des Stromes war für die Dauer fast einer Stunde ein großer Teil des Speisungsgebietes stromlos.

Jugendveranstaltungen.

Lichtenberg. Pfingstpartien. I. Am 23. Mai findet eine Zwei-Tage-Tour nach Richtenberg—Reinsberg (Rachliger)—Neu-Ruppin statt. Fahrgeleit und Nachlager circa 4,50 M. Abfahrt pünktlich 5 Uhr Bahnhof Frankfurt Allee. — II. Am 24. Mai: Tagesstour: Liesenle—Injetatenteil veranlt.: Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts

Mamengrund—Strauberg. Abfahrt 5,47 Uhr Bahnhof Richtenberg-Friedrichsfelde Fahrgeleit 1,10 M. Abfahrtszeiten werden pünktlich eingehalten. — Weiterfahrt mitbringen!

Pantow-Niederbarnim. Zweitägige Pfingstwanderung nach Dammwalde—Dümmelfort—Richtenberg—Lützen—Templin. Fahrgeleit 4 M. Treffpunkt: Sonntag, den 23., morgens 7/5 Uhr Pantow-Nordbahn. Abfahrt von Gesundbrunnen 5 Uhr 42 Min.

Steglich-Friedenan. Freitag, den 21. Mai, abends 8 Uhr, im „Heim“: Vortrag. — Sonnabend, den 22. Mai, abends 7 Uhr, am Bahnhof Steglich: Treffpunkt der Teilnehmer für die dreitägige Pfingstwanderung nach dem „Horn“. Rollen für Rabel und Nachlager 13 M. — Sonntag (1. Feiertag) bleibt das Heim geschlossen. — Montag (2. Feiertag): Tagespartie nach Birkenwerder—Dramburg. Abmarsch vom Zugsbahnhof 6 Uhr früh. — Mittwoch, den 26. Mai, abends 8 Uhr: „Fragelosenbeamtung“.



Dem Andenten unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!

Am 9. Mai fiel unser Mitglied, der Schlosser
Fritz Ribmann
22/6 23 Jahre alt.
Sozialdemokr. Wahlverein f. d. S. Berliner Reichstagswahlkreis, 7. Abt.

Am 5. Mai fiel der Eisenblecher
Franz Rosseck.
243/13
Sozialdemokrat. Wahlverein Niederbarnim. Bez. Reinickendorf-Ost.

Gefallen auf dem Schlachtfeld
Michael Panstruga.
18/3 Sozialdemokr. Wahlverein Niederbarnim. Bez. Weissensee.

Am 17. März fiel unser braver Genosse, der Schriftsetzer
Paul Geßner
im Alter von 45 Jahren.
194/14 Sozialdemokratischer Wahlverein Mariendorf. (Bezirk 5)

Am 1. März fiel unser Genosse
Ernst Grabsch.
194/11 Sozialdemokratischer Wahlverein Adlershof.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Dreher

Johann Brandt

am 18. d. Mts. gestorben ist.

Die Beerdigung findet am

Sonnabend, den 22. d. Mts.,

nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Philipps-Appel-

kirchhofes, Röllertstraße 44/45,

aus statt.

Rege Beteiligung wird erwartet.

Den Kollegen ferner zur Nach-

richt, daß unser Mitglied, der

Schlosser

Emil Casprich

am 18. d. Mts. gestorben ist.

Die Beerdigung findet am

Sonnabend, den 22. d. Mts.,

nachmittags 4 Uhr, von der

Leichenhalle des Philipps-Appel-

kirchhofes, Röllertstraße 44/45,

aus statt.

Rege Beteiligung wird erwartet.

Nachruf.

Den Kollegen ferner zur Nach-

richt, daß unser Mitglied, der

Schlosser

Heinrich Donath

am 15. Mai gestorben ist.

Den Kollegen ferner zur Nach-

richt, daß unser Mitglied, der

Arbeiter

Hugo Larisch

am 16. Mai gestorben ist.

Ehre ihrem Andenten!

114/1 Die Ortsverwaltung.

Verband der Tapezierer

Filiale Berlin.

Als Opfer des Weltkrieges fiel

am 5. Mai unser Kollege

Hermann Viedt.

Ehre seinem Andenten!

178/3 Die Ortsverwaltung.

Berliner Volks-Chor.

Mitglied

Am 7. April fiel unser wertes

Alex Welsch.

Am 2. Mai bei einem Sturm-

angriff unser langjähriges Mitglied

Ernst Neumann.

Ehre ihrem Andenten!

68/17 Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Den Mitgliedern ferner zur

Nachricht, daß unser Kollege, der

Hilfser

August Gauger

(Geburtsjahr 25) im Alter von

71 Jahren gestorben ist.

Ehre seinem Andenten!

Die Beerdigung findet am

Sonnabend, den 22. Mai, nach-

mittags 4 Uhr, von der Halle

des Heilig-Kreuz-Kirchhofes in

Mariendorf aus statt.

83/5 Die Ortsverwaltung.

Verband der Steinsetzer,

Pflasterer u. Bernsg. Deutschlands

Filiale Berlin.

Nachruf.

Am 17. Mai verstarb in einem

Feldlazarett unser treues Mitglied,

der Steinsetzer

Wilhelm Bathe

im Alter von 27 Jahren an seinen

schweren Wunden. 175/1

Ehre seinem Andenten!

Der Filialvorstand.

Allen Verwandten, Freunden

und Bekannten die traurige Nach-

richt, daß mein lieber Mann, der

Monteur

Albrecht Lang

am Dienstag, den 18. Mai, nach

langem, schwerem Leiden sanft

entschlafen ist. 1737b

Dies zeigt tiefbetrabt an

August Lang geb. Schwartz.

Die Beerdigung findet am

Sonnabend, den 22. Mai, mittags

1 Uhr, von der Leichenhalle des

Neußöllner Gemeinde-Friedhofes,

Mariendorfer Weg, aus statt.

Allen Freunden und Bekannten

die traurige Nachricht, daß am

Dienstag, nachmittags 5 1/2 Uhr,

nach langem, schwerem Leiden im

48. Lebensjahre mein lieber Mann,

der Dreher

Hans Brandt

entschlafen ist.

Im besten Alter

Frau Klara Brandt.

Die Beerdigung findet am Sonn-

abend, den 22. Mai, nachmittags

3 Uhr, von der Halle des An-

stalts-Kirchhofes in Eberswalde

aus statt.

Abfahrt: mittags 1 Uhr vom

Stettiner Bahnhof. 1743b

Blumen- und Kranzbindererei

von Robert Meyer,
Auf: P. Golletz
Mariannestr. 3. Tel. Mpl. 345

Berlin SO. 16, Engel-Afer 5.

H. & P. Uder, Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.

Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.

Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.

5 amtliche be-

kannten Marken **Zigaretten** zu Originalpreisen.

Amt Mpl. 3014.